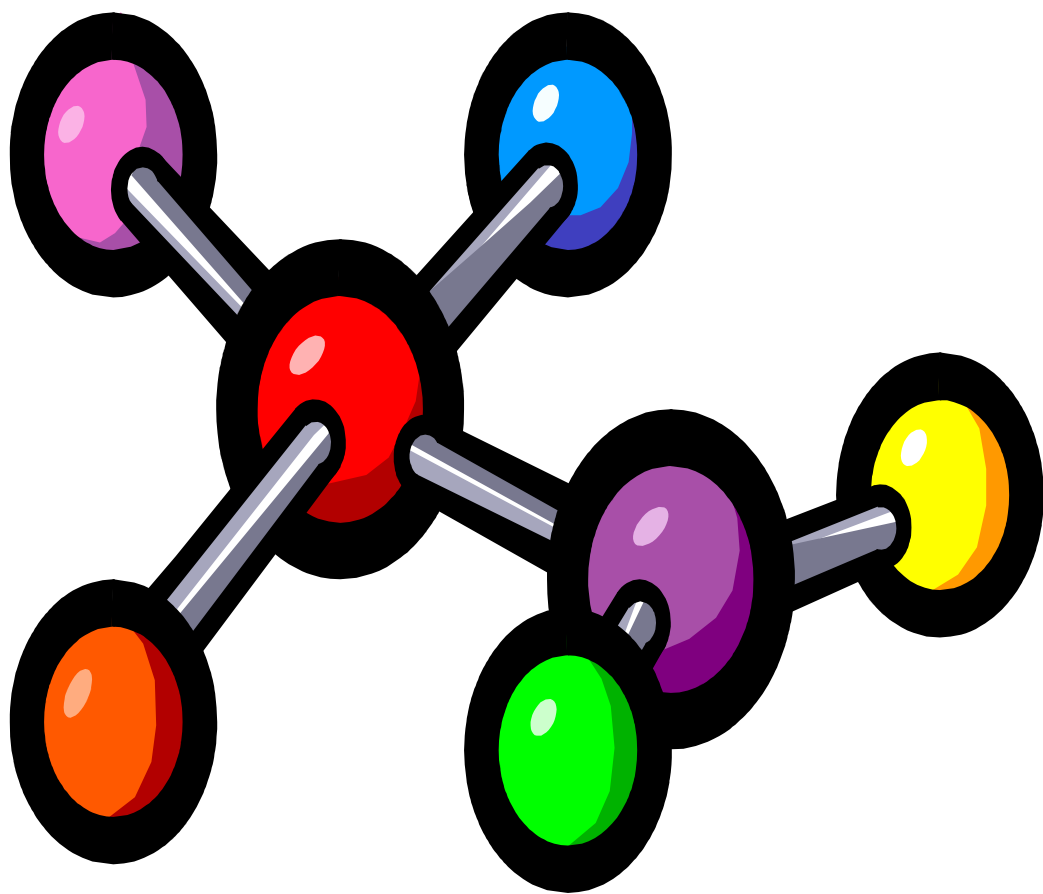


Beteiligungsbericht 2015

Rheinisch-Bergischer



Kreis



Herausgeber: Rheinisch-Bergischer Kreis
Der Landrat
Am Rübezahlwald 7
51469 Bergisch Gladbach

Bearbeitung: Dezernat I
Amt 20/Beteiligungsmanagement

Telefon: 02202/13 2417

02202/13 2418

Fax: 02202/13 2121

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einführung	2
Kennzahlen im Überblick	3
Der Rheinisch-Bergische Kreis - Zahlen, Daten, Fakten	4
Auftrag und Gegenstand des Beteiligungsberichtes	5
Übersicht über die Beteiligungen des Rheinisch-Bergischen Kreises	8
- Bergischer Abfallwirtschaftsverband	9
- Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt (CVUA) Rheinland	15
- Das Bergische gGmbH	21
- Energie-Genossenschaft Bergisches Land e.G.	26
- Flughafen Köln/Bonn GmbH	30
- Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen eG.	37
- Kraftverkehr Wupper-Sieg AG	42
- Krankenhaus Wermelskirchen GmbH	51
- Naturarena Bergisches Land GmbH	58
- PBH Papierservice "Britanniahütte" gemeinnützige GmbH	63
- Radio Berg GmbH & Co. KG	68
- Regionalverkehr Köln GmbH	73
- Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH	81
- Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH	88
- Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW)	93
- Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR	99
- RWE AG	103
- RW Holding AG	110
- Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	115
- Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper	120
- Zweckverband für die Kreissparkasse Köln	126
- Zweckverband Naturpark Bergisches Land	129
- Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg	133
- Landrat-Lucas-Stiftung	139
Mitgliedschaften des Rheinisch-Bergischen Kreises in Vereinen, Organisationen und Einrichtungen	142

Einführung

Durch die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sind die Städte und Gemeinden verpflichtet, jährlich einen Beteiligungsbericht hinsichtlich der gemeindlichen Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in Rechtsformen des privaten Rechts zu erstellen.

Gemäß § 53 der Kreisordnung in Verbindung mit § 117 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen hat auch der Rheinisch-Bergische Kreis zur Information der Kreistagsmitglieder und der Einwohnerinnen und Einwohner einen Bericht über seine Beteiligungen zu erstellen und jährlich fortzuschreiben.

Der Beteiligungsbericht soll insbesondere Angaben über die

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
- finanzwirtschaftlichen Auswirkungen der Beteiligungen,
- Beteiligungsverhältnisse und
- Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

enthalten.

So soll die Wahrnehmung öffentlicher Kontrolle über kommunale Unternehmen durch die demokratisch legitimierten Organe der Kommunen dokumentiert und die politische Einflussnahme auf die Unternehmensziele verdeutlicht werden.

Der durch den Rheinisch-Bergischen Kreis vorgelegte Bericht über seine Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts, berücksichtigt, soweit möglich, aktuelle Daten bezogen auf das Berichtsjahr 2015.

Mit dem vorgelegten Beteiligungsbericht 2015 wird ein Überblick über die bestehenden Beteiligungen und ihre wirtschaftliche Entwicklung gegeben. Damit sollen insbesondere die Anforderungen an die öffentliche Hand in Bezug auf eine zufriedenstellende Information der Öffentlichkeit erfüllt werden, aber auch Transparenz der wirtschaftlichen Betätigung des Rheinisch-Bergischen Kreises in privatwirtschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Unternehmen geschaffen werden.

Die Einsicht in den Beteiligungsbericht ist jedermann gestattet.

Kennzahlen im Überblick

Kennzahlen zur Kapitalstruktur (Verschuldungsgrad)

Kennzahl	Berechnung
Eigenkapitalquote	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$
Fremdkapitalquote	$\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$

Kennzahlen zur Finanzlage

Kennzahl	Berechnung
Anlagenintensität	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$
Investitionen	Zugänge zu den immateriellen Vermögensgegenständen und den Sachanlagen des laufenden Geschäftsjahres
cash-flow	Jahresüberschuss/-fehlbetrag + Abschreibungen Sachanlagen +/- Veränderung langfristiger Rückstellungen +/- Einstellung/Auflösung des Sonderpo. mit Rücklagenanteil
Deckungsgrad Vermögen	$\frac{\text{Eigenkapital} + \text{Fremdkapital}}{\text{Vermögen}}$

Kennzahlen zur Ertragslage

Kennzahl	Berechnung
EBT	Ordentliches Ergebnis vor Ertragsteuern
EBIT	Ordentliches Ergebnis vor Ertragssteuern und vor Zinsaufwand
EBITDA	Ordentliches Ergebnis vor Ertragsteuern, Zinsaufwand, Abschreibungen, Auflösung Sonderposten
Gesamtkapitalrentabilität	$\frac{\text{Jahresüberschuss vor Ertragsteuer} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Bilanzsumme am 31.12.}}$
Eigenkapitalrentabilität	$\frac{\text{Ordentliches Ergebnis} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$
Umsatzrentabilität	$\frac{\text{EBIT} \times 100}{\text{Umsatz}}$

Der Rheinisch-Bergische Kreis - ZAHLEN, DATEN, FAKTEN**Einwohnerzahl, Flächengröße und Einwohnerdichte der Städte und Gemeinden**

	<u>km²</u>	<u>Einwohner</u>	<u>Einw./km²</u>
Stadt Bergisch Gladbach	83,12	111.366	1.340
Stadt Burscheid	27,38	18.256	667
Gemeinde Kürten	67,49	19.893	295
Stadt Leichlingen	37,33	27.937	748
Gemeinde Odenthal	39,97	15.123	378
Stadt Overath	68,83	27.264	396
Stadt Rösrath	38,82	28.386	731
Stadt Wermelskirchen	74,66	34.504	462
(Stand: 31.12.2015)	437,60	282.729	646

<u>Straßen:</u>	Autobahnen	=	40,2 km
	Bundesstraßen	=	43,5 km
	Landstraßen	=	268,1 km
	Kreisstraßen	=	134,2 km
	Gemeindestraßen	=	970,0 km
	Privatstraßen	=	14,6 km
<u>Gewässer:</u>	Agger	=	9 km
	Dhünn	=	26 km
	Sülz	=	19 km
	Sülzbach	=	13 km
	Wupper	=	18 km
<u>Talsperren:</u>	Diepental-Talsperre	=	0,3 Mio. m³
	Große Dhünn-Talsperre	=	81,0 Mio. m³

Auftrag und Gegenstand des Beteiligungsberichts

Im Zuge der Privatisierung öffentlicher Aufgaben haben die Kommunen in den letzten Jahren verstärkt Firmen gegründet, sich an Firmen beteiligt oder Aufgaben an Privatfirmen vertraglich vergeben.

Für die Beteiligungen bzw. Firmengründungen sind der öffentlichen Hand vom Gesetzgeber klare Vorschriften vorgegeben worden. Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) nennt hierzu eine Vielzahl von Bestimmungen und Anforderungen bezüglich der Zulässigkeit, Rechtsformwahl, Sicherungsregelungen, Anzeige- und Informationspflichten.

So darf sich die Gemeinde gemäß § 107 GO NW zur Erfüllung ihrer Aufgaben nur wirtschaftlich betätigen, wenn

- a) ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
- b) die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
- c) bei einem Tätig werden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung gem. § 107a GO NW dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

Gem. § 109 GO sind Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Soweit die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird, sollen Unternehmen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen.

Für die Gründung bzw. Beteiligung an einer Gesellschaft, die auf den Betrieb eines Unternehmens bzw. einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts gerichtet ist, stellt § 108 GO weitere Anforderungen, und zwar muss u.a.

- a) bei Einrichtungen ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegen,
- b) eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
- c) die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit stehen,
- d) sichergestellt sein, dass sich die Gemeinde nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
- e) die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhalten. Dieser Einfluss muss durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise sichergestellt werden,

- f) das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet sein,
- g) gewährleistet sein, dass bei den Gesellschaften der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschrift geprüft werden,
- h) bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet sein, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppe unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden.
- i) gewährleistet sein, dass bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten leisten.

Rechtsformen

Die Ausgliederung von kommunalen Aufgaben durch Gründungen von oder Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen (Organisationsprivatisierung) führt in der Regel zu einer verminderten Einflussnahme der Politik auf das operationale Geschäft der Gesellschaften. Für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen unternehmerischer Selbständigkeit einerseits und Steuerungsmöglichkeiten der Politik andererseits ist die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) als Rechtsform besonders geeignet. Sie bietet Steuerungsmöglichkeiten über den Gesellschaftervertrag und die Gesellschafterversammlung und gewährleistet am ehesten, dass die Kontrollfunktionen von Politik und Verwaltung auch im Falle verselbständigter Organisationseinheiten soweit wie möglich erhalten bleiben.

Organe

Die Steuerung und Kontrolle der Beteiligungen erfolgt in erster Linie über ihre Organe. Vor dem Hintergrund, dass der Einfluss der jeweiligen Gebietskörperschaft in ihrer Eigenschaft als Eigentümerin oder Mitgesellschafterin gestärkt werden soll, legt § 113 Gemeindeordnung fest, dass sich die Gebietskörperschaften einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, vertraglich sichern.

Die GmbH bereitet im Hinblick auf die Interessenvertretung keine Probleme. Eingriffsmöglichkeiten auf die Geschäftsführung ergeben sich durch den Katalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte. Über die Gesellschafterversammlung wird die

Entscheidungsbefugnis auf die zuständigen Kreisorgane verlagert. Deren Beschlüsse binden die Kreisvertreter bei ihren Stimmabgaben. Die vom Kreistag gewählten Vertreter müssen die Interessen der Kommune verfolgen und haben eine umfassende Informationspflicht. Sie haben den Kreistag über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Ihnen erteilte Weisungen sind verbindlich.

Zu den Aufsichtsratsmitgliedern muss der Bürgermeister/Landrat oder ein von ihm vorgeschlagener Beamter oder Angestellter gehören, wenn mehr als ein Mitglied die Kommune vertritt.

Finanzen

Die Entwicklung steuerungsfähiger und kontrollgeeigneter Finanzvorgaben gehört zu den wichtigsten Aufgaben einer Beteiligungspolitik. Für die Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen fordert die Gemeindeordnung in Verbindung mit dem Haushaltsgrundsätzegesetz mindestens Kostendeckung. Aufgabe in der Beteiligungsverwaltung ist es daher, in Zusammenarbeit mit den Geschäftsführungen der Beteiligungen ein Instrumentarium zu schaffen, dass eine Verbesserung des Beteiligungscontrollings ermöglicht.

Einflussnahme

Mit der wirtschaftlichen Betätigung durch Unternehmensgründungen oder Beteiligungen an rechtlich selbständigen Unternehmen wollen die Gebietskörperschaften in der Regel einen dauernden Einfluss auf die Betriebsführung ausüben. Maßgebliches Ziel ist, Teilhaber des Unternehmens zu werden, um dessen Geschäftspolitik und Wirtschaftsführung zu beeinflussen. Der bloße Erwerb oder das Halten von Anteilen an Unternehmen aus finanziellen und steuerlichen Gründen bewirkt keine unternehmerische Betätigung. Eine echte Beteiligung mit Optionen zur Gestaltung liegt dann vor, wenn sich die öffentliche Hand zu mehr als 25 % beteiligt. Nur so kann verhindert werden, dass entscheidende Gesellschafterbeschlüsse zu Kapitalveränderungen, Zuständigkeiten und Vertretungsregelungen zu Lasten der Gebietskörperschaft gefasst werden.

Beteiligungsmanagement

Zielbestimmend für das Beteiligungsmanagement ist die Beteiligungspolitik, denn diese formuliert die mit der Beteiligung angestrebten Ziele.

Das Beteiligungsmanagement umfasst die Prüfung, ob für die Erledigung einer Aufgabe eine Beteiligung (noch) erforderlich ist, die Vorbereitung der Gründung usw. sowie ggf. die Wahl der Rechtsform. Darüber hinaus beinhaltet das Beteiligungsmanagement u.a. auch die Erarbeitung und Änderung von Gesellschaftsverträgen, Satzungen usw., um sie geänderten kommunalpolitischen Rahmenbedingungen anzupassen.

Hinzu kommt die Überwachung der Einhaltung gesellschaftsrechtlicher, vertraglicher bzw. satzungsmäßiger Pflichten durch die Beteiligung. Zu überwachen sind beispielsweise die Einhaltung von Terminen für die Vorlage der Jahresabschlüsse oder die Einhaltung der Vorschriften bei der Bestellung von Abschlussprüfern.

Weiterer Bestandteil des Beteiligungsmanagements ist die Überwachung des Geschäftsverlaufs der Beteiligung. Diese beinhaltet u.a. die Analyse der Jahresabschlüsse, Geschäftsberichte und Wirtschaftspläne sowie weiterer Berichte und Unterlagen der Beteiligung. Ziel ist es, Fehlentwicklungen im Geschäftsverlauf der Beteiligung frühzeitig zu erkennen, um das investierte Kapital nicht zu gefährden.

Übersicht über die Beteiligungen des Rheinisch-Bergischen Kreises

Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Aktien-Gesellschaft	Kommandit-gesellschaft	Genossenschaft	Verbände/ Einrichtungen/ Gesellschaft bürgerlichen Rechts, AöR, Stiftungen
Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH 25 %	RWE AG 0,01 % (im Kämmerervermögen) 70.860 Stück Stammaktien	Radio Berg GmbH & Co. KG 12,5 %	Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen e.G. 1,23 %	Bergischer Abfallwirtschaftsverband 50 %
Flughafen Köln/Bonn GmbH 0,35 %	RWE AG 1,28 % (im KWS Vermögen) 671.385 Stück Stammaktien		Energie-Genossenschaft Bergisches Land e.G. 1 Geschäftsanteil zu 500 €	Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR 8,3 %
Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH 32,85 %	RW-Holding AG über KWS AG 2,31 % (in KWS eingelegt) 671.385 Stück Stammaktien			Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper 20 %
Krankenhaus Wermelskirchen GmbH 33,33 %	Kraftverkehr Wupper-Sieg AG 50 %			Zweckverband für die Kreissparkasse Köln 25 %
PBH Papierservice "Britanniahütte" gemeinnützige GmbH 2,89 %				Zweckverband Naturpark Bergisches Land 14,29 %
Regionalverkehr Köln GmbH 12,5 %				Zweckverband VRS, 11,11 %
Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH, 51 %				CVUA Rheinland 5,833 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 1,68 %				Landrat-Lucas-Stiftung 100 %
Naturarena Bergisches Land GmbH, 30 %				
Das Bergische gGmbH 45 %				

Bergischer Abfallwirtschaftsverband

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Bergischer Abfallwirtschaftsverband
Braunswerth 1-3
51766 Engelskirchen

Telefon: 02263 / 805-0
Telefax: 02263 / 805-520

Internet: www.bawweb.de
E-Mail: mail@bavmail.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Bergische Abfallwirtschaftsverband ist ein Abfallentsorgungsverband im Sinne des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen und ein Zweckverband nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit. Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Engelskirchen.

Der Verband hat die Aufgabe der Abfallentsorgung nach dem Landesabfallgesetz in Verbindung mit dem Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen für den Rheinisch-Bergischen und Oberbergischen Kreis, soweit diese den beiden Kreisen obliegen. Hierbei sind die Abfälle in erster Linie zu vermeiden, in zweiter Linie zu verwerten und, soweit sie nicht verwertet werden, dauerhaft von der Kreislaufwirtschaft auszuschließen und zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit zu beseitigen.

Der Verband hat die Aufgabe, das Abfallwirtschaftskonzept gemäß des Landesabfallgesetzes sowie des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes für das Verbandsgebiet zu erstellen.

Zu seinen Aufgaben gehört die umfassende Beratung über die Möglichkeiten der Vermeidung und Verwertung von Abfällen. Die Beratung umfasst auch Abfälle, für die keine Überlassungspflicht besteht oder von der Entsorgungspflicht ausgeschlossen sind. Der Verband kann als beauftragter Dritter Aufgaben wahrnehmen, die den Mitgliedern in ihrer Eigenschaft als Untere Abfallwirtschaftsbehörde obliegen, soweit die Durchführung dieser Aufgaben dem Verband durch die Unteren Abfallwirtschaftsbehörden aufgetragen wird.

Der Verband kann im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit von Städten und Gemeinden im Verbandsgebiet Aufgaben im Rahmen der Abfallwirtschaft bzw. Abfallentsorgung (Einsammeln und Befördern) übernehmen, wenn die Aufgabenübernahme sinnvoll erscheint, dem öffentlichen Wohl dienlich ist und den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital des Verbandes beträgt 5.000.000 €

Mitglieder des Verbandes sind:

Oberbergischer Kreis, Gummersbach
Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach.

4. Organisationsstruktur

Der Verband hat folgende Organe:

- a) Verbandsvorsteher,
- b) Verbandsversammlung.

4.1 Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten gewählt.

Verbandsvorsteher: Herr Hagen Jobi, Landrat Oberbergischer Kreis
(bis 20.10.2015)

Herr Jochen Hagt, Landrat Oberbergischer Kreis
(ab 20.11.2015)

Stellv. Verbandsvorsteher: Herr Dr. Hermann-Josef Tebroke,
Landrat Rheinisch-Bergischer Kreis

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte. Er hat die Beschlüsse der Verbandsversammlung vorzubereiten und auszuführen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben bedient er sich des Geschäftsführers, der für die Erfüllung der Aufgaben gegenüber dem Verbandsvorsteher verantwortlich ist. Der Geschäftsführer tritt an die Stelle des Betriebsleiters nach § 2 EigVO.

Geschäftsführerin: Frau Monika Lichtinghagen-Wirths, Engelskirchen

4.2 Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus 18 Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Kreise entsenden je 8 Vertreter aus der Mitte der Kreistage sowie als je einen weiteren Vertreter den Landrat oder einen von ihm vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten des Kreises, für die Dauer ihrer Wahlzeit.

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden; in gleicher Weise wählt sie einen Stellvertreter des Vorsitzenden.

Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der vorgeschriebenen Vertreter anwesend sind. Beschlüsse der Verbandsversammlung werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Vertreter gefasst. Der Beschluss über die Änderung der Satzung und der Beschluss über das Abfallwirtschaftskonzept bedürfen der Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Vertreter.

Die Verbandsversammlung setzte sich im Geschäftsjahr 2015 wie folgt zusammen:

Mitglieder des Oberbergischen Kreises

Dr. Christian Dickschen, Gummersbach

Harald Langusch, Gummersbach

(ab 10.12.2015)

Jürgen Marquardt, Gummersbach
 Reinhold Müller, Engelskirchen
 Ralf Oettershagen, Reichshof
 Axel Osterberg, Reichshof
 Gerd Werner, Lindlar
 Helmut Schäfer, Engelskirchen
 Henrike Schreyer-Vogt, Engelskirchen
 Günter Stricker, Morsbach (verstorben am 08.10.2015)

Mitglieder des Rheinisch-Bergischen Kreises

Rainer Bleek, Wermelskirchen (bis 20.10.2015)
 Martin Bosbach, Wermelskirchen
 Ulrich Heimann, Bergisch Gladbach
 Dietmar Kieweg, Bergisch Gladbach
 Henning Rehse, Wermelskirchen
 Roland Rickes, Bergisch Gladbach
 Dietmar Virnich, Bergisch Gladbach (bis 19.06.2015)
 Dr. Erik Werdel, Bergisch Gladbach (ab 19.06.2015)
 Dr. Klaus-Georg Wey (ab 10.12.2015)
 Robert Winkels, Bergisch Gladbach
 Eduard Wolf, Overath

5. Wirtschaftliche Daten

Der Jahresabschluss weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 1.321 T€ aus, der Bilanzgewinn beläuft sich auf 1.782 Mio. €.

Die Umsätze aus der Behandlung von Abfällen erhöhten sich im Geschäftsjahr 2015 um 2,82 % auf 33.332 T€.

Diese Erhöhung erklärt sich durch die in der 152. Verbandsversammlung am 21.11.2014 beschlossene Erhöhung der Leistungsgebühr und maßgeblich durch die Mengenerhöhung im Bereich des Bioabfalls.

Im Rahmen der Kalkulation der Gebührenbedarfsberechnungen 2015 konnten aus der Überdeckung der Vorjahre 2.513 T€ entnommen werden. Hierdurch wurde der errechnete Gebührenbedarf verringert.

Die Umsätze aus der Übertragung der kommunalen Entsorgungspflicht für Buscheid, Engelskirchen, Hückeswagen, Reichshof, Leichlingen und Kürten sind gegenüber dem Vorjahr um 926 T€ gestiegen. Neben den durch Neuausschreibungen gestiegenen Transportpreisen in zwei Kommunen hat hier auch die Einführung der Biotonne in Burscheid, Kürten und Reichshof zur Erhöhung der Umsätze beigetragen. Zusätzliche Umsätze in Höhe von 2.203 T€ ergaben sich aus der Übertragung der kommunalen Entsorgungspflicht der Stadt Radevormwald zum 01.01.2015.

Die sonstigen betrieblichen Erträge von 7.235 T€ beinhalten insbesondere die Inanspruchnahme aus Rückstellungen für die Deponienachsorge (2.149 T€) und die Abrechnung der Nachkalkulation der AVEA Gruppe für das Geschäftsjahr 2014 (1.619 T€). Aus der Sammlung und Vermarktung von Altkleidern konnten im Saldo 368 T€ erzielt werden.

Des Weiteren wurden Erträge in Höhe von 1.343 T€ für Zuschüsse aus dem Projekt :metabolon und 102 T€ für das Projekt „Haus der kleinen Forscher“ ausgewiesen.

Korrespondierende Aufwandspositionen in gleicher Höhe wurden unter der Abschreibung, dem Personalaufwand und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen dargestellt.

Für 2015 ergab sich eine Überdeckung gemäß § 6 KAG in Höhe von 599 T€, die spätestens in der Gebührenkalkulation für das Jahr 2019 gebührenmindernd verrechnet werden muss.

Das Sachanlagevermögen und die immateriellen Vermögensgegenstände verringerten sich im Geschäftsjahr 2015 leicht um 680 T€. Nach Abschluss der Investitionstätigkeiten in die aktuellen Projekte im Bereich :metabolon erhöhten sich die Abschreibungsbeträge, ohne das in gleichem Maße Anlagegüter angeschafft wurden.

Bilanz

Aktiva	31.12.2015 T€	31.12.2014	31.12.2013
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	103	183	244
II. Sachanlagen	24.315	24.912	23.987
III. Finanzanlagen	61.792	68.859	73.667
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	151	72	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.631	9.708	10.165
III. Wertpapiere			0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	22.289	15.144	13.098
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	120.281	118.878	121.161

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	5.000	5.000	5.000
II. Allgemeine Rücklage	4.000	4.000	4.000
III. Zweckgebundene Rücklage	7.248	7.439	7.126
IV. Bilanzgewinn	1.782	1.824	2.623
B. Sonderposten für Zuwendungen	8.628	7.902	8.699
C. Rückstellungen	86.335	85.320	91.596
D. Verbindlichkeiten	7.288	7.393	2.117
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	120.281	118.878	121.161

Gewinn- und Verlustrechnung

	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Umsatzerlöse	49.697	45.639	41.939
andere aktivierte Eigenleistungen	0	109	159
sonstige betriebliche Erträge	7.235	7.465	6.598
Materialaufwand	47.413	44.516	41.323
Personalaufwand	2.995	2.826	2.696
Abschreibungen	1.451	1.495	1.131
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.958	3.831	2.342
Erträge aus Beteiligungen	1.900	1.900	1.900
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	975	972	1.765
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	435	589	185
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.980	2.535	2.424
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.445	1.471	2.630
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	116	25	0
Sonstige Steuern	9	6	7
Jahresüberschuss	1.320	1.440	2.623
Zugang aus zweckgebundener Rücklage	461	383	0
Bilanzgewinn	1.781	1.823	2.623

Kennzahlen

	Angaben in	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote:	%	14,99	15,36	15,47
Umsatzrentabilität:	%	3,59	4,0	6,25
Cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	€	- 323	2.323	2.317
Ausschüttung an Gesellschafter:	T€	1.512	1.554	1.927

6. Beschäftigte

Die Anzahl der Mitarbeiter betrug im Jahresdurchschnitt:

Personal	2015	2014	2013
Gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte	45,39	44,8	43

Der Verband zahlte im Geschäftsjahr 2015 insgesamt 2.432.625,77 € an Löhne und Gehälter sowie 562.150,55 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Zur Deckung des Finanzbedarfs erhebt der Verband Gebühren nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen. Soweit diese Einnahmen nicht ausreichen, kann der Verband von den Verbandsmitgliedern eine

Umlage erheben, um seinen Finanzbedarf zu decken. Dies wurde bisher nicht notwendig.

Aus dem für 2015 ausgewiesenen Jahresergebnis wurde eine Ausschüttung in Höhe von jeweils 755.868,34 € an die Mitglieder vorgenommen.

8. Bewertung

In den vergangenen Jahren wurde auf der Basis der interkommunalen Kooperation eine leistungsstarke kommunale Abfallwirtschaft für das Verbandsgebiet aufgebaut, die eine autarke und umweltorientierte Abfallbehandlung auch unter wechselnden Marktbedingungen langfristig garantiert.

Als unabhängige Institution nimmt der Verband die öffentlich-rechtlichen Pflichten im Dienste der langfristigen Entsorgungssicherheit wahr. Hierzu gehören die Kalkulation der Abfallgebühren, die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes, die Beratung und Unterstützung der Verbandskommunen bei ihren Entsorgungsaufgaben, die effektive Deponienachsorge in Kombination mit intelligenten Folgenutzungen, die bedarfsgerechte Bündelung kommunaler Aufgaben beim Verband sowie eine unabhängige Abfallberatung. Dabei entwickelt der Verband bereits seit Jahren Strategien und Umsetzungsrahmen für eine umfassende Ressourcenwirtschaft.

Insgesamt kann der Bergische Abfallwirtschaftsverband auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2015 mit positivem Ergebnis zurückblicken. Die wirtschaftliche Lage des Verbandes ist solide und das Anlagevermögen des Verbandes ist durch langfristiges Kapital gedeckt.

Auch für das Geschäftsjahr 2016 wird unter Annahme gleicher Bedingungen wie im Geschäftsjahr 2015, mit einer im Ergebnis gleichen Geschäftsentwicklung gerechnet.

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt (CVUA) Rheinland**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland, AöR
Winterstraße 19
50354 Hürth

Telefon: 02233 / 96839100
Telefax: 02233 / 96839198

E-Mail: poststelle@cvua-rheinland.de
Internet: www.cvua-rheinland.de

2. Öffentlicher Zweck

Im Regierungsbezirk Köln wurde aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung – Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchungen der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen eine integrierte Untersuchungsanstalt für Bereiche des Verbraucherschutzes (Untersuchungsanstalt) gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts zum 01.01.2011 errichtet.

Die Untersuchungsanstalt führt den Namen „Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland“ (CVUA Rheinland) mit dem Zusatz „Anstalt des öffentlichen Rechts“.

Der Einzugsbereich der Untersuchungsanstalt umfasst den Regierungsbezirk Köln.

Träger der Untersuchungsanstalt sind das Land NRW sowie die Städteregion Aachen, die Städte Aachen, Bonn, Köln, Leverkusen, die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, der Oberbergische Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Erft-Kreis und der Rhein-Sieg Kreis.

Die Untersuchungsanstalt führt für das Land NRW und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind.

Die Bereiche Futtermitteluntersuchung, Tierseuchenbekämpfung, Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel wurden für den Regierungsbezirk Köln bis Ende 2008 im Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt Krefeld, anschließend im Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) durchgeführt. In einem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem CVUA Rheinland und dem CVUA-RRW wurde vereinbart, den bisherigen Leistungsumfang weiterhin im CVUA-RRW durchzuführen. Die Kosten werden mit dem Entgelt des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für das CVUA Rheinland abgegolten.

Darüber hinaus kann der Untersuchungsanstalt die Durchführung weiterer Aufgaben durch Rechtsverordnung des Ministeriums oder entsprechenden Beschluss des Verwaltungsrates übertragen werden.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

An dem Stammkapital der Untersuchungsanstalt in Höhe von 300.000,00 € sind beteiligt:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Land NRW	90.000	30
Städteregion Aachen	17.500	5,833
Stadt Aachen	17.500	5,833
Stadt Bonn	17.500	5,833
Stadt Köln	17.500	5,833
Stadt Leverkusen	17.500	5,833
Kreis Düren	17.500	5,833
Kreis Euskirchen	17.500	5,833
Kreis Heinsberg	17.500	5,833
Oberbergischer Kreis	17.500	5,833
Rhein-Erft-Kreis	17.500	5,833
Rhein-Sieg-Kreis	17.500	5,833
Rheinisch-Bergischer Kreis	17.500	5,833

4. Organe der Untersuchungsanstalt

Die Untersuchungsanstalt hat folgende Organe:

- a) der Verwaltungsrat
- b) der Vorstand.

4.1 Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat wird aus 2 Vertreterinnen oder Vertretern des Landes NRW und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune gebildet.

Die Vertretung des Landes NRW hat insgesamt 5 Stimmen. Jede Vertreterin oder jeder Vertreter einer Kommune hat eine Stimme.

Den Vorsitz führt eine Vertreterin oder ein Vertreter der Kommunen. Der Vorsitz und die Stellvertretung werden vom Verwaltungsrat mit einfacher Mehrheit gewählt.

Der Verwaltungsrat überwacht u.a. die Geschäftsführung des Vorstandes sowie die Durchführung seiner Beschlüsse. Er ist beschlussfähig, wenn er ordnungsgemäß geladen worden ist und mehr als die Hälfte der Stimmen vertreten sind und die oder der Vorsitzende oder ihre oder seine Stellvertretung anwesend ist.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde im Verwaltungsrat im Geschäftsjahr 2015 (ab 15.05.2015) durch Herrn Dezernent Gerald Petri vertreten. Sein Stellvertreter war Herr Dr. Thomas Mönig, Leiter des Amtes für Veterinär- und Lebensmittelüberwachung.

4.2 Vorstand

Die Untersuchungsanstalt wird vom Vorstand geleitet. Er führt die laufenden Geschäfte der Untersuchungsanstalt in eigener Verantwortung. Er ist für alle Angelegenheiten zuständig, die nicht durch Gesetz oder Satzung dem Verwaltungsrat zugewiesen sind. Er vertritt die Untersuchungsanstalt gerichtlich und außergerichtlich.

Der Vorstand besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandsmitglied.

Der Leiter des Fachbereichs Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen wurde zum Vorstandsvorsitzenden, die Leiterin des Chemischen Untersuchungsinstituts der Stadt Leverkusen zum weiteren Vorstandsmitglied bestellt.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Herr Dr. Gerhard Löhr
Frau Dagmar Pauly-Mundegar

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2015 wurde mit einem Überschuss in Höhe von 241.681,20 € abgeschlossen.

Die Entgelte für Untersuchungen betrugen gemäß der vom Verwaltungsrat am 03.12.2014 beschlossenen Entgeltverordnung 9.304 T€. Daneben wurden Erstattungen für Versorgungslasten in Höhe von 107 T€ und sonstige Erträge in Höhe von 19 T€ vereinnahmt.

Die Personalkosten stellten bei den Aufwendungen mit 7.054 T€ den größten Posten. Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den betrieblichen Aufwendungen betrug ca. 70 %. Hierbei wurde das Entgelt an die CVUA-RRW für die Durchführung seiner Leistungen in Höhe von 1.150 T€ berücksichtigt.

Große Aufwandspositionen blieben die Mieten mit 505 T€ und die Betriebskosten mit 360 T€. Das CVUA Rheinland hatte weitere jährliche Verpflichtungen, insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 145 T€, der Personalverwaltung in Höhe von 36 T€, für Reparaturen und Instandhaltungen 89 T€, für Versicherungen in Höhe von 18 T€ und für Periodika (Zeitschriften, Lose-Blatt-Sammlungen), Porto, Telefon und Bürobedarf in Höhe von 21 T€.

Die Abschreibungen betrugen im Berichtsjahr 333 T€.

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 15.377 T€ auf 22.434 T€. Die Veränderungen auf der Aktivseite ergaben sich im Wesentlichen aus den aktivierten Baukosten für den Neubau des Laborgebäudes in Hürth in den Anlagen im Bau. Auf der Passivseite ergab sich die Bilanzveränderung im Wesentlichen aus der Zunahme der Rückstellungen und der Verbindlichkeiten.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden 266 T€ in neue Laborgeräte und 10.447 T€ in den Neubau an Baukosten, einschließlich Nebenkosten investiert.

Bilanz

Aktiva	31.12.2015	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	17	10	15
II. Sachanlagen	14.085	3.692	2.061
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	42	42	53
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.269	6.356	5.732
III. Wertpapiere	0	0	300
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	969	5.212	4.788
C. Rechnungsabgrenzungsposten	51	64	52
Bilanzsumme	22.433	15.376	13.001

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	300	300	300
II. Gewinnrücklage	4.421	3.315	1.864
III. Bilanzgewinn	242	1.106	1.451
B. Rückstellungen	12.224	10.180	8.981
C. Verbindlichkeiten	4.867	351	292
D. Rechnungsabgrenzungsposten	379	124	113
Bilanzsumme	22.433	15.376	13.001

Gewinn- und Verlustrechnung

	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Umsatzerlöse	9.305	9.477	9.442
sonstige betriebliche Erträge	126	63	90
Materialaufwand	1.447	1.463	1.459
Personalaufwand	7.054	5.937	5.168
Abschreibungen	333	355	232
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.258	1.308	1.427
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	908	630	205
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	243	1.107	1.451
Sonstige Steuern	1	1	0
Jahresüberschuss	242	1.106	1.451
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	1.106	1.450	1.258
Einstellungen in Gewinnrücklagen	1.106	1.450	1.258
Bilanzgewinn	242	1.106	1.451

Kennzahlen

	Angaben in	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote:	%	22,1	30,7	27,8
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	3.589	2.098	1.698
EBIT:	T€	1.248	1.798	1.246
Anlagenintensität:	%	62,9	24,1	16,0

6. Beschäftigte

Personal	2015	2014	2013
Tariflich Beschäftigte	82	82	81
Beamte	13	13	13
Auszubildende	2	2	3

Die Personalkosten der Gesellschaft beliefen sich im Geschäftsjahr 2015 auf insgesamt 7.054.474,87 €. Davon entfielen 4.107.166,61 € auf Löhne und Gehälter sowie 2.947.308,26 € auf soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 17.500,00 € zahlt der Rheinisch-Bergische Kreis, wie auch die anderen kommunalen Träger sowie das Land NRW, ein Entgelt für die Leistungen der Untersuchungsanstalt.

Das auf den Rheinisch-Bergischen Kreis entfallende Entgelt belief sich für das Geschäftsjahr 2015 auf insgesamt 495.623,20 €.

8. Bewertung

Das Land NRW hat im Jahre 2007 mit dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes die Ermächtigung zur Zusammenführung von kommunalen und staatlichen Untersuchungseinrichtungen geschaffen. Ziel des Gesetzes ist die Bildung effizienter, qualitativ homogener und leistungsstarker Untersuchungsämter für die Bereiche des Verbraucherschutzes in NRW. Ein von der Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten sieht die optimale Zahl in maximal einer Untersuchungseinrichtung je Regierungsbezirk.

Neben diesem politischen Willen zur Gründung der integrierten Untersuchungsanstalten besteht auch die Notwendigkeit die immer komplexer und aufwendiger werdenden Untersuchungen in einer Untersuchungsanstalt zu bündeln und dadurch Synergieeffekte zu nutzen, um zukünftig für die Nutzer kostengünstig arbeiten zu können. Vor diesem Hintergrund wurde daher beschlossen, ein gemeinsames Untersuchungsamt Rheinland zu gründen.

Durch die Beteiligung am CVUA Rheinland hat der Rheinisch-Bergische Kreis zukünftig die Möglichkeit, auf die Geschäftsführung und somit auch auf die Gebührentarife und die Entgelte für den Kreis als Leistungsnehmer direkten Einfluss zu nehmen.

Für das Geschäftsjahr 2016 weist der Wirtschaftsplan einen Verlust von rd. 373 T€ aus. Das Investitionsvolumen beläuft sich voraussichtlich auf 8.891 T€.

Das Bergische gGmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Das Bergische gGmbH
Eichenhofstraße 31
51789 Lindlar

Telefon: 02266 / 463370
Telefax: 02266 / 4633737

Internet: www.bergisches-wanderland.de
E-Mail: info@bergisches-wanderland.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde im Juli 2009 vom Oberbergischen Kreis, dem Rheinisch-Bergischen Kreis sowie dem Zweckverband Naturpark Bergisches Land gegründet. Eingetragen ist sie unter HRB 66497 im Handelsregister des Amtsgerichtes Köln. Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Heimatbewusstseins sowie Schutz und Ausbau der natur-, landschafts- und kulturhistorischen Besonderheiten im Zuständigkeitsbereich des Naturparks Bergisches Land.

Der Gegenstand des Unternehmens wird verwirklicht durch infrastrukturelle Verbesserungen, insbesondere durch eine Inwertsetzung und Erweiterung der vorhandenen Freizeit- und Naherholungsangebote in der bergischen Kulturlandschaft. Dabei sollen eine behutsame und bildungsorientierte Entwicklung der touristischen Angebotsstruktur und deren Bekanntmachung sowohl der Identitätsstiftung der Bevölkerung dienen als auch die Funktion des Naturparks als überregionales Erholungsgebiet stärken.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Geschäfte aller Art zu tätigen, die dem Zweck der Gesellschaft dienen, und sämtliche Handlungen vorzunehmen, die sich unmittelbar oder mittelbar auf den Gegenstand des Unternehmens beziehen oder geeignet sind, die Unternehmungen der Gesellschaft zu fördern.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

An dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 25.000,00 € sind beteiligt:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Oberbergischer Kreis	11.250,00	45
Rheinisch-Bergischer Kreis	11.250,00	45
Zweckverband Naturpark Bergisches Land	2.500,00	10

4. Organe der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern oder von einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Mathias Derlin.

4.2 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlungen werden von den Geschäftsführern einberufen, so oft dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint, mindestens aber zweimal jährlich. Bei mehreren Geschäftsführern ist jeder alleine einberufungsberechtigt. Jeder Gesellschafter kann in die Gesellschafterversammlung bis zu drei Personen als ständige Mitglieder entsenden. Eine Stellvertretung ist möglich. Gesellschafterbeschlüsse werden, sofern sich nicht aus dem Gesetz oder aus dem Gesellschaftsvertrag etwas anderes ergibt, mit einfacher Mehrheit aller Stimmen gefasst. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn von jedem Gesellschafter ein ständiges Mitglied anwesend oder vertreten ist. Andernfalls ist mit 2-wöchiger Frist eine zweite Gesellschafterversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist. In der erneuten Einladung ist auf diese Rechtsfolge hinzuweisen. Das Stimmrecht der Gesellschafter richtet sich nach der Höhe ihrer Geschäftsanteile. Je 50,00 € des Stammkapitals gewähren eine Stimme. Jeder Gesellschafter kann die auf ihn entfallenden Stimmen nur einheitlich abgeben.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

Ordentliches Mitglied

Reudenbach, Elvira
Schäfer Lenore
Dr. Werdel, Erik

Stellvertreter

Müller, Vera
Bender, Christine
Wilhelm, Gabi

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2015 einen Jahresfehlbetrag von 192,7 T€. Während sich die Betriebsleistung mit 0,9 T€ gegenüber dem Vorjahreswert (491,9 T€) um 491,0 T€ reduzierte, verringerten sich die Betriebsaufwendungen (inklusive Abschreibungen) um insgesamt 241,1 T€ auf 132,4 T€.

Die Verringerung der Aufwendungen verteilte sich dabei gleichmäßig auf die Personalaufwendungen und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Die Personalaufwendungen reduzierten sich insbesondere aufgrund der Abnahme der Mitarbeiterzahl um 127,7 T€. Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultierte hauptsächlich aus niedrigeren Werbe- und Messekosten. Gegenläufig hierzu stiegen die Aufwendungen für Fremdarbeitnehmer um 65,2 T€.

Das Anlagevermögen verringerte sich bei Investitionen von 2,5 T€, Anlageabgängen von 1,4 T€ und Abschreibungen von 61,2 T€ um 60,1 T€. Der Rückgang der sonstigen Vermögensgegenstände beruht vor allem auf dem Wegfall von Förderansprüchen. Der Anstieg der liquiden Mittel resultierte nach Berücksichtigung des negativen Jahresergebnisses aus den Zuwendungen der Gesellschafter.

Bilanz

Aktiva	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	102	127	149
II. Sachanlagen	131	166	171
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
II. stände	0	59	0
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	86	6	1
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	16
Bilanzsumme	320	359	337

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25	25	25
II. Kapitalrücklage	295	190	190
III. Jahresüberschuss	0	0	77
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	- 65	128	0
B. Rückstellungen	7	6	12
C. Verbindlichkeiten	58	10	32
Bilanzsumme	320	359	337

Gewinn- und Verlustrechnung

	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Umsatzerlöse	0	4	2
sonstige betriebliche Erträge	1	485	583
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	7	135	158
Abschreibungen	61	60	55
sonstige betriebliche Aufwendungen	125	238	293
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	8	6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 192	50	77
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	- 192	50	77
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	0	0	0
Vortrag auf neue Rechnung	0		- 77
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	127	77	0
Bilanzgewinn	65	128	0

Kennzahlen

	Angaben in	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote:	%	80	95	87
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	- 67	46,4,6	57,9
EBIT:	T€	- 192	58	83

6. Beschäftigte

Personal	2015	2014	2013
Angestellte	1	3	5

Im Geschäftsjahr 2015 beschäftigte die Gesellschaft durchschnittlich einen Mitarbeiter. Die Personalkosten der Gesellschaft beliefen sich im Geschäftsjahr 2015 auf insgesamt 7.498,14 €. Davon entfielen 5.814,00 € auf Löhne und Gehälter sowie 1.684,14 € auf soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 11.250,00 € hat sich der Rheinisch-Bergische Kreis gem. Gesellschaftsvertrag verpflichtet, für das durch die Gesellschaft durchgeführte Projekt „Wege durch die Zeiten“ einen maximalen Zuschuss in Höhe von 210.000 € zu leisten. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgte in drei jährlichen Raten in Höhe von jeweils 70.000 €.

Für das Geschäftsjahr 2014 hat der Zukunftsausschuss des Rheinisch-Bergischen Kreises die touristische Weiterentwicklung im Rheinisch-Bergischen Kreis beschlossen. Demnach hat die Gesellschaft in 2014 einen Betrag in Höhe von 12.000 € zur Unterhaltung der Infrastruktur im Rahmen des Wanderprojektes zur Verfügung

gestellt bekommen. Dieser Zuschuss wurde mit Kreistagsbeschluss vom 11.12.2014 um 33.000 € auf insgesamt 45.000 € erhöht, der somit auch im Geschäftsjahr 2015 an die Gesellschaft ausgezahlt wurde.

8. Bewertung

Im Geschäftsjahr 2015 wurde das Wanderprojekt erfolgreich formal abgeschlossen und die Folgeaufgaben wie Wegeinstandhaltung und weitere Wegevermarktung konnten erfolgreich betrieben bzw. geregelt werden.

Die Nachfrage und die positiven Rückmeldungen der Wanderer konnten erheblich gesteigert werden und die öffentliche Meinung in der Region zu den neuen Wanderwegen hat sich stark ins Positive verändert.

Gleichzeitig konnte mit dem Projekt „alle inklusive“ wieder ein Förderprojekt gewonnen werden, das, sofern die noch fehlenden Voraussetzungen geschaffen werden, die kommenden Jahre der Gesellschaft bestimmen wird.

Durch das Auslaufen des Projekts „Bergisches Wanderland“ konnten im Geschäftsjahr 2015 keine weiteren Fördermittel erzielt werden. Aus diesem Grund wurde ein Jahresfehlbetrag von 193 T€ erwirtschaftet, der durch den Gewinnvortrag teilweise ausgeglichen werden konnte.

Das Geschäftsjahr 2015 konnte somit insgesamt als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Energie-Genossenschaft Bergisches Land**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Energie-Genossenschaft
Bergisches Land e.G.
Jan-Wellem-Straße 32
51789 Lindlar

Telefon: 02266 / 4728-466

Internet: www.egbl.de

2. Öffentlicher Zweck

Zweck der Genossenschaft ist die Förderung des Erwerbs und der Wirtschaft der Mitglieder durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb. Die Genossenschaft darf auch mit Nichtmitgliedern Geschäfte betreiben.

Gegenstand des Unternehmens ist:

- a) die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien, insbesondere Photovoltaikanlagen,
- b) der Absatz der gewonnenen Energie in Form von Strom, Gas und/oder Wärme,
- c) die Unterstützung und Beratung in Fragen der regenerativen Energiegewinnung, einschließlich der Information von Mitgliedern und Dritten, sowie der Öffentlichkeitsarbeit,
- d) gemeinsamer Einkauf von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien für Mitglieder und Dritte.

Die Gesellschaft kann Zweigniederlassungen errichten und sich an Unternehmen beteiligen.

Die Genossenschaft hat ihren Sitz in Lindlar und ist eingetragen im Registergericht des Amtsgerichtes Köln unter der Registernummer GnR 829.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

Der Geschäftsanteil beträgt 500,00 €. Er ist sofort nach Eintragung in die Mitgliederliste voll einzuzahlen. Die Einzahlungen bilden das Geschäftsguthaben.

Das Mindestkapital der Genossenschaft, dass durch Rückzahlungen eines Auseinandersetzungsguthabens an ausgeschiedene Mitglieder oder durch Kündigung einzelner Anteile nicht unterschritten werden darf beträgt 1.500,00 €.

Der Rheinisch-Bergische Kreis hat mit Beitrittserklärung vom 27.08.2014 unter der Mitgliedsnummer 269 einen Geschäftsanteil in Höhe von 500,00 € erworben.

4. Organe der Genossenschaft

Die Genossenschaft hat folgende Organe:

- a) Vorstand
- b) Aufsichtsrat
- c) Generalversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand leitet die Genossenschaft in eigener Verantwortung und vertritt sie

gerichtlich und außergerichtlich.

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Mitgliedern. Er wird vom Aufsichtsrat für maximal 5 Jahre bestellt und abberufen. Wiederwahl ist zulässig. Der Aufsichtsrat kann einen Vorsitzenden bestimmen.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Guido Wendeler

Thomas Willmer

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei Mitgliedern, die von der Generalversammlung gewählt werden.

Das Amt eines Aufsichtsratsmitglieds beginnt mit dem Schluss der Generalversammlung, die die Wahl vorgenommen hat, und endet mit dem Schluss des darauf folgenden dritten Geschäftsjahres. Wiederwahl ist zulässig.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden sowie einen Stellvertreter. Er ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Er fasst seine Beschlüsse mit Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden nicht mitgerechnet. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt; bei Wahlen entscheidet in diesem Fall das Los.

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Aufsichtsrat der Genossenschaft nicht vertreten.

4.3 Generalversammlung

Jedes Mitglied in der Generalversammlung hat eine Stimme.

Die ordentliche Generalversammlung hat innerhalb der ersten 6 Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres stattzufinden. Außerordentliche Generalversammlungen können nach Bedarf einberufen werden. Die Generalversammlung findet am Sitz der Genossenschaft statt, sofern nicht Vorstand und Aufsichtsrat einen anderen Tagungsort festlegen.

Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder sein Stellvertreter (Versammlungsleiter). Durch Beschluss der Generalversammlung kann der Vorsitz einem anderen Mitglied der Genossenschaft, einem bevollmächtigten Vertreter eines Mitgliedsunternehmens oder einem Vertreter des gesetzlichen Prüfungsverbandes übertragen werden.

Beschlüsse der Generalversammlung bedürfen der einfachen Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen, soweit nicht das Gesetz oder die Satzung eine größere Mehrheit vorschreibt.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Generalversammlung durch Herrn Gerhard Wölwer vertreten.

5. Wirtschaftliche Daten**Bilanz**

Aktiva	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	821	870	919
B. Umlaufvermögen			
Forderungen und sonstige			
I. Vermögensgegenstände	8	26	8
II. Kassenbestand, Bankguthaben	178	157	130
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	1
Bilanzsumme	1.008	1.054	1.058

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	608	602	587
II. Gewinnrücklagen	21	10	9
III. Jahresüberschuss	29	27	14
B. Rückstellungen	20	27	15
C. Verbindlichkeiten	330	388	433
Bilanzsumme	1.008	1.054	1.058

Gewinn- und Verlustrechnung

	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Umsatzerlöse	122	127	93
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	3	3	3
Abschreibungen	49	49	43
sonstige betriebliche Aufwendungen	15	21	13
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	12	14	15
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	43	40	20
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	14	13	6
Jahresüberschuss	29	27	14

Kennzahlen

	Angaben in	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote:	%	65,28	60,60	57,66
Anzahl der Mitglieder, Stand 31.12.15:	Anzahl	268	271	266
Geschäftsguthaben, Stand 31.12.15:	T€	608	602	587

6. Beschäftigte

Die Personalkosten der Gesellschaft beliefen sich im Geschäftsjahr 2015 auf insgesamt 3.155,44 €. Davon entfielen 2.400,00 € auf Löhne und Gehälter sowie 755,44 € auf soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung in Form des Geschäftsanteils in Höhe von 500 €, hat der Rheinisch-Bergische Kreis für das Geschäftsjahr 2015 eine Dividendengutschrift in Höhe von 10,12 € erhalten.

Flughafen Köln/Bonn GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Flughafen Köln/Bonn GmbH
Postfach 98 01 20
51129 Köln

Telefon: 02203 / 40-0
E-Mail: info@koeln-bonn-airport.de
Internet: www.koeln-bonn-airport.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde am 08.12.1950 gegründet und ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Köln, HRB 226, eingetragen. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst den Betrieb und den Ausbau des Verkehrsflughafens Köln/Bonn - Konrad Adenauer, einschließlich der Versorgung Dritter mit elektrischer Energie auf dem Gebiet des Flughafens sowie die Durchführung aller damit verbundenen Nebengeschäfte. Die Gesellschaft kann sich zur Förderung des Unternehmensgegenstandes auch an anderen Gesellschaften, deren Haftung beschränkt ist, beteiligen. Des Weiteren kann sie derartige Gesellschaften auch selbst errichten oder erwerben.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 10.821.000 €.
Es ergeben sich folgende Beteiligungsverhältnisse:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Stadt Köln	3.367.000	31,12
Bundesrepublik Deutschland	3.348.000	30,94
Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mbH (BVG)	3.348.000	30,94
Stadtwerke Bonn GmbH	656.000	6,06
Rhein-Sieg Kreis	64.000	0,59
Rheinisch-Bergischer Kreis	38.000	0,35

Mit seinem Stimmanteil von 0,35 % gehört der Rheinisch-Bergische Kreis neben der Stadt Bonn und dem Rhein-Sieg Kreis zu den „kleinen“ Gesellschaftern der Flughafen Köln/Bonn GmbH. Diese stellen im zweijährigen Wechsel ein Mitglied für den Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft. Die Vertretung der drei "kleinen" Gesellschafter nimmt seit September 2015 für 2 Jahre Herr Marcus Kitz (Rhein-Sieg-Kreis) wahr.

4. Organe

Die Flughafen Köln/Bonn GmbH hat folgende Organe:

- a) die Gesellschafterversammlung,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Geschäftsführung.

4.1 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlungen finden mindestens zweimal im Kalenderjahr statt. In der Gesellschafterversammlung gewähren je 500 € Stammeinlage eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung ist nur beschlussfähig, wenn 75 vom Hundert des Stammkapitals vertreten sind. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als nicht beschlussfähig, so ist innerhalb von vier Wochen mit der gleichen Frist und der gleichen Tagesordnung eine neue Versammlung einzuberufen; diese Versammlung ist ohne Rücksicht auf das vertretene Stammkapital beschlussfähig. Beschlüsse werden in der Regel mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschafterversammlung 2015 wie folgt vertreten:

Ordentliches Mitglied

Herr Klaus-Dieter Becker

Stellvertretendes Mitglied

Herr Wolfgang Reuschenbach

4.2 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus fünfzehn Mitgliedern besteht. Der Aufsichtsrat setzt sich aus zehn Vertretern der Gesellschafter und fünf Vertretern der Arbeitnehmer zusammen. Den Gesellschaftern Bundesrepublik Deutschland, Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mbH und Stadt Köln stehen paritätisch je drei Sitze, den übrigen Gesellschaftern zusammen ein Sitz im Aufsichtsrat zu. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von der Gesellschafterversammlung gewählt, soweit sie nicht als Vertreter der Arbeitnehmer nach § 4 Drittelbeteiligungsgesetz zu wählen sind. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder geladen und mehr als die Hälfte der Mitglieder, darunter der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder einer seiner Stellvertreter, an der Beschlussfassung teilnehmen. Der Aufsichtsrat beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern nicht durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag ausdrücklich etwas anderes bestimmt wird. Bei Stimmengleichheit gilt der zur Beschlussfassung gestellte Antrag als abgelehnt.

Der Aufsichtsrat setzte sich wie folgt zusammen:

Dr. Volker Hauff, Bundesminister a.D.
Land Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender
(bis 31.12.2015)

Prof. Kurt Bodewig, Bundesminister a.D.
Land Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender
(seit 08.04.2016)

Sven Schwarzbach, Angestellter FKB
Arbeitnehmervertreter

1. Stellvertretender Vorsitzender
(ab 11.09.2015)

Jochen Ott, Oberstudienrat a.D.
Stadt Köln

2. stellvertretender Vorsitzender

Dr. Martina Hinricher, Ministerialdirektorin Bundesrepublik Deutschland	3. stellvertretende Vorsitzende
Dr. Harald Albuschkat, Ltd. Ministerialrat a.D. Land Nordrhein-Westfalen	(bis 11.09.2015)
Nuretdin Aydin, Oberlader FKB Arbeitnehmersvertreter	
Bernhard Braun, Angestellter FKB Arbeitnehmersvertreter	
Marcus Kitz, Bankkaufmann Rhein-Sieg-Kreis	(ab 11.09.2015)
Cornelia Krahforst, Angestellte FKB Arbeitnehmersvertreterin	(ab 11.09.2015)
Reinhard Limbach, Immobilienkaufmann Stadt Bonn	(bis 11.09.2015)
Waltraud Mayer, Angestellte FKB Arbeitnehmersvertreterin	(bis 11.09.2015)
Dr. Rüdiger Messal, Staatssekretär Land Nordrhein-Westfalen	
Hans-Dieter Metzen, Angestellter FKB Arbeitnehmersvertreter	1. Stellvertretender Vorsitzender (bis 11.09.2015)
Michael von der Mühlen, Staatssekretär Land Nordrhein-Westfalen	(ab 11.09.2015)
Bernd Petelkau, Managing-Director Stadt Köln	
Jürgen Roters, Oberbürgermeister Stadt Köln	(bis 26.01.2016)
Kerstin Wambach, Regierungsdirektorin Bundesrepublik Deutschland	
Petra von Wick, Ministerialrätin Bundesrepublik Deutschland	
Karl-Heinz Wildschrei, Angestellter FKB Arbeitnehmersvertreter	(bis 11.09.2015)
Kirsten Stecken, Ministerialrätin Land Nordrhein-Westfalen	(vom 20.01.2016 – 07.04.2016)
Heriette Reker, Oberbürgermeisterin Stadt Köln	(ab 10.02.2016)

4.3 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, kann der Aufsichtsrat einen davon zum Vorsitzenden der Geschäftsführung berufen und abberufen. Die Geschäftsführer werden auf höchstens fünf Jahre bestellt. Ihre wiederholte Bestellung für jeweils weitere höchstens fünf Jahre ist zulässig. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft durch diesen vertreten. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

In der Geschäftsführung sind tätig:

Michael Garvens, Bergisch Gladbach, Kaufmännischer Geschäftsführer
(Vorsitzender der Geschäftsführung)

Athanasios Titonis, Bonn, Technischer Geschäftsführer

5. Wirtschaftliche Daten

Im Geschäftsjahr 2015 stieg am Flughafen Köln/Bonn das Passagieraufkommen deutlich mit rund 10,3 Mio. Passagieren um 9 % im Vergleich zum Vorjahr an. Der Bundesdurchschnitt lag 2015 bei +3,9 %.

Hinsichtlich des Passagieraufkommens lag der Flughafen Köln/Bonn damit deutlich über der Prognose für das Jahr 2015. Das Wachstum geht vor allem auf den starken Ausbau von Ryanair am Standort Köln/Bonn zurück. Der Low-Cost Carrier hat sein Passagiervolumen gegenüber dem Vorjahr fast verdreifacht und ist mit einem Marktanteil von 22% nun der zweitstärkste Carrier in Köln/Bonn. Daneben bilden der Türkei- und Urlaubsverkehr sowie der erfolgreiche Start der Low Cost Langstrecke (November 2015) weitere Wachstumsträger.

Das Frachtvolumen lag im Jahr 2015 am Flughafen Köln/Bonn bei rund 758.000 Tonnen. Es lag damit zwar unter dem erwarteten Niveau von 775.000 Tonnen, konnte aber – trotz der nachlassenden wirtschaftlichen Entwicklung in China und den Problemen in einigen Schwellenländern (z.B. Lateinamerika, Russland) – stabil gehalten werden. Während bei UPS und FedEx ein Rückgang zu verzeichnen war, erzielten DHL und der General Cargo Bereich ein Plus.

Die Zahl der Flugbewegungen stieg in 2015 um 4,4 % (Bundesdurchschnitt + 1,2 %). Das maximale Startgewicht erhöhte sich zeitgleich um 4 %.

Im liberalisierten Markt der Bodenverkehrsdienstleistungen ging der Marktanteil der Flughafengesellschaft an den Bewegungen 2015 zurück auf 67,3 % (Vorjahr 77,1 %). Mitte des Jahres 2015 hat sich der Flughafen Köln/Bonn aus dem operativen Teil des Geschäftsfeldes General Cargo zurückgezogen und die Tätigkeit an einen Drittanbieter abgegeben.

Im Geschäftsjahr 2015 erhöhten sich die Umsatzerlöse um 8,4 % auf 297,4 Mio. €. Dabei entfielen 184,8 Mio. € auf Flughafengebühren und Bodenverkehrsdienste, 103,9 Mio. € auf Mieten, Pachten und Versorgungsleistungen und 8,8 Mio. € auf übrige Erträge. Der Anstieg bei den Umsatzerlösen spiegelt somit das deutlich erhöhte Passagieraufkommen in 2015 wieder.

Der Materialaufwand erhöhte sich um 25,5 Mio. € auf 109,8 Mio. €. Dies war im Wesentlichen verursacht durch die Vertragsumstellung im Zusammenhang mit dem Blockheizkraftwerk (rund 9 Mio. €) und dem Anstieg im Bereich der Anlagenunterhaltung (+ 15,8 Mio. €).

Die geplanten Investitionen des Jahres 2015 in Höhe von 44 Mio. € wurden nur zu 57 % realisiert. Nicht realisierte Projekte betrafen vor allem diverse Hochbaumaßnahmen (z.B. Neubau DHL-Frachthalle, Umbau Catering Gebäude, Neubau Warenannahme)

und diverse IT Projekte (z.B. LAN-Infrastruktur). Die Gründe dafür waren vielschichtig. Die Kapazitätsanforderungen der Airlines konnten größtenteils noch mit der bestehenden Infrastruktur abgedeckt werden. Einige Projekte verzögerten sich aufgrund veränderter betrieblicher Anforderungen. Bei wiederum anderen Projekten wurde die Realisierung zeitlich nach hinten gelegt.

Bilanz

Aktiva	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	16.111	13.504	10.712
II. Sachanlagen	660.164	675.215	695.460
III. Finanzanlagen	550	630	744
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	2.506	2.743	3.803
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	35.108	23.227	30.630
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	407	398	1.877
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.175	1.061	807
Bilanzsumme	716.021	716.778	744.033

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	10.821	10.821	10.821
II. Kapitalrücklagen	82.733	82.733	82.733
III. Gewinnrücklagen	169.164	166.091	165.041
IV. Jahresüberschuss	5.115	3.073	1.050
B. Rückstellungen	71.266	51.159	50.901
C. Verbindlichkeiten	289.202	318.150	351.063
D. Rechnungsabgrenzungsposten	3.130	2.201	2.428
E. Passive latente Steuern	84.590	82.550	79.996
Bilanzsumme	716.021	716.778	744.033

Gewinn- und Verlustrechnung

	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Umsatzerlöse	297.442	274.294	271.139
andere aktivierte Eigenleistungen	2.293	1.958	1.965
sonstige betriebliche Erträge	6.231	3.607	8.705
Materialaufwand	109.755	84.229	90.912
Personalaufwand	117.963	115.108	114.791
Abschreibungen	34.968	36.718	36.515
sonstige betriebliche Aufwendungen	23.670	22.837	23.289
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	11	13	16
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13	30	1.348
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9.526	11.908	13.624
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10.108	9.102	4.042
Steuern vom Ertrag	1.942	3.156	1.028
Sonstige Steuern	3.051	2.873	1.964
Jahresfehlbetrag/-überschuss	5.115	3.073	1.050

Kennzahlen

	Angaben in	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote:	%	37,4	36,7	34,9
Investitionsquote:	%	70,8	56,5	75,7
Umsatzrentabilität:	%	1,7	1,1	0,4
Eigenkapitalrentabilität:	%	1,9	1,2	0,4
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	57.926	61.303	35.188
Anlageinvestitionen (ohne Finanzanlagen)	T€	24.765	20.748	27.631
Flugzeugbewegungen	Anzahl	128.620	123.243	120.388
Fluggäste (inkl. Transit)	Anzahl	10.339.200	9.451.414	9.079.001
Fracht und Post (inkl. Transit)	Tonnen	757.702	754.342	739.544

6. Beschäftigte

Die Zahl der zum Ende des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter betrug:

2015	2014	2013
1.796	1.780	1.800

Auf Vollzeitkräfte umgerechnet waren es 1.732 Beschäftigte. Die Fluktuationsquote lag 2015 bei 3,67 %.

Die Gesellschaft zahlte im Geschäftsjahr 2015 rd. 92.790 T€ an Löhne und Gehälter sowie 25.173 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Der Kreis ist entsprechend seiner Stammeinlage am Gewinn und Verlust der Flughafen Köln/Bonn GmbH beteiligt.

8. Bewertung

Zwölf Jahre nach Gründung der Flughafen Köln/Bonn GmbH beschloss der Kreistag im Februar 1961 den Beitritt des Rheinisch-Bergischen Kreises. Dieser Entscheidung gingen jahrelange kontroverse Diskussionen über den Wert und Nutzen sowie das finanzielle Risiko einer Flughafenbeteiligung voraus. Die verhältnismäßig geringe Beteiligung und ihre wertmäßige Begrenzung zeigt, dass es dem Rheinisch-Bergischen Kreis bei seinem Engagement am Flughafen weniger um die Finanzierung seines Ausbaus oder um Gewinninteressen als vielmehr um die Mitsprache bei kreisrelevanten Entscheidungen geht. Damals wie heute gilt der Leitgedanke, dass auf der Basis der Beteiligung eine Koordinierung der Interessen des Flughafens und der umliegenden örtlichen Gemeinwesen am leichtesten und sinnvollsten zu erreichen ist. Die Flughafen Köln/Bonn GmbH geht davon aus, dass die 2008 durch das Landesministerium bis zum Jahr 2030 verlängerte Betriebsgenehmigung für Nachtflüge weiterhin ihre Gültigkeit behalten wird.

Die durch die Landesregierung beabsichtigte Einführung des Nachtflugverbotes zwischen 0.00 Uhr und 5.00 Uhr für Passagierflüge lehnte der Bundesverkehrsminister ab. Somit bleibt der 24-Stunden-Betrieb weiterhin in vollem Umfang bestehen. Die Betriebsgenehmigung bis 2030 sichert sowohl der Flughafengesellschaft als auch den Flughafenutzern eine hohe Planungs- und Investitionssicherheit.

Im April 2015 trat die neue Entgeltverordnung für Passagierflüge in der Nacht in Kraft. Seitdem bezahlen Passagier-Airlines, die zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr starten oder landen deutlich mehr. Da gleichzeitig die Tagesstarife gesenkt wurden, sorgen die damit verbundenen finanziellen Anreize für eine verstärkte Verlagerung der Flugbewegungen von der Nacht in den Tag.

Die Luftverkehrssteuer ist nach wie vor, insbesondere für die grenznahen Verkehrsflughäfen, eine erhebliche Belastung. Sie begünstigt vor allem die ausländischen Nachbarflughäfen.

Ein weiteres Risiko liegt in der Verschärfung von Genehmigungsverfahren. Hier wird die Gesellschaft permanent durch Interessengemeinschaften, sowohl was die Investitionen als auch die Betriebsgenehmigung betrifft, beklagt.

Da der Flughafen über ein komfortables System mit drei Start- und Landebahnen, darunter eine Interkontinentalbahn, sowie über ein großzügiges Terminal- und Frachthallenangebot verfügt, kann er jederzeit weitere Verkehrszuwächse aufnehmen. Ergänzt wird die hervorragende Infrastruktur durch das integrierte Autobahn- und Schienennetz.

Im Jahr 2016 geht die Flughafen Köln/Bonn GmbH von deutlich steigenden Passagierzahlen (8%) und einer leicht steigenden Frachttonnage aus. Die Umsatzerlöse werden daher auf rd. 304 Mio. € ansteigen.

Die Flughafengesellschaft geht von einem Jahresüberschuss von rd. 4 Mio. € für 2016 aus. In der Folgezeit wird mit weiterem Verkehrswachstum und mit einer stabilen Ergebnisentwicklung gerechnet.

Um auch zukünftiges Verkehrswachstum abwickeln zu können, wird die Flughafengesellschaft in 2016 ca. 67 Mio. € investieren.

Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen e.G.**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen e.G.
Wielstraße 22
42929 Wermelskirchen

Telefon: 02196 / 70660-7
Telefax: 02196 / 70660-88

Internet: www.bauverein-wermelskirchen.de
E-Mail: mail@bauverein-wermelskirchen.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Genossenschaft wurde am 13.07.1950 gegründet.

Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung (gemeinnütziger Zweck).

Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen.

Die Genossenschaft ist im Genossenschaftsregister des Amtsgerichts Köln unter der Nr. 737 eingetragen.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Der Genossenschaft gehören zum 31.12.2015 insgesamt 804 Mitglieder mit 2.105 Anteilen zu je 410 € an. Die Einzahlungen auf den/die Geschäftsanteil/e, vermehrt um zugeschriebene Gewinnanteile, vermindert um abgeschriebene Verlustanteile, bilden das Geschäftsguthaben des Mitgliedes. Das Geschäftskapital betrug im Berichtsjahr 862.476,00 €. Der Rheinisch-Bergische Kreis ist seit seinem Beitritt mit 16 Anteilen in Höhe von 6.560 € beteiligt.

4. Organe

Die Genossenschaft hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Mitgliederversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand besteht mindestens aus 3 Personen. Sie müssen Mitglieder der Genossenschaft sein.

Die Vorstandsmitglieder werden vom Aufsichtsrat auf die Dauer von 5 Jahren bestellt. Ihre Wiederwahl ist zulässig.

Der Vorstand leitet die Genossenschaft unter eigener Verantwortung. Die Genossenschaft wird vertreten durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem anderen Vorstandsmitglied oder in Gemeinschaft mit einem Prokuristen.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Ulrich Mahlkow, Kommunalbeamter	(bis 29.02.2016)
Werner Geismann, Verbandsprüfer	
Siegmund, Janetzko, Architekt	(ab 11.03.2016)
Andreas Weger, Rechtsanwalt	

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Vorstand nicht vertreten.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei Mitgliedern. Die Mitgliederversammlung kann eine höhere Zahl festsetzen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates müssen persönlich Mitglied der Genossenschaft sein. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung für drei Jahre gewählt. Wahl bzw. Wiederwahl können nur vor Vollendung des 72. Lebensjahres erfolgen.

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Michael Garnich, Geschäftsführer	Vorsitzender
Rudolf Großmann, Freiformschmied	stellvertretender Vorsitzender
Sylvia Schleuß, Steuerfachgehilfin	
Carmen Weber, Rentnerin	
Patrick Niedermayer, Malermeister	

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Aufsichtsrat nicht vertreten.

4.3 Mitgliederversammlung

In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. Das Mitglied soll sein Stimmrecht persönlich ausüben. Die Mitgliederversammlung wird in der Regel vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates einberufen. Die ordentliche Mitgliederversammlung hat in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres stattzufinden.

5. Wirtschaftliche Daten

Die Bilanz wies zum 31.12.2015 insgesamt einen Gewinn von 31.839,98 € aus und schloss mit einer Gesamtsumme von 16.877.686,78 €.

Das Betriebsergebnis verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr um 82 T€. Bei einer Steigerung der Betriebsleistung um 175 T€ erhöhten sich die Aufwendungen, hauptsächlich bedingt durch gesunkene Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung und gestiegene Abschreibungen auf Sachanlagen sowie höhere Zinsaufwendungen um insgesamt 93 T€.

Im Berichtsjahr 2015 wurden Modernisierungsmaßnahmen in Höhe von 873 T€ durchgeführt. Die Instandhaltungskosten beliefen sich auf 606 T€.

Das langfristige Eigenkapital stieg auf 10.854 T€, die Eigenkapitalquote betrug 64,3 %. Das langfristige Fremdkapital erhöhte sich insbesondere durch Darlehensvalutierungen und planmäßige Tilgungen im Saldo um 1.166 T€. Die Vermögenslage konnte als geordnet angesehen werden. Die durchschnittliche Nettokaltmiete belief sich im Geschäftsjahr 2015 auf 4,61 €/qm (Vorjahr 4,58 €/qm) Wohn- und Nutzfläche. Die Erhöhung resultierte im Wesentlichen aus Mietanpassungen gemäß § 558 BGB und nach Mieterwechsel an die Vergleichsmiete.

Es standen zum Bilanzstichtag 2015 vier Wohnungen aufgrund von Modernisierungen und 6 Wohnungen aufgrund des geplanten Abrisses des Doppelhauses Königsberger Straße 5/7 leer.

In 2015 waren 43 Mieterwechsel zu verzeichnen. Hieraus und aus der Nichtrealisierung von Mietzahlungen ergaben sich Erlösausfälle in Höhe von 106.598 €.

Bilanz

Aktiva	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	15.758	14.444	11.027
III. Finanzanlagen	0	0	3
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	881	835	894
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	30	76	46
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	209	49	1.678
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	16.878	15.404	13.648

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Geschäftsguthaben	885	794	699
II. Ergebnismrücklagen	9.991	9.813	9.746
III. Bilanzgewinn	32	30	26
B. Rückstellungen	33	32	31
C. Verbindlichkeiten	5.937	4.735	3.146
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	16.878	15.404	13.648

Gewinn- und Verlustrechnung

	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	2.580	2.532	2.508
Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen	46	- 60	27
sonstige betriebliche Erträge	68	64	62
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	1.449	1.499	1.552
Personalaufwand	324	311	250
Abschreibungen	409	366	396
sonstige betriebliche Aufwendungen	108	127	118
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	2	9
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	112	52	43
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	292	184	246
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4	7	7
Sonstige Steuern	81	81	82
Jahresüberschuss	207	96	157
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss in Ergebnismrücklage	175	66	131
Bilanzgewinn	32	30	26

Kennzahlen

	Angaben in	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote:	%	64,3	68,8	76,3
Eigenkapitalrentabilität:	%	1,8	0,9	1,5
cash-flow:	T€	424	356,0	461
durchschnittliche Miete:	€/qm	4,61	4,58	4,52
Instandhaltungskosten:	€/qm	17,91	22,46	21,84
Fluktuationsquote:	%	8,2	8,5	4,3
Leerstandsquote (ohne geplanten Abriss)	%	1,9	1,9	1,0

6. Beschäftigte

Die Zahl der im Geschäftsjahr durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

Personal	2015	2014	2013
Vollzeit	2	2	2
Teilzeitbeschäftigte	3	2,75	1,5
Summe	5	4,75	3,5

Der Personalaufwand betrug im Berichtsjahr insgesamt 324.189,62 €. Davon entfielen auf Löhne und Gehälter 259.157,10 € und auf soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung 65.032,52 €.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Genossenschaft schüttete in 2016 für das Geschäftsjahr 2015 eine Dividende von 4% auf das Geschäftsguthaben aus. Auf den Rheinisch-Bergischen Kreis entfielen hiervon entsprechend seiner Anteile 262,40 €.

8. Leistungen für den Kreis

Der Bauverein Wermelskirchen bewirtschaftete im Geschäftsjahr 2015 insgesamt 525 Wohnungen. Weiterhin gehören 5 Gewerbeeinheiten, 211 Garagen und 95 Stellplätze zum Bestand. Die Gesamtwohnfläche beträgt 32.547 qm.

9. Bewertung

Bei den vorhandenen Grundstücken handelt es sich ausschließlich um bereits bebaute Grundstücke. Die Schwerpunkte des Bauvereins liegen daher in der Erhaltung und Verbesserung des Bestandes, um somit eine langfristige Vermietbarkeit der Wohnungen zu erzielen.

Im Rahmen des demographischen Wandels wirbt das Land Nordrhein-Westfalen für ein möglichst langes Verbleiben älterer Menschen in der eigenen Wohnung. Solche Projekte werden auch finanziell gefördert.

Daher wurden zwei unsanierte Gebäude abgerissen und an anderer Stelle zwei altengerechte und barrierearme Häuser gebaut, die in 2015 fertiggestellt wurden. Ein weiteres Wohngebäude mit barrierefreien Wohnungen ist bereits in Planung.

Durch Verhandlungen wurde ein Kooperationspartner, der Pflegedienstleistungen für das Wielviertel anbietet, gewonnen. Gleichzeitig soll dadurch der Prozess einer Quartiersentwicklung in Gang gesetzt werden. Ein Cafe und Nachbarschaftstreff wird durch den Kooperationspartner betrieben.

Seit 2013 wurde für die Mitglieder eine Gästewohnung eingerichtet, die angemietet werden kann. Dieser zusätzliche Mitgliederservice wurde bereits reichlich genutzt. In 2015 konnte eine weitere Gästewohnung angeboten werden.

Die Genossenschaft geht davon aus, dass der Immobilienbestand aufgrund seines technischen Zustands und der Verteilung im Stadtgebiet voraussichtlich auch künftig umfassend nachgefragt wird, so dass die Chance besteht, im Rahmen der Entwicklung des Mietspiegels künftig moderate Mietanpassungen vorzunehmen und damit die Jahresergebnisse stabilisieren zu können.

Kraftverkehr Wupper-Sieg AG

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Kraftverkehr Wupper-Sieg AG
Borsigstraße 18
51381 Leverkusen

Telefon: 02171 / 50070
Telefax: 02171 / 5007177

Internet: www.wupsi.de
E-Mail: info@wupsi.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde als kommunale Eigengesellschaft im März des Jahres 1924 im ehemaligen Landkreis Wipperfürth gegründet. Im Januar 1929 erfolgte die Umwandlung in die Rechtsform einer Aktiengesellschaft. Als Folge der kommunalen Neugliederung in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1975 wurde das Aktienkapital des Unternehmens zu gleichen Teilen auf die Stadt Leverkusen und den Rheinisch-Bergischen Kreis aufgeteilt. Im März 1979 wurde der Betriebshof mit Hauptverwaltung und Zentralwerkstatt nach 51381 Leverkusen, Borsigstraße 18, verlegt. Ein zweiter Betriebshof befindet sich in Kooperation mit der Regionalverkehr Köln GmbH in 51469 Bergisch Gladbach, Hermann-Löns-Straße 48 a. Von dort aus wird das Liniennetz im Rheinisch-Bergischen Kreis bedient.

Dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS) mit Sitz in Köln gehört das Unternehmen seit Beginn an. Verbundgedanke ist, zusammen mit den Gebietskörperschaften eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Verkehrsmitteln im Kooperationsraum Rhein-Sieg zu wirtschaftlichen Bedingungen sicherzustellen.

Die Kraftverkehr Wupper-Sieg AG plant und betreibt öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in weiten Teilen des Rheinisch-Bergischen Kreises und in Leverkusen. Sie wird in der Hauptsache für ihre Anteilseigner und in deren Gebiet tätig. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten.

Die KWS AG hält 100 % der Geschäftsanteile am Unternehmen Herweg Busbetrieb GmbH (HBB). Neben der Subunternehmerleistung für die KWS AG im Linienverkehr betätigt sich die HBB im Gelegenheitsverkehr und im freigestellten Schülerverkehr.

Mit Wirkung zum 31.05.2016 wurde die Gesellschaft in eine GmbH mit der Firmierung „wupsi GmbH“ umgewandelt. Hintergrund sind rechtliche Anforderungen in Bezug auf die beabsichtigte Direktvergabe von Verkehrsleistungen an einen internen Betreiber durch die Aufgabenträger ab Ende 2016. Im Folgenden ist noch der Stand zum 31.12.2015 beschrieben.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Grundkapital des Unternehmens in Höhe von 5.524.200 € ist in 108 Namensaktien im Nennwert von je 51.150 € eingeteilt.

Es verteilt sich paritätisch auf die kommunalen Aktionäre.

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Stadt Leverkusen	2.762.100	50
Rheinisch-Bergischer Kreis	2.762.100	50

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Hauptversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand leitet die Gesellschaft gemäß Aktiengesetz unter eigener Verantwortung. Darüber hinaus führt er die Geschäfte und vertritt die Gesellschaft als juristische Person.

Vorstand der Gesellschaft ist Herr Marc Kretkowski, Krefeld.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern (3 Stadt Leverkusen, 3 Rheinisch-Bergischer Kreis, 3 Arbeitnehmer). Die Amtszeit der Mitglieder des Aufsichtsrats endet mit Ablauf der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder zur Sitzung ordnungsgemäß geladen sind und mindestens fünf Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder sein Stellvertreter, anwesend sind. Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit, soweit sich nicht aus dem Gesetz oder dieser Satzung etwas anderes ergibt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden der betreffenden Sitzung.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Jahr 2015 aus folgenden Personen zusammen:

Wilmund Opladen,
Studiendirektor i.R., Bergisch Gladbach Vorsitzender

Nina Lepsius,
wissenschaftliche Mitarbeiterin, Leverkusen Stellvertretende Vorsitzende
(bis 28.02.2015)

Christian Melchert,
Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Leverkusen Stellvertretender Vorsitzender
(ab 21.08.2015)

Harald Breutling,
KWS-Mitarbeiter, Odenthal

Andrea Deppe
Baudezernentin der Stadt Leverkusen

Ulrich Hölkeskamp,
KWS-Mitarbeiter, Leverkusen

Thomas Merten,
Dezernent des Rheinisch-Bergischen Kreises, Leverkusen

Ralf Nonnenbroich,
KWS-Mitarbeiter, Langenfeld

Albrecht Omankowsky,
Rechtsanwalt, Leverkusen

Gerhard Zorn,
Landesverwaltungsdirektor, Overath

4.3 Hauptversammlung

Die Hauptversammlung wird durch den Vorstand einberufen, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. Die ordentliche Hauptversammlung findet in den ersten acht Monaten des Geschäftsjahres statt. Beschlüsse der Hauptversammlung bedürfen, soweit das Gesetz oder die Satzung nichts anderes bestimmen, der einfachen Mehrheit des in der Versammlung vertretenen Grundkapitals. Je 51.150 € Nennbetrag gewähren eine Stimme.

Vertreter des Rheinisch-Bergischen Kreises in der Hauptversammlung des Geschäftsjahres 2015 war Herr Wolfgang Kübler.

5. Wirtschaftliche Daten

Die Bilanzsumme hat sich bei der KWS AG um 11.581 T€ auf 51.174 T€ und im Konzern um 11.626 T€ auf 48.608 T€ verringert.

Das Anlagevermögen ist im Jahr 2015 um 14.697 T€ bei der KWS AG sowie um 14.830 T€ im Konzern gesunken. Der Rückgang ist auf den Bereich der Finanzanlagen zurückzuführen. Der Kurswert der von der KWS AG gehaltenen RWE-Aktien und RWE Holding Anteile lag zum Bilanzstichtag um ca. 15.214 T€ unterhalb des Buchwertes, so dass in dieser Höhe eine Wertberichtigung vorzunehmen war.

Das Umlaufvermögen ist insbesondere aufgrund eines höheren Guthabenstandes bei Kreditinstituten und höheren Forderungen gegenüber Gesellschaftern gestiegen, bei der KWS AG um 3.105 T€ und im Konzern um 3.193 T€.

Auf der Passivseite der Bilanz hat sich das Eigenkapital bei der KWS AG und im Konzern um 14.945 T€ verringert. Ursächlich hierfür ist die Verringerung der Kapitalrücklagen um 14.455 T€, hervorgerufen durch die Wertberichtigung der RWE-Aktien und RW Holding Anteile.

Die Rückstellungen haben sich bei der KWS AG um 1.876 T€ und im Konzern um 1.845 T€ erhöht. Wesentliche Ursache für diesen Anstieg sind mögliche Rückzahlungsverpflichtungen für das Jahr 2015 aus der noch ausstehenden Einigung im VRS zur Umsetzung der Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009.

Erhöht haben sich auch die Verbindlichkeiten, bei der KWS AG um 1.489 T€ und im Konzern um 1.474 T€. Dies resultiert insbesondere aus höheren Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Rahmen der langfristigen Finanzierung von Investitionen.

Die Eigenkapitalquote beläuft sich bei der KWS AG auf 48,7 %. Im Konzern liegt sie bei 45,6 %.

Der Finanzmittelfonds belief sich zum Bilanzstichtag auf 8,7 Mio. € bei der KWS AG

bzw. auf 9,2 Mio. € im Konzern.

Die im festverzinslichen Bereich gehaltenen Beträge dienen als Vorsorge für das Risiko aus der VRS-Verkehrserhebung 2009, damit die KWS AG im Falle eines Beschlusses des VRS-Beirates zur Umsetzung der Ergebnisse ihren daraus resultierenden Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann.

Die Umsatzerlöse sind bei der KWS AG um 2,5 % und im Konzern um 2,8 % gestiegen. Im Wesentlichen ist dies hervorgerufen durch die Steigerung der Umsatzerlöse aus Verbundverkehren sowie der rückläufigen Ausgleichsleistungen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 0,6 % bei der KWS AG bzw. 1,7 % im Konzern gesunken. Diese Entwicklung resultiert im Wesentlichen aus verringerten Betriebskostenzuschüssen.

Die Entwicklung der Aufwendungen stellt sich differenziert dar.

Der Materialaufwand ist um 2,0 % bei der KWS AG und um 2,9 % im Konzern gesunken. Ursächlich ist der gesunkene Dieselpreis im Berichtszeitraum, der sich senkend auf die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie kostendämpfend auf die Aufwendungen für bezogene Subunternehmer-Fahrleistungen ausgewirkt hat.

Die Entwicklung des Personalaufwandes mit einem Anstieg von 5,7 % bei der KWS AG bzw. 3,6 % im Konzern resultiert insbesondere aus der Umsetzung der tarifvertraglich vereinbarten Entgelterhöhungen sowie einer teilweisen Rückverlagerung von Fahrleistungen vom Tochterunternehmen in die KWS AG aufgrund einer Aktualisierung der Personalplanung.

Die Abschreibungen sind aufgrund der Aktivierung von Investitionen wie etwa den Fahrzeugen für den Linienverkehr und dem Neubau des Fahrgastcenters am Busbahnhof Opladen um 10,7 % bei der KWS AG bzw. 9,2 % im Konzern gestiegen. Zu berücksichtigen ist, dass sich im Bereich der Fahrzeuginvestitionen auch weiterhin der aufwandsteigernde Effekt aus dem Wegfall der Fahrzeugförderung auswirkt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen bei der KWS AG wie auch im Konzern um 2,9 % höher als im Vorjahr. Diese Entwicklung resultiert im Wesentlichen aus periodenfremden Aufwendungen.

Das Finanzergebnis des Konzerns wird wesentlich durch die RWE-Beteiligungen geprägt. Aufgrund des gesunkenen Kurswertes der RWE Aktien (31.12.2015: 11,72 €) wurden auf die RWE Stammaktien und die Aktien der RW Holding AG Abschreibungen vorgenommen in Höhe von insgesamt 15.214 T€. Vor dem Hintergrund dieses Sondereffektes ist das Finanzergebnis des Konzerns mit -13.578 T€ negativ ausgefallen. Das Finanzergebnis der KWS AG, das zusätzlich die Gewinnabführung der HBB enthält, liegt mit -12.942 T€ ebenfalls im negativen Bereich.

Der Jahresüberschuss des Konzerns und der KWS AG, der wesentlich durch das Finanzergebnis geprägt ist und ebenso, die Zahlungen der Gesellschafter im Rahmen der Inhouse-Vereinbarung beinhaltet, beläuft sich auf -12.946 T€ (Vorjahr: 45 T€).

Der von den Gesellschaftern abzudeckende Zuschussbedarf für die im Rahmen der Inhouse-Vereinbarung erbrachten Verkehre hat sich bei ca. 4 Mio. € stabilisiert.

Bilanz, KWS AG

Aktiva	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€	31.12.2013
A. Anlagevermögen			
Immaterielle			
I. Vermögensgegenstände	327	373	140
II. Sachanlagen	17.724	17.161	16.120
III. Finanzanlagen	18.775	33.989	36.507
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	503	498	517
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.113	3.867	4.178
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	8.692	6.838	3.173
C. Rechnungsabgrenzungsposten	40	28	29
Bilanzsumme	51.174	62.754	60.664

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	5.524	5.524	5.524
II. Kapitalrücklage	8.380	22.835	22.835
III. Gewinnrücklagen	103	103	103
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn	10.908	11.398	12.703
B. Sonderposten aus Rücklageanteil	0	0	0
C. Sonderposten aus Investitionszu- schüssen zum Anlagevermögen	0	0	0
D. Rückstellungen	15.674	13.798	12.030
E. Verbindlichkeiten	10.567	9.078	7.451
F. Rechnungsabgrenzungsposten	18	18	18
Bilanzsumme	51.174	62.754	60.664

Gewinn- und Verlustrechnung, KWS AG

	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Umsatzerlöse	36.625	35.727	35.426
sonstige betriebliche Erträge	6.479	6.520	6.275
Materialaufwand	22.076	22.524	22.578
Personalaufwand	12.456	11.790	11.336
Abschreibungen	2.915	2.632	2.391
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.358	5.309	4.690
Erträge aus Beteiligungen	1	0	0
Erträge aus Gewinnabführung	635	735	761
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.954	1.981	1.343
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19	259	25
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	15.462	2.518	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	337	351	398
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 12.891	98	2.437
Außerordentliches Ergebnis	- 27	-27	- 27
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 3	-4	- 6
Sonstige Steuern	31	30	30
Jahresüberschuss	- 12.946	45	2.386
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	11.398	12.703	13.017
Ausschüttung an die Gesellschafter	- 2.000	1.350	2.700
Bilanzgewinn	10.908	11.398	12.703

Kennzahlen, KWS AG

	Angaben in	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote:	%	48,7	63,5	67,9
Deckungsgrad gebundenes Vermögen:	%	92,3	93,2	90,6
Investitionen (ohne Finanzanlagen):	T€	3.431	4.127	1.861
Anlagenintensität:	%	66,5	82,1	87
cash-flow:	T€	- 1.043	-2.157	- 1.931
EBIT:	T€	- 18.689	-6.162	- 3.140
EBITDA:	T€	- 312	-1.012	- 749
Umsatzrentabilität:	%	- 51,9	-18,2	- 10,0
Eigenkapitalrentabilität:	%	- 75,0	-16,3	- 8,6
Betriebsstreckenlänge:	km	515	515	515
Fahrgäste im Linienverkehr:	Mio.	32,65	32,12	32,96
Anzahl der Fahrzeuge für den Linienverkehr:	Stck.	181	180	180

Bilanz, Konzern

Aktiva	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle			
I. Vermögensgegenstände	327	373	140
II. Sachanlagen	17.881	17.451	16.568
III. Finanzanlagen	15.777	30.990	33.508
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	503	498	517
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.915	3.642	3.940
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	9.164	7.250	3.450
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4	30	30
Bilanzsumme	48.607	60.234	58.153

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	5.524	5.524	5.524
II. Kapitalrücklage	5.629	20.084	20.084
III. Gewinnrücklagen	103	103	103
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn	10.911	11.402	12.706
B. Sonderposten aus Investitionszu- schüssen zum Anlagevermögen	0	0	0
C. Rückstellungen	15.805	13.960	12.210
D. Verbindlichkeiten	10.617	9.143	7.508
E. Rechnungsabgrenzungsposten	18	18	18
Bilanzsumme	48.607	60.234	58.153

Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern

	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Umsatzerlöse	33.023	32.130	31.951
sonstige betriebliche Erträge	6.331	6.440	6.209
Materialaufwand	11.935	12.295	12.575
Personalaufwand	17.982	17.355	16.799
Abschreibungen	3.048	2.790	2.552
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.452	5.402	4.765
Erträge aus Beteiligungen	1	1	0
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.954	1.981	1.343
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19	259	26
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	15.462	2.518	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	337	351	397
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 12.888	100	2.441
Außerordentliches Ergebnis	- 27	-27	- 27
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 3	-4	- 5
Sonstige Steuern	33	32	33
Jahresüberschuss	- 12.946	45	2.386
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	11.402	12.706	13.020
Ausschüttung an die Gesellschafter	- 2.000	-1.350	2.700
Bilanzgewinn	10.911	11.401	12.706

Kennzahlen, Konzern

	Angaben in	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote:	%	45,6	61,6	66,1
Deckungsgrad gebundenes Vermögen:	%	94,7	92,7	86,8
Investitionen (ohne Finanzanlagen):	T€	3.431	4.127	1.847
Anlagenintensität:	%	70,2	81,0	86,4
cash-flow:	T€	- 1.489	-2.064	- 1.828
EBIT:	T€	- 3.227	-6.162	- 3.141
EBITDA:	T€	- 179	-854	- 589
Umsatzrentabilität:	%	- 10,8	-20,3	- 11,1
Eigenkapitalrentabilität:	%	- 16,1	-17,5	- 9,2
Betriebsstreckenlänge:	km	515	515	515
Fahrgäste im Linienverkehr:	Mio.	32,65	32,12	32,96
Anzahl der Fahrzeuge für den Linienverkehr:	Stck.	181	180	180

6. Beschäftigte

Die Anzahl der Mitarbeiter (ohne Vorstand) betrug im Jahresdurchschnitt:

Personal	2015		2014		2013	
	KWS	Konzern	KWS	Konzern	KWS	Konzern
Fahrdienst, Werkstatt	194	338	194	342	198	345
Verwaltung, Vertrieb	69	70	67	70	68	71
Summe	263	408	261	412	266	416

Insgesamt wurden im Konzern 14.129 T€ an Löhne und Gehälter gezahlt. Die sozialen Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung beliefen sich auf insgesamt 3.852 T€.

7. Verflechtungen mit dem Kreishaushalt

Das Unternehmen ist als kommunale Eigengesellschaft voraussichtlich auch zukünftig auf Ausgleichsleistungen für die Erfüllung von gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen angewiesen.

Die im Geschäftsjahr 2015 erfolgten Ausschüttungen aus den Dividendeneinlagen des Rheinisch-Bergischen Kreises von der RW Holding AG sowie der RWE AG wurden dem Kreishaushalt zugeführt.

8. Bewertung der Beteiligung

Auch das Jahr 2015 konnte die KWS AG mit einem guten wirtschaftlichen Ergebnis abschließen.

Das Unternehmen geht in engem Zusammenwirken mit den Anteilseignern weiterhin Fahrplan- und Umlaufoptimierungsmöglichkeiten gezielt nach. Die hieraus entwickelbaren Verbesserungen sollen zielstrebig umgesetzt werden.

Darüber hinaus war die Gesamtlage für öffentliche Verkehrsunternehmen im Jahre 2015 weiterhin durch Vorbereitung auf geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen und von der Anpassung bereits bestehender Gesetze und Regelungen geprägt.

Krankenhaus Wermelskirchen GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Krankenhaus Wermelskirchen GmbH
Königstraße 100
42929 Wermelskirchen

Telefon: 02196 / 980
Telefax: 02196 / 98359

Internet: www.krankenhaus-wermelskirchen.de
E-Mail: info@krankenhaus-wermelskirchen.de

2. Öffentlicher Zweck

Die „Krankenhaus Wermelskirchen Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ wurde durch notariell beurkundeten Gesellschaftsvertrag vom 20.10.1972 gegründet. Die Gesellschaft ist eingetragen unter der HRB 36239 im Handelsregister des Amtsgerichts Köln.

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines allgemeinen Krankenhauses in Wermelskirchen. Ziel des Krankenhausbetriebes ist die medizinische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet des bisherigen Krankenhauses der Stadt Wermelskirchen, insbesondere der Bevölkerung des Rheinisch-Bergischen Kreises unter Wahrung wirtschaftlicher Geschäftsführung. Die Krankenhaus Wermelskirchen GmbH ist mit 200 Planbetten und den Hauptfachabteilungen Chirurgie, Innere Medizin, Gynäkologie/Geburtshilfe, Anästhesie und Röntgen sowie den Belegabteilungen Hals, Nasen- und Ohrenkrankheiten im Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen enthalten. Das Krankenhaus wird nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz gefördert und ist als gemeinnützige Einrichtung anerkannt.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital von 1.687.263,21 € teilt sich wie folgt auf:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Stadt Wermelskirchen	1.124.842,14	66,67
Rheinisch-Bergischer Kreis	562.421,07	33,33

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer und einen oder mehrere stellvertretende Geschäftsführer. Jedem Geschäftsführer kann durch Gesellschafterbeschluss die Befugnis erteilt werden, die Gesellschaft allein zu vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt dieser die Gesellschaft allein.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Christian Madsen (Betriebswirt), stellv. Geschäftsführer Herr Ralf Schmandt (Dipl.-Volkswirt).

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus insgesamt 15 Vertretern. Neun Vertreter der Stadt Wermelskirchen sowie dem Bürgermeister oder einem von ihm vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten der Stadt und vier Vertreter des Rheinisch-Bergischen Kreises sowie dem Landrat oder einem von ihm vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten des Kreises.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die Dauer seiner Wahlzeit den Vorsitzenden sowie einen ersten und einen zweiten stellvertretenden Vorsitzenden.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter, anwesend sind. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Aufsichtsrates gefasst, soweit nicht in dem Gesellschaftsvertrag eine andere Mehrheit vorgeschrieben ist. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Mitglieder des Aufsichtsrates sind:

Helga Loepp, freiber. Industriekauffrau	Vorsitzende
Bernhard Schulte, Rechtsanwalt	1. stellvertretender Vorsitzender
Christine Engels, Rentnerin	2. stellvertretende Vorsitzende
Rainer Bleek, Bürgermeister	
Friedel Burghoff, Versicherungskaufmann	
Markus Fischer, Dezernent	
Dagmar Keller-Bartel, Fachärztin für Allgemeinmedizin	
Monika Müller, Pensionärin	
Dr. Ralf Reetz, Ltd. Städt. Rechtsdirektor i.R.	
Thorsten Schmalt, Lehrer	
Volker Schmitz, Vermessungstechniker	
Dirk Wartmann, Selbständiger	
Petra Weber, Sekretärin	
Maurice Winter, Bankkaufmann	
Hartmut Zulauf, Pensionär	

4.3 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung gewähren je 112.484,22 € eines Geschäftsanteils eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit des Stammkapitals vertreten ist. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, ist durch den Geschäftsführer binnen drei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen. Die Gesellschafterversammlung ist in diesem Fall ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig. Auf diese Folge ist in der Einladung ausdrücklich hinzuweisen. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit die Gesetze oder der Gesellschaftsvertrag nicht zwingend eine größere Mehrheit vorschreiben. Bei Stimmengleichheit findet eine nochmalige Aussprache und Abstimmung statt. Wenn auch diese Abstimmung Stimmengleichheit ergibt, gilt der Beschlussantrag als abgelehnt.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

Ordentliches Mitglied

Allendorf Werner
Eckl Klaus
Klein Hans Jürgen
ten Haaf
Witte Gerd

Stellvertreter

Schiefer Christopher
Virnich Dietmar
Ehren Ursula
Franzen Jürgen
Gewehr Erika

5. Wirtschaftliche Daten

Die Abteilung Innere Medizin konnte in den letzten Jahren ihr erweitertes Leistungsspektrum im Wettbewerb sehr gut etablieren und hat das hohe Leistungsniveau auch im Jahr 2015 weiter ausbauen können.

Durch einen deutlichen Leistungsrückgang in der Abteilung für Gynäkologie und Geburtshilfe sowie der Viszeralchirurgie konnten die stationären Leistungen des Krankenhauses nicht ganz auf der Höhe des Vorjahres gehalten werden (- 1,2 %). Dagegen konnte eine erfolgreiche Kostenreduzierung durch einen geringeren Einsatz von externen Ärzten und Einsparungen im Medizinischen Bedarf erzielt werden. Dies führte in der Summe zu einem positiven Jahresergebnis in Höhe von 241 T€.

Trotz des leichten Leistungsrückgangs sind die Umsatzerlöse aus den stationären Leistungen aufgrund des höheren Basisfallwertes gestiegen. Negativ machte sich hier weiterhin der Mehrleistungsabschlag in Höhe von 410.890 € bemerkbar.

Das bereits hohe Niveau der Wahlleistungseinnahmen konnte im Jahr 2015 nochmals gesteigert werden. Hier wurden vor allem die wahlärztlichen Leistungen stark nachgefragt. Die erfreuliche Entwicklung bei den ambulanten Erlösen konnte vor allem durch eine Steigerung bei den ambulanten Operationen nach § 115 b SGB V erreicht werden.

Im Bereich der Sachkosten konnten insgesamt Einsparungen realisiert werden. Hervorzuheben sind hier die neuen Dienstleistungsverträge mit dem externen Labor und dem Pathologen sowie Einsparungen für Fremdpersonal.

Wichtige Investitionen wurden neben des weiteren Ausbaus der EDV-Netzwerkstruktur und der Einführung eines digitalen Patientenaktenarchivs vor allem im Bereich einer modernen Medizintechnik getätigt. Hier sind die neuen Beatmungsgeräte für die Intensivstation sowie verschiedene operative Instrumente im Bereich Chirurgie und Gynäkologie hervorzuheben.

Bilanz

Aktiva	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	346	214	283
II. Sachanlagen	13.360	13.710	14.261
III. Finanzanlagen	20	20	20
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	565	756	717
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.624	4.072	3.655
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	1.509	1.043	779
Ausgleichsposten nach dem KHG für			
C. Eigenmittelförderung	920	920	920
D. Rechnungsabgrenzungsposten	6	11	4
Bilanzsumme	20.350	20.746	20.639

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	1.687	1.687	1.687
II. Kapitalrücklage	769	769	769
III. Gewinnrücklagen	5.436	6.254	6.254
IV. Verlustvortrag	0	- 757	-1.167
V. Jahresfehlbetrag/-überschuss	240	- 61	410
Sonderposten aus Zuwendungen zur			
B. Finanzierung des Anlagevermögens	6.837	7.060	7.193
C. Rückstellungen	1.612	1.767	1.735
D. Verbindlichkeiten	3.769	4.026	3.758
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	0	0	0
Bilanzsumme	20.350	20.746	20.639

Gewinn- und Verlustrechnung

	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Erlöse aus Krankenhausleistungen	27.314	26.884	24.996
Erlöse aus Wahlleistungen	3.396	2.995	3.104
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1.203	1.024	1.113
Nutzungsentgelte der Ärzte	15	47	74
Verminderung/Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	- 131	86	51
sonstige betriebliche Erträge	894	895	725
Personalaufwand	21.345	20.349	18.690
Materialaufwand	7.328	7.959	7.473
Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	888	866	811
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	754	808	802
Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	894	892	845
Abschreibungen	1.323	1.317	1.286
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.165	3.091	2.900
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	2	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	39	42	49
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	240	- 43	435
Steuern	0	18	25
Jahresfehlbetrag/ -überschuss	240	- 61	410

Kennzahlen

	Angaben in	2015	2014	2013
Stationäre Patienten:	Fallzahl	9.744	9.647	9.258
Case Mix (ohne Dialyse):	Punkte	8.243,8	8.314,1	7.822
Case Mix Index (ohne Dialyse):	Punkte	0,846	0,862	0,845
Pflegetage (ohne Dialyse):	Tage	53.779	54.961	54.622
Verweildauer (vollstationär):	Tage	5,52	5,7	5,9
Nutzungsgrad (vollstationär):	%	73,67	75,3	74,8

6. Beschäftigte

Die Anzahl der Mitarbeiter betrug im Jahresdurchschnitt:

Personal	2015	2014	2013
Angestellte	368	363	347
Gewerbliche Mitarbeiter	13	15	16
Krankenpflegeschüler bzw. -schülerinnen	29	30	30
Summe	410	408	393

Das Unternehmen zahlte im Geschäftsjahr 2015 insgesamt 17.345.068,89 € an Löhne und Gehälter sowie soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung in Höhe von 3.999.985,97 €.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Verflechtungen ergeben sich aus der einmaligen Kapitalbeteiligung in Höhe von 562.421,07 €. Die Stadt Wermelskirchen und der Rheinisch-Bergische Kreis übernehmen Verlustausgleichszahlungen bis zu 562.421,07 € pro Geschäftsjahr bzw. 1.687.263,21 € über 5 Jahre nach dem Verhältnis ihrer Geschäftsanteile (2/3 Stadt Wermelskirchen / 1/3 Rheinisch-Bergischer Kreis). Eine Notwendigkeit, die beiden Gesellschafter zum Verlustausgleich heranzuziehen, bestand bisher nicht.

8. Bewertung

Die Abteilung Innere Medizin konnte in den letzten Jahren ihr erweitertes Leistungsspektrum im Wettbewerb sehr gut etablieren und hat das hohe Leistungsniveau auch im Jahr 2015 weiter ausbauen können.

In der Orthopädie und Unfallchirurgie wurden die Mindestmengen für Knie-TEP's im Jahr 2015 deutlich erreicht. Unterstützend für die Außenwirkung wurde eine Zertifizierung des Endoprothesenzentrums erfolgreich bestanden.

Dem entgegen stand ein deutlicher Leistungsrückgang in der Abteilung für Gynäkologie und Geburtshilfe sowie in der Viszeralchirurgie, wodurch im Ergebnis die stationären Leistungen des Krankenhauses nicht ganz auf der Höhe des Vorjahres gehalten werden konnten.

Zwischenzeitlich wurde die Abteilung für Geburtshilfe des Krankenhauses zum 31.03.2016 geschlossen. Auch die politischen Rahmenbedingungen, die seit Jahren eine Steuerung in Zentren vorgaben, haben einen großen Anteil an der Entwicklung in

kleineren geburtshilflichen Abteilungen. In 2015 fanden nur noch 271 Entbindungen in der Abteilung statt. Nachdem jahrelang, trotz hoher Verluste, an der Geburtshilfe bewusst festgehalten wurde und diese aus den anderen Abteilungen quersubventioniert wurde, war dies auch aufgrund der immer schwieriger werdenden Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen, für die zukünftige Entwicklung der Gesamtorganisation nicht mehr vertretbar.

Die unvermeidbare Schließung der Geburtshilfe birgt das Risiko, dass auch die Gynäkologie weniger in Anspruch genommen wird. Dem soll entgegengewirkt werden, indem das Leistungsangebot und die Außenwirkung der Abteilung für Gynäkologie mit Hilfe von zusätzlichen Fachärzten unterstützt werden soll.

Desweiteren wurde zwischenzeitlich ein Medizinisches Versorgungszentrum in Form einer 100%igen Tochtergesellschaft der Krankenhaus Wermelskirchen GmbH gegründet um einen Kassenarztsitz zu erwerben. Hierdurch sollen vermehrt neue Patienten in einem stärker werdenden Wettbewerb gewonnen werden. Dies gilt insbesondere für planbar am Patienten zu erbringende Leistungen.

Naturarena Bergisches Land GmbH**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Naturarena Bergisches Land GmbH
Eichenhofstraße 31
51789 Lindlar

Telefon: 02266 / 463370
Telefax: 02266 / 4633737

Internet: www.dasbergische.de
E-Mail: info@dasbergische.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde am 07.06.2005 vom Oberbergischen Kreis, dem Touristik-Verband Oberbergisches Land e.V., dem Rheinisch-Bergischen Kreis sowie dem RheinBerg Tourismus e.V. gegründet. Eingetragen ist sie unter HRB 56359 im Handelsregister des Amtsgerichtes Köln.

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Tourismus auf den Gebieten des Oberbergischen Kreises und des Rheinisch-Bergischen Kreises. Die Gesellschaft ist berechtigt, Geschäfte aller Art zu tätigen, die dem Zweck der Gesellschaft dienen, sämtliche Handlungen vorzunehmen, die sich unmittelbar oder mittelbar auf den Gegenstand des Unternehmens beziehen oder geeignet sind, die Unternehmungen der Gesellschaft zu fördern. Zur Erzielung dieser Geschäftszwecke kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Unternehmensgegenstand beteiligen, solche erwerben oder veräußern.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

An dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 25.000,00 € sind beteiligt:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Naturarena Bergisches Land e.V.	10.000,00	40
Oberbergischer Kreis	7.500,00	30
Rheinisch-Bergischer Kreis	7.500,00	30

4. Organe der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern oder von einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Mathias Derlin.

4.2 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlungen werden von der Geschäftsführung einberufen, so oft dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint, mindestens aber zweimal jährlich. Jeder Gesellschafter kann in die Gesellschafterversammlung bis zu drei Personen als ständige Mitglieder entsenden. Eine Stellvertretung ist möglich. Gesellschafterbeschlüsse werden, sofern sich nicht aus dem Gesetz oder aus dem Gesellschaftsvertrag etwas anderes ergibt, mit einfacher Mehrheit aller Stimmen gefasst. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn von jedem Gesellschafter ein ständiges Mitglied anwesend oder vertreten ist. Andernfalls ist mit 2-wöchiger Frist eine zweite Gesellschafterversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist. In der erneuten Einladung ist auf diese Rechtsfolge hinzuweisen. Das Stimmrecht der Gesellschafter richtet sich nach der Höhe ihrer Geschäftsanteile. Je 50,00 € des Stammkapitals gewähren eine Stimme. Jeder Gesellschafter kann die auf ihn entfallenden Stimmen nur einheitlich abgeben.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

<u>Ordentliches Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Müller, Vera	Reudenbach, Elvira
Schäfer, Lenore	Bender, Christine
Dr. Werdel, Erik	Dr. Tebroke, Hermann-Josef

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2015 schloss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 584,0 T€. Während die Betriebsleistung mit 278,5 T€ den Vorjahreswert von 158,6 T€ um 119,9 T€ übertrafen, erhöhten sich die Betriebsaufwendungen (inkl. Abschreibungen) überproportional um insgesamt 172,7 T€ auf 862,5 T€.

Die Erhöhung der Aufwendungen verteilte sich dabei gleichmäßig auf die Personalaufwendungen und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Die Personalaufwendungen erhöhten sich insbesondere aufgrund von Gehaltssteigerungen und der Zunahme der Mitarbeiterzahl um 89,2 T€. Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultierte hauptsächlich aus höheren Werbe- und Messekosten (+ 61,0 T€ sowie + 26,2 T€).

Das Anlagevermögen erhöhte sich bei Investitionen von 28,4 T€ und Abschreibungen von 10,1 T€ um 18,3 T€. Die Investitionen betrafen im Wesentlichen eine neue CRM-Software sowie die Neugestaltung der Website „naturarena.de“. Die Erhöhung des Warenbestandes betraf insbesondere neue Wanderkarten sowie „24 Streifzüge-Sets“. Die Eigenkapitalquote lag bei 77,1 %.

Das Geschäftsjahr 2015 begann für die Naturarena erneut mit einer Reihe von Messeauftritten in den Niederlanden, dem Rheinland und Ruhrgebiet, sowie auf der Internationalen Tourismusbörse (ITB) in Berlin.

Mit Informationsständen in NRW und auf Veranstaltungen in der eigenen Region (Infostände) wurden während des Sommerhalbjahres potenzielle Tagesreisende und Kurzurlauber direkt angesprochen.

Im Herbst präsentierte sich die Naturarena drei Tage lang auf Deutschlands wichtigster Wandermesse „TourNatur“ in Düsseldorf sowie auf mehreren weiteren Veranstaltungen. Insgesamt war die Naturarena 2015 mit 27 Ausstellertagen extern präsent. Sowohl auf den Messen als auch bei einigen Veranstaltungen schlossen sich verschiedene Kommunen an, andere Partner unterstützten die Naturarena mit publikumswirksamen Aktionen am Stand.

Im Verlauf des Jahres wurden von der Naturarena 16 Anzeigen bzw. redaktionelle Beiträge in Fachpublikationen (z.B. Wandermagazin) geschaltet.

Ganzjährig wurde monatlich der Email-Newsletter der Naturarena veröffentlicht. Daneben wurden über das gesamte Jahr etliche Presseinformationen herausgegeben sowie Zeitungs- und Radiointerviews durchgeführt. Außerdem unterstützte die Gesellschaft verschiedene Partner auf Presseterminen bei der Vorstellung neuer Projekte und touristischer Angebote. Das Internetportal wurde ständig aktualisiert und mit weiteren Inhalten angereichert.

Bilanz

Aktiva	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	21	6	9
II. Sachanlagen	8	4	7
III. Finanzanlagen			
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	65	42	43
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	54	41	68
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	394	247	33
C. Rechnungsabgrenzungsposten	8	8	1
Bilanzsumme	550	348	161

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25	25	25
II. Kapitalrücklage	400	266	67
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0
B. Rückstellungen	26	17	30
C. Verbindlichkeiten	99	40	39
Bilanzsumme	550	348	161

Gewinn- und Verlustrechnung

	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Umsatzerlöse	196	94	88
sonstige betriebliche Erträge	82	65	63
Materialaufwand	13	13	18
Personalaufwand	453	364	298
Abschreibungen	10	13	14
sonstige betriebliche Aufwendungen	385	299	317
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 583	- 530	- 496
Sonstige Steuern	1	1	1
Jahresfehlbetrag	- 584	- 531	- 497
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	584	531	497
Bilanzgewinn	0	0	0

Kennzahlen

	Angaben in	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote:	%	77,2	83,4	57,2
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	- 541,4	- 507,7	- 608,7
cash-flow aus der Investitionstätigkeit	T€	- 28,5	- 8,4	- 6,3
EBIT:	T€	- 584,0	- 531,2	- 497,4

6. Beschäftigte

Personal	2015	2014	2013
Angestellte	12	7	7
davon Auszubildende	2	0	0

Die Gesellschafter Rheinisch-Bergischer Kreis und Oberbergischer Kreis haben sich gemäß Gesellschaftsvertrag zu einer unentgeltlichen Personalgestellung in einem für die Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft erforderlichen Umfang verpflichtet.

Im Geschäftsjahr 2015 beschäftigte die Gesellschaft durchschnittlich 12 Mitarbeiter. Da der Rheinisch-Bergische Kreis seiner Personalgestellungsverpflichtung bisher nicht nachkommen konnte, werden der Naturarena Bergisches Land GmbH ersatzweise die Personalkosten für die Anstellung externer Mitarbeiter durch den Rheinisch-Bergischen Kreis erstattet. Der Erstattungsbetrag belief sich im Geschäftsjahr 2015 auf insgesamt 198.500,00 €.

Die Personalkosten der Gesellschaft beliefen sich im Geschäftsjahr 2015 auf insgesamt 453.113,60 €. Davon entfielen 375.778,30 € auf Löhne und Gehälter sowie 77.335,30 € auf soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 7.500,00 € hat sich der Rheinisch-Bergische Kreis gem. Gesellschaftsvertrag verpflichtet, einen jährlichen Mindestzuschuss in Höhe von 84.300,00 € zu leisten. Darüber hinaus haben sich die Gesellschafter Rheinisch-Bergischer Kreis und Oberbergischer Kreis vertraglich verpflichtet, die jährlichen Geschäftsführerkosten zu übernehmen. Für das Geschäftsjahr 2015 entfiel auf den Rheinisch-Bergischen Kreis ein Kostenanteil in Höhe von 53.200,00 €.

8. Bewertung

Das Jahr 2015 war erneut ein erfolgreiches Geschäftsjahr für die Gesellschaft. Die Nachfrage wurde weiter gesteigert (besonders online), was in erster Linie den neuen Wanderwegen und der Positionierung als TOP-Wanderregion zuzuschreiben ist.

Die Naturarena wird sowohl innerhalb als auch außerhalb der eigenen Gebietskulisse als kompetente, touristische Organisation wahrgenommen. Immer wieder werden Aufgaben und Kooperationswünsche an die Gesellschaft herangetragen, die mit dem verfügbaren Personal und Etat leider nicht alle umsetzbar sind.

Durch geringe Personalwechsel, einer wieder normalen Krankenquote und die Rückkehr der Marketingleitung konnten lange verzögerte oder auf „Sparflamme“ gehaltene Projekte fortgesetzt werden.

Bei seit Jahren fast gleichbleibendem Personaleinsatz sind die Grenzen der Aktivitätssteigerung jedoch weitgehend erreicht und neue Entwicklungen und Projekte kaum umsetzbar.

Die wirtschaftliche Basis der Gesellschaft ist stabil, und das Image und das Standing der Naturarena bzw. der Marke „Das Bergische“ entwickelten sich stetig positiv weiter. Der generelle Ausblick für die nächsten 2 Jahre legt eine deutlich positive Entwicklung der Gesellschaft nahe. Das touristische „Leuchtturmprojekt“ der Wanderwege wird eine verstärkte Aufmerksamkeit auf den Tourismus der gesamten Region lenken. Weitere herausragende Tourismusprojekte wie „Panarbora“, das „neue“ Schloss Homburg und der „Bergische Panoramaradweg“ haben ihren Betrieb aufgenommen und werden der Region einen weiteren großen Schub bringen. Die hieraus zu erwartende steigende Nachfrage muss strukturell durch den Ausbau der Gesellschaft aufgefangen werden. Für das Geschäftsjahr 2016 wird mit einem Jahresfehlbetrag von 802 T€ gerechnet, der insbesondere durch steigende Personalaufwendungen verursacht wird. Dem stehen Zuwendungen der Gesellschafter in Höhe von 717 T€ gegenüber, weshalb eine Minderung des Eigenkapitals um 85 T€ erwartet wird.

PBH Papierservice „Britanniahütte“ gemeinnützige GmbH**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

PBH
 Papierservice "Britanniahütte" gemeinnützige GmbH
 Britanniahütte 10
 51469 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202 / 95585-0
 Telefax: 02202 / 95585-16

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde im Mai 1994 als Werkstatt für psychisch Behinderte von der Werkstatt für Behinderte Leverkusen/Rhein-Berg e. V. unter der Firma PBH Papierservice „Britanniahütte“ gemeinnützige GmbH gegründet. Eingetragen ist sie unter HRB 46596 im Handelsregister des Amtsgerichts Köln. Zweck der Gesellschaft ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb einer Werkstatt, die in ihrem Endausbau bis zu 115 psychisch Kranken oder Behinderten einen Arbeitsplatz bietet. Die Werkstattplätze werden in den Arbeitsbereichen Buchbinderei, Herstellung von Geschenkartikel, Mikroverfilmung bzw. Scanning, Archivdienstleistungen sowie Büroservice aller Art geschaffen.

Mit Gründung der Gesellschaft und der Kreisbeteiligung wird im Sinne des Psychiatrieplanes die Versorgung des Kreises mit Werkstattplätzen für psychisch Behinderte gewährleistet.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

An dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 90.000 € sind beteiligt:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Lebenshilfe Werkstätten Leverkusen/Rhein-Berg gemeinnützige GmbH	46.400	51,56
Die Kette-Rheinisch-Bergischer Verein für Sozialtherapeutische Dienste e.V.	12.800	14,22
Sozialpsychiatrisches Zentrum Leverkusen e.V.	12.800	14,22
Alpha e.V.	12.800	14,22
Stadt Leverkusen	2.600	2,89
Rheinisch-Bergischer Kreis	2.600	2,89

Der gemeinsame Anteil aller Gesellschafter, außer dem der Lebenshilfe Werkstätten Leverkusen/Rhein-Berg gemeinnützige GmbH, darf 49 % des Stammkapitals nicht übersteigen. Der Anteil jedes einzelnen Gesellschafters, außer dem der Lebenshilfe

Werkstätten Leverkusen/Rhein-Berg gemeinnützige GmbH, ist auf höchstens 24,5 % des Stammkapitals beschränkt.

4. Organe der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sie wird, falls mehrere Geschäftsführer bestellt sind, durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, vertritt er die Gesellschaft allein.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Harald Mohr.

4.2 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung gewähren je 50,00 € eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn so viele Gesellschafter anwesend oder vertreten sind, dass sie gemeinsam zwei Drittel aller vorhandenen Stimmen auf sich vereinigen, mindestens aber drei Gesellschafter. Ist dies nicht der Fall, kann eine neue Versammlung einberufen werden, die ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenen Stammkapitals beschlussfähig ist, sofern hierauf in der ersten Einladung hingewiesen wurde. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden, soweit das Gesetz keine andere Mehrheit vorschreibt, mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2015 wie folgt vertreten:

Ordentliches Mitglied
Wöber-Servaes, Sylvia

Stellvertreter
Eckl, Klaus

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Berichtsjahr 2015 einen Jahresüberschuss in Höhe von 299.610,26 €. Dies ist gegenüber dem Vorjahr (227.338,96 €) ein Anstieg in Höhe von 72.271,30 €.

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 467 T€ auf insgesamt rd. 2.364 T€.

Festzustellen sind insbesondere die Zunahmen der liquiden Mittel um 534 T€ auf 1.686 T€.

Die planmäßigen Abschreibungen wurden nach der linearen Methode ermittelt.

Aus dem Gewinnvortrag von 153.687,01 € zuzüglich des Jahresüberschusses von 299.610,26 € wurde ein Betrag 268.607,88 € in die Gewinnrücklage eingestellt und der Restbetrag von 184.689,39 € auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Umsatzerlöse konnten insgesamt um 184 T€ gesteigert werden. Hier machte sich insbesondere der Anstieg der Maßnahmekostenerstattung (+ 124 T€) bemerkbar.

Die Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 32 T€. Es handelte sich hierbei um Sozialversicherungsbeiträge behinderter Mitarbeiter.

Das durchschnittlich ausgezahlte monatliche Arbeitsentgelt je behindertem Mitarbeiter im Arbeitsbereich betrug 136,96 €. Die Arbeitsentgeltsspanne reichte dabei von 75 € bis 211 €.

Bilanz

Aktiva	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4	7	0
II. Sachanlagen	174	175	186
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	30	33	33
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	467	527	435
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	1.687	1.153	997
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2	2	2
Bilanzsumme	2.364	1.897	1.653

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	90	90	90
II. Gewinnrücklagen	1.618	1.350	1.270
III. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	185	154	6
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	8	11	15
C. Rückstellungen	58	50	52
D. Verbindlichkeiten	405	242	220
Bilanzsumme	2.364	1.897	1.653

Gewinn- und Verlustrechnung

	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Umsatzerlöse	2.713	2.529	2.276
Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	- 1	- 1	-2
Zuweisungen und Zuschüsse der öff. Hand	948	915	846
sonstige betriebliche Erträge	33	27	38
Materialaufwand	38	33	31
Personalaufwand	1.203	1.150	1.089
Abschreibungen	56	65	80
Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen des Anlagevermögens	116	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.099	2.000	1.885
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	2
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	3	4	5
Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	116	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	300	227	80
Sonstige Steuern	0	0	1
Jahresüberschuss	300	227	79
Einstellungen/Entnahmen aus Rücklagen	- 269	- 79	- 130
Gewinnvortrag	154	6	56
Bilanzgewinn	185	154	5

Kennzahlen

	Angaben in	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote:	%	80,1	83,99	83,5
Durchschnittliches mtl. Arbeitsentgelt je Werkstattbeschäftigten:	€	136,96	144,07	144,07

6. Beschäftigte

Die Anzahl der zum Bilanzstichtag 31.12. beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

Personal	2015	2014	2013
Angestellte	23	24	25
Mitarbeiter	166	170	149
Summe	189	194	174

Der Personalaufwand betrug im Berichtsjahr insgesamt 1.202.654,90 €. Davon entfielen auf Löhne und Gehälter 936.871,15 T€ und auf soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung 265.783,75 T€.

7. Verflechtungen mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 2.600 € hat der Rheinisch-Bergische Kreis den Aufbau der Werkstatt mit einem Darlehen in Höhe von 184.065,08 € sowie einem Zuschuss von 66.467,94 € gefördert. Gem. der Ergänzungsvereinbarung vom 10.09.1999 zum Darlehensvertrag vom 15.09.1994 zahlte die PBH für das gewährte Darlehen seit 2002 eine jährliche Tilgungsleistung von je 18.406,51 € über eine Laufzeit von 10 Jahren (bis 2011). Die letzte Tilgungsrate in Höhe von 18.406,49 € wurde im Geschäftsjahr 2011 an den Rheinisch-Bergischen Kreis überwiesen, so dass das Darlehen nunmehr vollständig getilgt ist. Verlustabdeckungen sind in dem Gesellschaftsvertrag der PBH nicht vorgesehen. Eine Nachschusspflicht der Gesellschafter sieht der Gesellschaftsvertrag nicht vor.

Radio Berg GmbH & Co. KG**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Radio Berg GmbH & Co. KG
Cliev 19
51515 Kürten

Telefon: 02207 / 7016-0
Telefax: 02207 / 7016-97

Internet: www.radioberg.de
E-Mail: sekretariat@radioberg.de

2. Öffentlicher Zweck

Das Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen sieht ein „Zwei-Säulen-Modell“ für den Lokalfunk in privater Trägerschaft vor. Als Betriebsgesellschaft stellt die Gesellschaft neben der Veranstaltergemeinschaft (Radio Berg e.V.) die zweite Säule des privaten Lokalrundfunks dar. Die am 20. Juli 1989 gegründete Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Gummersbach unter der Nr. HRA 1940 eingetragen. Gründungssitz ist Gummersbach. Der Rheinisch-Bergische Kreis beteiligte sich an der Gesellschaft im Februar 1990.

Die rundfunkrechtliche Verantwortung hat entsprechend dem Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen die Veranstaltergemeinschaft Radio Berg e.V. Sie beschäftigt die redaktionellen Mitarbeiter/innen des Senders.

Die Aufgaben der Betriebsgesellschaft liegen im kaufmännischen und technischen Bereich. Im Einzelnen ergeben sich für sie aus dem Landesrundfunkgesetz

1. die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und der Veranstaltergemeinschaft zur Verfügung zu stellen;
2. der Veranstaltergemeinschaft die zur Wahrnehmung ihrer gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel im vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen;
3. für die Veranstaltergemeinschaft Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen;
4. Hörfunkwerbung zu verbreiten.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft firmiert in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft. Bei dieser Rechtsform werden - neben der vollhaftenden Komplementärin - Kommanditisten ohne Berechtigung zur Geschäftsführung aufgenommen.

Komplementärin ist die Radio Berg Gesellschaft mbH, Gummersbach, deren einziger Gesellschafter die Radio Berg GmbH & Co. KG ist. Zur Führung der Geschäfte ist nach § 14 des Gesellschaftsvertrages die Komplementärin allein berechtigt und verpflichtet.

Das Gesellschaftskapital als Summe der Einlagen der Kommanditisten beträgt 511.291,88 €.

Es ergeben sich nun folgende Kapitalanteile:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Rundfunk-Holding Rhein-Berg/ Oberberg GmbH & Co. KG	383.468,91	75,0
Oberbergischer Kreis	32.211,39	6,3
Stadt Gummersbach	10.737,13	2,1
Stadt Wiehl	10.225,84	2,0
Stadt Bergneustadt	4.601,63	0,9
BGW Bau-, Grundstücks- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH der Gemeinde Lindlar	4.601,63	0,9
Gemeinde Nümbrecht	1.533,87	0,3
Rheinisch-Bergischer Kreis	63.911,48	12,5

Die kommunalen Träger haben die ihnen nach Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen eingeräumte Möglichkeit ausgeschöpft, bis 25 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile der Betriebsgesellschaft auf sich zu vereinigen.

Die Rundfunk-Holding vertritt die Interessen des Verlags M. DuMont Schauberg, Köln, sowie der Pressefunk Düsseldorf GmbH und der J. F. Ziegler KG, Remscheid.

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Geschäftsführer der alleinvertretungsberechtigten Komplementärin, der Radio Berg GmbH, mit Sitz in Gummersbach, ist Herr Dietmar Henkel.

4.2 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn die anwesenden oder gemäß Absatz 5 des Gesellschaftsvertrages vertretenen Gesellschafter mindestens die Mehrheit aller vorhandenen Stimmen vertreten. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, so hat die Geschäftsführung binnen drei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen. Diese zweite Gesellschafterversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig, in der Einladung ist darauf hinzuweisen. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden mit Mehrheit aller vorhandenen Stimmen gefasst, innerhalb einer zweiten Gesellschafterversammlung

mit der Mehrheit aller vertretenen Stimmen. Das Stimmrecht bestimmt sich nach der Höhe der Kommanditeinlage. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Kreistagsabgeordneter Diego Faßnacht vertreten.

5. Wirtschaftliche Daten

Die Radio Berg GmbH & Co. KG schloss das Berichtsjahr 2015 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 215 T€ ab und lag damit um 335 T€ unter dem Vorjahresergebnis.

Die Umsatzerlöse lagen in Summe mit 2.080 T€ um 7,2 % bzw. 162 T€ niedriger als im Geschäftsjahr 2014. Die lokalen und regionalen Werbeerlöse, die über die HSG Hörfunk Service GmbH akquiriert wurden, konnten um 39 T€ zum Vorjahr gesteigert werden. Die Vertriebsprovisionen des Mantelprogrammuzulieferers Radio NRW GmbH verschlechterten sich um 278 T€ (- 31,4 %) auf 541 T€. Hierin sind die Erträge aus der Flexibilisierung der Werbezeiten mit 48 T€ enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 225 T€ (+ 114 %). Der Kostenanstieg entfällt mit 35 T€ auf die Kosten der Veranstaltergemeinschaft. Die Umlage der HSG Hörfunk Service GmbH erhöhte sich um 59 T€ auf 439 T€ (+ 15,6%). Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2015 sehr solide. Mit einem Eigenkapital von 511 T€ lag die Eigenkapitalquote zum 31.12.2015 bei 57,3 %.

Bilanz

Aktiva	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4	6	8
II. Sachanlagen	33	23	28
III. Finanzanlagen	26	26	37
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	825	1.199	1.109
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	0	0	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4	0	1
Bilanzsumme	892	1.254	1.183

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Kommanditkapital	511	511	511
II. Gewinnrücklagen	0	0	0
B. Rückstellungen	66	64	66
C. Verbindlichkeiten	315	679	606
Bilanzsumme	892	1.254	1.183

Gewinn- und Verlustrechnung

	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Umsatzerlöse	2.080	2.242	2.134
sonstige betriebliche Erträge	28	56	46
Personalaufwand	8	4	4
Abschreibungen	16	27	24
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.810	1.585	1.540
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17	24	17
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	257	658	596
Steuern vom Ertrag	42	109	99
Jahresüberschuss	215	549	497

6. Beschäftigte

Im Berichtsjahr 2015 wurden Aushilfslöhne in Höhe von 8.063,80 € gezahlt.

7. Verflechtungen mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 63.911,48 € gewährte der Rheinisch-Bergische Kreis der Gesellschaft gem. Darlehensverträge vom 09.12.1993 und 14.01.1997 Darlehen von insgesamt 121.431,82 €. Diese wurden zwischenzeitlich vollständig von der Gesellschaft zurückgezahlt.

Der Jahresüberschuss aus dem Geschäftsjahr 2015 in Höhe von 214.888,16 € wurde an die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Stammkapitalbeteiligung ausgeschüttet. Auf den Rheinisch-Bergischen Kreis entfiel ein Gewinnanteil in Höhe von 26.861,02 € (12,5 %).

8. Bewertung

Die Ergebnisse des Senders sind stark abhängig zum einen von den erzielten Werbeerlösen und zum anderen von den Hörer-Reichweiten als Grundlage der Vertriebsprovision von Radio NRW.

Über die Jahre sind die Werbeerlöse, die direkt für die Sender akquiriert werden, relativ stabil. Umsatzrückgänge bei regionalem Großhandel und im nationalen Geschäft konnten durch höhere lokale Erlöse aufgefangen werden.

Die für die Auszahlung der Vertriebsprovision anzusetzende Hörer-Reichweite aus den E.M.A.-Messungen im März und Juli eines Jahres können schwanken und zu Erlörisiken führen. Über die Jahre hinweg sind jedoch größere Schwankungen eher die Ausnahme.

Der Sender erzielte im März 2015 eine Reichweite „Hörer gestern Montag bis Freitag“ von 24,2 % und verlor im Juli 2015 leicht auf 23,3 %.

Für das Geschäftsjahr 2016 plant die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 280 T€.

Regionalverkehr Köln GmbH**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Regionalverkehr Köln GmbH
Theodor-Heuss-Ring 19-21
50668 Köln

Telefon: 0221 / 16370
Telefax: 0221 / 1637239

Internet: www.rvk.de
E-Mail: info@rvk.de

2. Öffentlicher Zweck

Gegenstand der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) sind die Durchführung des Personennahverkehrs und hiermit zusammenhängende Nebengeschäfte, die der Förderung des Hauptgeschäftes dienen. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie darf Zweigniederlassungen errichten und sich an Unternehmen gleicher oder verwandter Art beteiligen, solche Unternehmen gründen oder erwerben. Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Köln unter der Nummer 7432 eingetragen.

Die Gesellschaft entstand im Jahre 1976 aus einem Zusammenschluss der Bahn- und Post-Omnibusdienste. In der Zeit von 1978 bis 1995 gehörte die RVK der Unternehmensgruppe "Vereinigte Bundesverkehrsbetriebe GmbH" (VBG) an. 1995 erwarben sieben kommunale Unternehmen und der Rheinisch-Bergische Kreis das Unternehmen zu jeweils gleichen Anteilen. Die RVK ist alleinige Anteilseignerin der Regio-Bus-Rheinland GmbH (RBR), Köln. Die RBR führt im Wesentlichen Verkehrsleistungen und Dienstleistungen im Auftrag der RVK durch.

Das Verkehrsgebiet umfasst im Rheinisch-Bergischen Kreis den südlichen Teil der Stadt Bergisch Gladbach sowie der Städte Overath und Rösrath. Außerdem werden bedeutende Verkehrsleistungen im Stadtgebiet Wermelskirchen, sowie in angrenzenden Teilen der Städte Remscheid und Solingen erbracht.

Die Verkehrsleistungen im Rheinisch-Bergischen Kreis werden von den Niederlassungen in Bergisch Gladbach (gemeinsam betrieben mit der KWS AG) und Wermelskirchen aus gefahren.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Der Rheinisch-Bergische Kreis hält Anteile an der RVK mit einem Nennwert von 447.400 €. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt insgesamt 3.579.200 €. Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Kölner Verkehrs-Betriebe AG, Köln	447.400	12,5
Stadtwerke Bonn Verkehrs-GmbH, Bonn	447.400	12,5
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises - SSB - GmbH, Bonn	447.400	12,5
Linksrheinische Verkehrsgesellschaft mbH, Siegburg	447.400	12,5
Oberbergischer Kreis , Gummersbach	89.480	2,5
Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH, Bergheim	447.400	12,5
Kreis Euskirchen, Euskirchen	447.400	12,5
Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach	447.400	12,5
Eigene Anteile	357.920	10,0

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) der Aufsichtsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Bei nur einem Geschäftsführer wird die Gesellschaft durch diesen allein, bei mehreren Geschäftsführern durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.

Die Gesellschaft wurde im Berichtsjahr 2015 durch den Geschäftsführer Eugen Puderbach gesetzlich vertreten.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der RVK GmbH besteht aus 12 Mitgliedern, wobei je 1 Mitglied von den 8 Gesellschaftern entsandt und 4 Mitglieder nach den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes gewählt werden. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden längstens für die Zeit bis zur Beendigung der Gesellschafterversammlung bestellt, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der

Amtszeit beschließt; hierbei wird das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, nicht mitberechnet. Die Wiederbestellung ist zulässig.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens sieben Mitglieder, darunter der Aufsichtsratsvorsitzende oder einer seiner Stellvertreter, an der Beschlussfassung teilnehmen. Jedes Mitglied des Aufsichtsrates hat eine Stimme.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Geschäftsjahr 2015 wie folgt zusammen:

- Günter Rosenke, Landrat Kreis Euskirchen, Weilerswist (Vorsitzender)
- Heinz Jürgen Reining, Geschäftsführer SWBV, Wachtberg (stellvertr. Vorsitzender)
- Michael Bauch, freigestellter Betriebsrat RVK, Bergheim (stellvertr. Vorsitzender)
- Björn Bourauel, Geschäftsführer SSB, Eitorf
- Peter Densborn, Vorstand KVB, Wachtberg
- Andreas Frauenkron, Disponent, stellvertr. Niederlassungsleiter RVK, Hellenthal
- Hans-Jürgen Kellner, freigestellter Betriebsrat RVK (BR-Vorsitzender), Morsbach
- Hans-Jürgen Koenig, Busfahrer, Betriebsrat RVK, Bad Münstereifel
- Holger Müller, Landtagsabgeordneter NRW, Rösrath
- Martin Schmitz, Geschäftsführer REVG, Pulheim
- Christoph Stock, Prokurist OVAG, Olpe (bis 11.08.2015)
- Svenja Udelhoven, Geschäftsführerin LVG, Bonn

Neu im Aufsichtsrat:

- Uwe Stranz, Dezernent OBK, Gummersbach (seit 12.08.2015)

4.3 Gesellschafterversammlung

Je 50,00 € Geschäftsanteil gewähren eine Stimme in der Gesellschafterversammlung. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 2/3 des Stammkapitals vertreten sind. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als nicht beschlussfähig, so ist binnen zwei Wochen eine zweite Versammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen und innerhalb weiterer drei Wochen abzuhalten, die ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenen Stammkapitals beschlussfähig ist; hierauf ist in der Einladung hinzuweisen. Eine ordentliche Gesellschafterversammlung muss in jedem Jahr innerhalb von acht Monaten nach Ende des vorangegangenen Geschäftsjahres abgehalten werden.

In der Gesellschafterversammlung der RVK wurde der Rheinisch-Bergische Kreis im Berichtsjahr durch Herrn Reinhard Haase vertreten.

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesamtfahrleistungen im RVK-Konzern sind im Berichtsjahr 2015 gestiegen und umfassen insgesamt 25,23 Mio. km.

Der RVK-Konzern verfügte am Ende des Berichtsjahres im Fahrzeugbestand über 299 eigene Omnibusse, mit denen 51 % der Gesamtfahrleistungen erbracht wurden. Für die weiteren 49 % der Fahrleistungen wurden durchschnittlich 328 Omnibusse von privaten Verkehrsunternehmen eingesetzt.

Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sind im Berichtsjahr 2015 lediglich auf Ebene der Muttergesellschaft und in einem Umfang von rd. 3.843 T€ erfolgt. Auf Konzernebene ergab sich somit ebenfalls ein Investitionsvolumen in Höhe von rd. 3.843 T€. Die Investitionen betrafen überwiegend die Busbeschaffung (3.283 T€). Im Berichtsjahr wurde außerdem ein Anteil (10% von 12,5%) des ehemaligen Gesellschafters OVAG erworben. Der Kaufpreis betrug 2.045 T€. Die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) des Konzerns beträgt unter

Berücksichtigung der von den Gesellschaftern in 2015 im Rahmen der Ergebniskonsolidierung geleisteten Zahlungen 28,90 %.

Die Umsatzerlöse sanken im RVK-Konzern um insgesamt ca. 1.580 T€ auf 62.483 T€, bei der Muttergesellschaft lag eine Minderung um ca. 1.693 T€ auf 64.511 T€ vor.

Bilanz, RVK GmbH

Aktiva	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	589	854	1.037
II. Sachanlagen	34.823	37.954	46.010
III. Finanzanlagen	239	290	290
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	186	180	349
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.596	6.723	5.948
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	12.657	16.845	10.998
C. Rechnungsabgrenzungsposten	102	129	118
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0	45
Bilanzsumme	55.192	62.975	64.795

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.579	3.579	3.579
- Nennwert eigene Anteile	-358		
II. Kapitalrücklage	6.258	7.886	8.101
III. Gewinnrücklagen	710	710	710
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn, -verlust	3.872	5.686	3.253
B. Sonderposten für erhaltene Investitionszu- schüsse	7.123	9.281	9.424
C. Rückstellungen	10.651	9.148	9.203
D. Verbindlichkeiten	22.884	26.182	29.988
E. Rechnungsabgrenzungsposten	473	503	537
Bilanzsumme	55.192	62.975	64.795

Gewinn- und Verlustrechnung, RVK GmbH

	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Umsatzerlöse	64.511	66.203	68.758
sonstige betriebliche Erträge	19.117	20.449	19.460
Materialaufwand	47.833	46.503	47.911
Personalaufwand	20.136	20.638	23.539
Abschreibungen	7.154	7.852	7.735
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.407	8.029	7.805
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8	21	18
Erträge aus Beteiligungen	0	3	3
Erträge aus Gewinnabführungsvertrag	19	26	18
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	596	670	660
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	529	3.010	607
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	26	39	34
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	503	2.971	573
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	503	2.971	573

Kennzahlen, RVK GmbH

	Angaben in	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote:	%	25	28	24
Eigenkapitalrentabilität:	%	3,6	16,6	3,7
Investitionen:	T€	3.843	1.592	9.941
Personalaufwandsquote:	%	31,2	31,2	34,2
Materialaufwandsquote:	%	74,2	70,2	69,68
Cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	6.237	7.210	10.359
Betriebsstreckenlänge:	Km	2.306	2.238	2.201
Anzahl der Fahrzeuge:	Anzahl	299	286	336

Bilanz, Konzern

Aktiva	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	588	854	1.037
II. Sachanlagen	34.825	37.956	46.013
III. Finanzanlagen	12	63	63
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	186	180	350
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.609	6.740	5.965
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	13.497	17.150	11.104
C. Rechnungsabgrenzungsposten	108	129	117
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0	45
Bilanzsumme	55.825	63.072	64.694

A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.579	3.579	3.579
- Nennwert eigene Anteile	-358		
II. Kapitalrücklage	6.255	7.883	8.099
III. Gewinnrücklagen	711	711	711
IV. Bilanzgewinn, -verlust	3.889	5.703	3.269
B. Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse	7.122	9.281	9.423
C. Rückstellungen	11.276	9.523	9.571
D. Verbindlichkeiten	22.878	25.889	29.505
E. Rechnungsabgrenzungsposten	473	503	537
Bilanzsumme	55.825	63.072	64.694

Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern

	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Umsatzerlöse	62.483	64.063	66.550
sonstige betriebliche Erträge	19.082	20.425	19.399
Materialaufwand	33.076	32.950	35.460
Personalaufwand	32.631	31.861	33.544
Abschreibungen	7.154	7.853	7.735
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.584	8.167	7.962
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8	22	17
Erträge aus Beteiligungen	0	3	3
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlage- Vermögens	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	599	672	661
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	529	3.010	607
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	26	39	34
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	503	2.971	573
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	503	2.971	573

Kennzahlen, Konzern

	Angaben in	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote:	%	28,9	33,2	28,3
Investitionen:	T€	3.843	1.562	9.944
Materialintensität:	%	40,6	39,0	41,3
Cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	7.952	7.409	10.222
Betriebsstreckenlänge:	Km	2.306	2.201	2.201
Anzahl der Fahrzeuge:	Anzahl	299	286	336

6. Beschäftigte

Im Jahresdurchschnitt wurden folgende Mitarbeiter beschäftigt:

Personal	2015		2014		2013	
	RVK	Konzern	RVK	Konzern	RVK	Konzern
Angestellte Arbeiter	183	192	192	199	201	207
	257	590	279	590	361	651
Summe	440	782	471	789	562	858

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 447.400 € hat der Rheinisch-Bergische Kreis im Rahmen einer sogenannten marktorientierten Direktvergabe seine Bestellentscheidung für ÖPNV-Leistungen gegenüber der RVK umgesetzt. Darüber erfolgt der Ausgleich für defizitäre Leistungen in beihilfekonformer Weise und über eine gebietskörperschaftsscharfe Abrechnung.

8. Bewertung

Die Gesamtlage für öffentliche Verkehrsunternehmen war im Jahre 2015 weiterhin dadurch geprägt, dass zum einen die Vorbereitungen auf geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen fortgesetzt worden sind und zum anderen zunehmend die bisherigen Marktstrukturen einer Veränderung unterzogen werden.

Für den RVK-Konzern (RVK und RBR) soll die Entwicklung des Unternehmens zu noch kostengünstigeren Strukturen fortgesetzt und die permanente Qualitätssicherung sowie der systematische Umweltschutz als Ziele fortbestehen.

Unverändert bleibt auch der Ansatz der RVK, angebotsverträgliche Einschnitte in das Busfahrleistungsangebot anzuregen, wenn und soweit durch andere, an der Nachfrage orientierte Verkehrsangebote (Ruf- oder TaxiBus) ein öffentliches Mobilitätsangebot sichergestellt werden kann.

Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH
 Paffrather Straße 48
 51465 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202 / 95220
 Telefax: 02202 / 952244

Internet: www.rbs-wohnen.de
 E-Mail: info@rbs-wohnen.de

2. Öffentlicher Zweck

Nach dem zweiten Weltkrieg war Wohnraum vielerorts überaus knapp. Es galt, in sehr kurzer Zeit Häuser und Wohnungen für sehr viele Menschen bereitzustellen. Diese Situation führte im Rheinisch-Bergischen Kreis zur Gründung der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft am 13.05.1948. Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Köln unter der Nr. 45523 eingetragen.

Schwerpunkt der Tätigkeit der Gesellschaft ist der soziale Wohnungsbau. Sie trägt vorrangig zu einer sicheren und sozial verantwortbaren, ökologisch ausgerichteten Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten bei. Zu diesem Zweck errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet die Gesellschaft Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen. Neubauten sollen nur im Rheinisch-Bergischen Kreis errichtet werden. Sie kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaues und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 4.500.000 €.

Die Gesellschaftsanteile gliedern sich wie folgt auf:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Stadt Bergisch Gladbach	1.478.200	32,85
Zweckverband für die Kreissparkasse Köln	299.950	6,67
Kreissparkasse Köln	89.900	1,99
Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH (eigene Anteile)	1.131.900	25,15
Gemeinde Kürten	21.850	0,49
Rheinisch-Bergischer Kreis	1.478.200	32,85

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat je nach der Bestimmung des Aufsichtsrates einen oder mehrere Geschäftsführer/innen. Ist nur ein/e Geschäftsführer/in vorhanden, so vertritt diese/r die Gesellschaft allein. Die Geschäftsführung vertritt die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich. Sind mehrere Geschäftsführer/innen bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer/innen gemeinschaftlich oder, falls Prokuristen vorhanden sind, durch eine/n Geschäftsführer/in gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer/innen werden von der Gesellschafterversammlung bestellt. Wiederholte Bestellung ist zulässig. Die Bestellung kann vorzeitig nur aus wichtigem Grund von der Gesellschafterversammlung widerrufen werden.

Seit dem 01.10.2001 ist Frau Sabine Merschjohann, Bergisch Gladbach, alleinige Geschäftsführerin der Gesellschaft. Für die Geschäftsführung besteht seit Januar 1994 eine Geschäftsordnung.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gem. § 10 des Gesellschaftsvertrages aus 11 Mitgliedern. Hiervon werden je 4 Mitglieder von der Stadt Bergisch Gladbach und dem Rheinisch-Bergischen Kreis und ein Mitglied vom Zweckverband Kreissparkasse entsandt. Darüber hinaus sind der/die Hauptverwaltungsbeamte(n) des Kreises und der Stadt Bergisch Gladbach oder von diesen zu benennende Vertreter/innen geborene Mitglieder des Aufsichtsrates.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter für die Dauer einer kommunalen Wahlperiode.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder in der Sitzung zugegen sind und mindestens fünf Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Stimmenthaltung gilt als Nichtteilnahme an der Beschlussfassung. Der Aufsichtsrat fasst, soweit durch den Gesellschaftsvertrag nicht anders bestimmt ist, seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Über die Angleichung der Stammkapitalanteile der beiden Hauptgesellschafter Stadt Bergisch Gladbach und Rheinisch-Bergischer Kreis wird eine Parität bei den Stimmenanteilen und damit eine angemessene Vertretung des Rheinisch-Bergischen Kreises im Aufsichtsrat der Gesellschaft gewährleistet.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Geschäftsjahr 2015 wie folgt zusammen:

Dr. Hermann-Josef Tebroke
Landrat Rheinisch-Bergischer Kreis

Vorsitzender

Herrn Michael Zalfen
Außendienstler

stellvertretender Vorsitzender

Frau Sarah Bähner
Veterinärhomöopathin

Herrn Udo Buschmann
Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Köln

Herrn Volker Damm
Rentner

Frau Ursula Ehren
Produktionsassistentin

Frau Dipl.-Ing. Petra Holtzmann
Lebensmitteltechnik

Herrn Jürgen Mumdey
Stadtkämmerer

Herrn Frank Rausch
Mess- und Regeltechniker

Herrn Lutz Schade
Rechtsanwalt

Herr Dr. Klaus-Georg Wey
Leitender Regierungsschuldirektor

4.3 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung, in der je 50,00 € Geschäftsanteil eine Stimme gewähren, werden Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung über die Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern und den Widerruf der Bestellung von Geschäftsführern, die Verschmelzung, Vermögensübertragung oder Umwandlung der Gesellschaft, die Änderung des Gesellschaftsvertrages, die Auflösung der Gesellschaft, die Zustimmung zur Abtretung von Geschäftsanteilen und zum Beitritt neuer Gesellschafter sowie dem Abschluss und der Änderung von Unternehmensverträgen bedürfen zu ihrer Gültigkeit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten ist. Ist die Versammlung nicht beschlussfähig, so ist mit einem Zwischenraum von mindestens zwei höchstens vier Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenden Stammkapitals beschlussfähig ist.

Die ordentliche Gesellschafterversammlung hat spätestens bis Ende August jeden Jahres in der Regel am Sitz der Gesellschaft stattzufinden.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten.

Herr Klaus-Dieter Becker
Frau Monika Dinkelmann
Frau Dilara Soylu
Herr Dirk Weber

Kreistagsabgeordneter
Leiterin der Wohnungsbauförderung
Kreistagsabgeordnete
Kreistagsabgeordneter

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2015 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.643.848,02 € ab.

Es wurde wie im Vorjahr eine Bruttodividende in Höhe von 8 % = 270.000 € für das Geschäftsjahr 2015 an die ausschüttungsberechtigten Gesellschafter ausgezahlt.

Im Jahre 2015 wurden 2.693 T€ an Fremdkosten für die Instandsetzung und Instandhaltung der Mietobjekte aufgewandt.

Neben der laufenden Instandhaltung wurden weiterhin Mittel in die Grundsanierung von frei finanzierten Wohnungen investiert, um diese langfristig vermietbar zu halten. Im Jahr 2015 wurden 11 Wohnungen umfangreich saniert, die Kosten betrugen 183 T€.

Die Erneuerung von Dächern an den Häusern Im Buchholz, Buchholzstraße und Handstraße machten mit 145 T€ den größten Einzelposten aus. Für die Fortsetzung und Beendigung der Strangsanierung mit erforderlicher Erneuerung der Bäder in der Schmidt-Blegge-Straße 10-16 wurde im Geschäftsjahr 2015 ein Betrag von 102 T€ verwendet.

In den Liegenschaften Ahornweg, Handstraße 309/311 wurden alle, in der Liegenschaft Am Uhlenbruch teilweise Balkone saniert (145 T€).

Daneben wurden weitere zahlreiche Instandhaltungen an unterschiedlichen Objekten vorgenommen.

Die Gesamtausgaben für Instandhaltung einschließlich verrechneter Personal- und Sachkosten betrugen im abgelaufenen Geschäftsjahr 3.040 T€.

Abzüglich erstatteter Kosten durch Versicherungen und Mieter in Höhe von 92 T€ beliefen sich die Kosten im Jahr 2015 auf rd. 2.948 T€ oder umgerechnet 24,91 € je qm Wohnfläche.

Die Mieterträge betrugen 8.442 T€. Mehrerträge ergaben sich aus dem Zugang des Neubaus am Rübezahwald mit 77 T€, der Anpassung an die ortsübliche Vergleichsmiete nach § 558 des Bürgerlichen Gesetzbuches in Höhe von 49 T€, der Ausschöpfung der Mieterhöhungsmöglichkeiten bei den öffentlich geförderten Wohnungen gem. II. Berechnungsverordnung in Höhe von 8 T€ sowie aus Neuvermietungen mit 13 T€.

Die Erlösschmälerungen aufgrund Leerstand, Mietminderungen und Eigennutzung sind um 40 T€ auf 153 T€ gestiegen. Die Steigerung ergab sich durch die Erlösschmälerungen bei dem für den Abriss vorgesehenen Objekt Bensberger Straße 191, insbesondere aber aus einer umfassenden Sanierungsmaßnahme in den Wohnungen der Gebäudezeile Schmidt-Blegge-Straße 10-16, für die eine entsprechende Mietminderung gewährt wurde.

Zum Stichtag 31.12.2015 standen 16 Wohnungen leer (Vorjahr 17 Wohnungen).

Das um 176 T€ verringerte Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung resultierte insbesondere aus den im Vergleich zum Vorjahr geringer gestiegenen Sollmieten sowie den höheren Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen.

Bilanz

Aktiva	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	2	3
II. Sachanlagen	62.374	63.447	62.726
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	3.555	3.349	3.427
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	84	95	138
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	3.572	2.316	850
C. Rechnungsabgrenzungsposten	20	19	16
Bilanzsumme	69.606	69.228	67.160

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.368	3.368	3.368
II. Kapitalrücklage	0	0	0
III. Gewinnrücklagen	18.100	16.515	15.513
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn	1.644	1.855	1.191
B. Rückstellungen	253	134	163
C. Verbindlichkeiten	46.152	47.286	46.842
D. Rechnungsabgrenzungsposten	89	70	83
Bilanzsumme	69.606	69.228	67.160

Gewinn- und Verlustrechnung

	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Umsatzerlöse	11.713	11.606	11.089
Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	202	- 81	158
andere aktivierte Eigenleistungen	23	29	38
sonstige betriebliche Erträge	130	100	153
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	5.820	5.331	5.742
Personalaufwand	1.176	1.139	1.108
Abschreibungen	1.661	1.570	1.534
sonstige betriebliche Aufwendungen	400	369	379
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	4	29
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	903	934	1.085
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.112	2.315	1.619
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	181	88	12
Sonstige Steuern	288	290	284
Jahresüberschuss	1.643	1.937	1.323
Einstellungen in Rücklagen	0	82	132
Bilanzgewinn	1.643	1.855	1.191

Kennzahlen

	Angaben in	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote:	%	32,8	31,0	29,5
Investitionen in Sachanlagen:	T€	589	2.304	4.274
cash-flow:	T€	3.308	3.510	2.860
Eigenkapitalrentabilität:	%	7,9	9,0	6,7
Wohnungseinheiten:	Anzahl	1.921	1.906	1.914
Durchschnittliche Sollmiete:	€/m²/mtl.	5,98	5,87	5,81
Fluktuationsquote der Wohn- und Gewerbeeinheiten:	%	8,5	8,3	9,2
Leerstandsquote der Wohn- und Gewerbeeinheiten:	%	0,8	0,9	1,4

6. Beschäftigte

Im Geschäftsjahr 2015 wurden durchschnittlich 20 Arbeitnehmer/innen beschäftigt.

Personal/Bereiche	2015	2014	2013
Kaufmännische Angestellte	8	7	7
Kaufmännische Angestellte (Teilzeitkräfte)	3	3	2
Technische Angestellte	2	2	2
Auszubildende	1	2	2
Mitarbeiter im Regiebetrieb, Hauswarte	5	5	4
Mitarbeiter im Regiebetrieb, Hauswarte (Teilzeitkräfte)	1	1	1
Summe	20	20	18

Das Unternehmen zahlte im Geschäftsjahr 2015 insgesamt 928.628,22 € an Löhne und Gehälter sowie soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von 247.335,02 T€.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Verbindungen zum Kreishaushalt resultieren aus der o.a. Kapitalbeteiligung. Abzüglich der Kapitalertragsteuer sowie des Solidaritätsbeitrags konnte der Rheinisch-Bergische Kreis in 2016 für das Geschäftsjahr 2015 eine Dividende von rd. 100 T€ vereinnahmen.

8. Bewertung

Die Gesellschaft ergänzt das örtliche Wohnungsangebot durch vorhandenen oder neu erstellten preiswerten Wohnraum. Dies führt zu positiven Synergieeffekten bei der Ansiedlung von Industrie und Handwerksbetrieben. Erfolgreich wird die Gesellschaft bei der Förderung eines modernen, zukunftsweisenden Wohnungsbaus vor allem dann sein, wenn preisgünstige Grundstücke zur Verfügung stehen.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr 2015 weiterhin auf das Kerngeschäft der Bewirtschaftung der eigenen Bestände ausgerichtet. In den nächsten Jahren soll die Neubautätigkeit erhöht werden, was wesentlich von den Möglichkeiten der Beschaffung von Grundstücken abhängt.

Durch Modernisierungen und jüngere Baualtersklassen kann ein Anteil von über 70 % des Bestandes der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft als energetisch gut oder sehr gut bezeichnet werden. Für die anderen 30 % wurden Konzepte entwickelt oder die Maßnahmen stellen sich nicht als wirtschaftlich und für die Mieter bezahlbar dar.

Nach dem Wirtschaftsplan wird für das Geschäftsjahr 2016 mit einem Jahresüberschuss von rd. 1.180 T€ gerechnet.

Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH
Friedrich-Ebert-Straße
51429 Bergisch Gladbach

Telefon: 02204 / 842470
Telefax: 02204 / 842471

Internet: www.tz-bg.de
E-Mail: info@tz-bg.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH wurde am 26.10.1994 gegründet und ist im Handelsregister Köln unter der Nummer HRB 46635 eingetragen.

Gegenstand der Gesellschaft ist die Einrichtung und der Betrieb eines Technologiezentrums, mit dem die Gründung neuer Unternehmen sowie die Entwicklung junger Unternehmen, die neue Technologien, Güter oder Verfahren entwickeln, produzieren und vermarkten, gefördert werden soll. Weiterhin sollen Unternehmen koordiniert und gefördert werden, deren Tätigkeiten auf dem Gebiet des Umweltschutzes liegen. (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Die Gesellschaft bietet innovativen Unternehmen ein Zentrums-Management, Service-Einrichtungen und anforderungsgerechte Betriebsräume an. Die Leistungen des Zentrums-Managements liegen vorwiegend in einer betriebswirtschaftlichen und technischen Beratung der im Zentrum ansässigen Unternehmen sowie in der Vermittlung von Kontakten zu Wirtschafts- und Forschungsinstitutionen in der Wirtschaftsregion.

Der gemeinsame Standort soll die Absatzchancen verbessern sowie wirtschaftliche Verflechtungen innerhalb des Zentrums und der Region fördern. Das Technologiezentrum soll einen Beitrag zur notwendigen Strukturverbesserung der regionalen Wirtschaft leisten.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 100.000 €.
Es ergeben sich folgende Beteiligungsverhältnisse:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Kreissparkasse Köln GmbH	48.000	48,0
Stadt Bergisch Gladbach	25.000	25,0
IHK Köln	2.000	2,0
Rheinisch-Bergischer Kreis	25.000	25,0

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft kann einen hauptberuflichen und bis zu drei nebenberufliche Geschäftsführer haben. Bestellung und Anstellung der Geschäftsführer sowie die Geschäftsverteilung unter ihnen erfolgen durch die Gesellschafterversammlung.

Hauptamtlicher Geschäftsführer des Unternehmens ist Herr Martin Westermann, Prokurist Stadtentwicklungsbetrieb Stadt Bergisch Gladbach AöR.

Nebenamtliche Geschäftsführer sind die Herren:

Stefan Dürselen, Dipl.-Ing.,

Dr. Erik Werdel, Kreisdirektor.

4.2 Gesellschafterversammlung

Je 500 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Die den einzelnen Gesellschaftern zustehenden Stimmen können nur einheitlich abgegeben werden. Die Beschlüsse der Gesellschafter werden mit einer Mehrheit von mehr als drei Vierteln der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht im Gesetz oder im Gesellschaftsvertrag etwas anderes bestimmt ist. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Viertel des Stammkapitals vertreten sind. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, so ist durch die Geschäftsführung binnen zwei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen. Diese Gesellschafterversammlung ist, worauf in der Einladung ausdrücklich hinzuweisen ist, ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig.

Der Rheinisch-Bergische Kreis verfügt gemäß seiner Beteiligung am Stammkapital über 50 Stimmen. Die Vertretung des Rheinisch-Bergischen Kreises in der Gesellschafterversammlung wurde im Geschäftsjahr 2015 durch Herrn Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke wahrgenommen.

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2015 schloss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 106.960,84 €. Seit dem Bestehen der Gesellschaft wurden 721 Gründungsvorhaben geprüft. Bis zum 31.12.2015 wurden insgesamt 253 Unternehmen gegründet. Als Gründer in das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum wurden bisher 88 Unternehmen aufgenommen. Am 31.12.2015 hatten dort 16 Existenzgründer Mietverträge.

Von der zum 31.12.2015 angemieteten, vermietbaren Flächen in der Größenordnung von ca. 2.600 m² waren rd. 2.370 m² belegt. Die Eigennutzung des TechnologieZentrums ist hierbei ausgenommen.

Zum Zeitpunkt der jeweiligen Existenzgründung im TechnologieZentrum werden seit 20 Jahren nachweislich zum Unternehmensstart durchschnittlich 2 neue Arbeitsplätze geschaffen. Aus Mieterbefragungen zum Ende der vorangegangenen Jahre ergibt sich eine durchschnittliche Mitarbeiterzahl von rd. 8,7 über die letzten 13 Jahre.

Legt man eine ähnliche Wachstumsentwicklung für die Gesamtmieterschaft des TechnologieZentrums seit 1995 und eine TechnologieZentrum-spezifische Insolvenzquote in Höhe von 7,9 % zugrunde (von 88 Unternehmen wurden 7 im

Rahmen eines Insolvenzverfahrens abgewickelt), so werden von den erfolgreichen Unternehmen, die im TechnologieZentrum gegründet wurden, heute rd. 700 qualifizierte Arbeitsplätze bereitgestellt. Die Gesamtzahl der durch die in TechnologieZentrum, TechnologiePark und Region neu gegründeten 253 Unternehmen geschaffenen Arbeitsplätze lässt sich unter Zugrundelegung der TZ-spezifischen Insolvenzquote somit auf bis rd. 2.000 hochrechnen. Die hierdurch erreichten strukturellen Effekte und Folgewirkungen für die Region dürften sehr hoch sein, lassen sich aber zahlenmäßig ohne größeren Aufwand nicht quantifizieren. Die Umsatzerlöse erhöhten sich im abgelaufenen Berichtsjahr 2015 um ca. 7,0 %. Wesentlicher Grund hierfür ist die Ansiedlung neuer Gründer und die Umsetzung von vereinbarten Staffelmieten. Im Jahr 2015 wurden keine wesentlichen Einzelinvestitionen durchgeführt.

Bilanz

Aktiva	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	1	2
II. Sachanlagen	4	6	2
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	118	104	90
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	419	459	489
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	1	1
Bilanzsumme	541	571	584

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	100	100	100
II. Kapitalrücklage	26	26	26
III. Gewinnrücklage	363	373	373
IV. Bilanzverlust	- 7	- 10	0
B. Rückstellungen	42	49	46
C. Verbindlichkeiten	2	16	23
D. Rechnungsabgrenzungsposten	15	17	16
Bilanzsumme	541	571	584

Gewinn- und Verlustrechnung

	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Umsatzerlöse	333	310	337
Sonstige betriebliche Erträge	80	101	120
Personalaufwand	132	131	133
Abschreibungen	6	4	5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	382	386	407
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit/ Jahresfehlbetrag	- 107	- 110	- 88
Entnahme aus der Kapitalrücklage	100	100	88
Bilanzverlust/-gewinn	- 7	- 10	0

Kennzahlen

	Angaben in	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote:	%	89,1	85,5	85,3
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	- 137	- 112	- 43
cash-flow aus der Investitionstätigkeit	T€	- 3	- 7	- 2

6. Beschäftigte

Neben dem hauptamtlichen Geschäftsführer beschäftigt die Gesellschaft durchschnittlich wie im Vorjahr eine Arbeitnehmerin.

Die Gesellschaft zahlte im Berichtsjahr 2015 insgesamt 131.532,43 T€ an Personalaufwendungen. Davon 105.252,10 T€ an Löhne und Gehälter sowie 26.280,33 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Gesellschafter Stadt Bergisch Gladbach und Rheinisch-Bergischer Kreis haben sich gem. Gesellschaftsvertrag bereiterklärt, etwaige Betriebsverluste der Gesellschaft bis zu einer Obergrenze von 100.000 € pro Jahr auszugleichen.

Der Verlust wird zu einem Anteil von jeweils 50 % durch die beiden v.g. Gesellschafter übernommen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis hat von dem Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2015 (rd.107 T€) einen Verlustanteil in Höhe von 50.000,00 € durch neue Einzahlung in die Kapitalrücklage übernommen.

Die KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH ist gem. Gesellschaftsvertrag nicht zur anteiligen Verlustübernahme verpflichtet. Aus dem vielseitigen Aufgabenspektrum des Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrums als Existenzgründungsdienstleister technologieorientierter Gründungen ergibt sich jedoch ein hoher Werbeeffect auch für die Geschäftsinteressen der Kreissparkasse Köln in diesem Bereich, der entsprechend von der Kreissparkasse Köln an das TechnologieZentrum vergütet wird.

Gem. Gesellschaftsvertrag nimmt die Industrie- und Handelskammer zu Köln mit ihren Geschäftsanteilen am Gewinn/Verlust der Gesellschaft nicht teil.

8. Bewertung

Seit einundzwanzig Jahren hat sich das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum in Bergisch Gladbach als Keimzelle für technologieorientierte Existenzgründer und Jungunternehmer etabliert. Tätigkeitsschwerpunkt ist die qualifizierte und kostenlose Begleitung bei technologieorientierten Unternehmensgründungen als Maßnahmenpaket der kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderung.

Die Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum GmbH leistet einen Beitrag zur Gründungsförderung sowie zur Weiternutzung eines ausgewiesenen Technologiestandorts.

Der Imageeffekt für die Region und den Standort Rhein-Berg ist hoch. Die Existenz eines Zentrums kann Standort- und Arbeitsplatzentscheidungen von Unternehmen in technologieorientierten Bereichen positiv beeinflussen.

Im Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrum liegt der Schwerpunkt gemäß Gesellschafterauftrag auf Qualität statt Quantität der Gründungen. Die geringe Insolvenzquote im TechnologieZentrum (7,9 % über 21 Jahre) ist ein Ergebnis der kontinuierlichen und qualitätsorientierten Gründerauswahl.

Um die Ansiedlung von technologieorientierten Gründungsvorhaben sicherzustellen und zu intensivieren, wurden auch in 2015 speziell für technologieorientierte Unternehmen zugeschnittene Workshops und Seminare im Rahmen des ManagementsForums in Zusammenarbeit mit der Kreissparkasse Köln, dem TechnologieZentrum St@rt HÜRTH, den Gründer- und Technologiezentren Gummersbach, Rheinbach sowie dem BusinessCampus Rhein-Sieg in Sankt Augustin und Start Media in Hürth konzipiert und durchgeführt. Die Aktivitäten sollen auch im Jahr 2016 fortgeführt und durch TZ-interne Impulsvorträge zu jeweils aktuellen Themen ergänzt werden.

Im Rahmen der Fortbildungsveranstaltungen „ManagementForum 2015“ wurden rd. 600 Teilnehmer erreicht, zwei Veranstaltungen fanden im TechnologieZentrum statt.

Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH
Friedrich-Ebert-Straße 75
51429 Bergisch Gladbach

Telefon: 02204 / 97630
Telefax: 02204 / 976399

Internet: www.rbw.de
E-Mail: info@rbw.de

2. Öffentlicher Zweck

Am 19.12.1991 traf der Kreistag seine Grundsatzentscheidung zur Auflösung des bisherigen Referats für Wirtschaftsförderung bei gleichzeitiger Gründung der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (RBW). Die Konzeption einer privatrechtlich organisierten Wirtschaftsförderung, die dieser Entscheidung nach mehrjähriger Diskussion in den Kreisgremien zugrunde lag, geht vom Modell des „strategischen Dreiecks“ für die zukünftige Kreiswirtschaftsförderung aus. Die Basis in diesem Verbund bilden die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie der Rheinisch-Bergische Kreis mit ihren Aufgaben zur lokalen bzw. regionalen Wirtschaftsförderung. Im Sinne des public-private-partnership sind die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und Kreditgenossenschaften mit Sitz im Kreisgebiet integriert.

Die Gesellschaft ist im Registergericht des Amtsgerichtes Köln unter der Nr. HRB 46525 eingetragen. Unternehmensgegenstand ist die Förderung der Wirtschaft auf dem Gebiet des Rheinisch-Bergischen Kreises. Die Gesellschaft wird ergänzend zum eigenständigen örtlichen Angebot wirtschaftsfördernder Leistungen der kreisangehörigen Kommunen nach Abstimmung und in Kooperation mit den Gesellschaftern tätig. Zweck der Gesellschaft ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreisgebietes durch Förderung der Wirtschaft. Im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse sollen die Tätigkeiten der Gesellschaft vorhandene Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Die Tätigkeiten dürfen nicht über den für die Zweckverwirklichung sachlich gebotenen Umfang hinausgehen, insbesondere dürfen sie nicht den Umfang einer laufenden Unternehmensberatung annehmen.

Zu den Aufgaben und Tätigkeiten der Gesellschaft im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse gehören insbesondere:

- Förderung und Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Rheinisch-Bergischer Kreis,
- Pflege, Sicherung und Entwicklung des Unternehmensbestandes im Kreisgebiet,
- Entwicklung und Förderung von Kompetenzfeldern im Kreisgebiet,
- Unterstützung bei der Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Kreisgebiet,
- Fachkräftesicherung und –marketing für das Kreisgebiet.

Zur Erzielung dieser Geschäftszwecke kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen, Gesellschaften und Institutionen unmittelbar oder mittelbar beteiligen und/oder deren Geschäftsführung übernehmen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 74.300 €
Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Rheinisch-Bergischer Kreis	37.900	51,0
Stadt Bergisch Gladbach	7.020	9,45
Stadt Burscheid	1.040	1,4
Stadt Leichlingen	1.820	2,45
Stadt Wermelskirchen	2.600	3,5
Gemeinde Kürten	1.040	1,4
Gemeinde Odenthal	1.040	1,4
Stadt Overath	1.820	2,45
Stadt Rösrath	1.820	2,45
Öffentlich-rechtliche Sparkassen im Rheinisch-Bergischen Kreis		
KSK Kapitalbeteiligung Holding GmbH der Kreissparkasse Köln	7.800	10,5
Stadtsparkasse Wermelskirchen	1.300	1,75
Volks- und Raiffeisenbanken im Rheinisch-Bergischen Kreis (in Gesellschaft bürgerlichen Rechts)		
Bensberger Bank eG Paffrather Raiffeisenbank eG Raiffeisenbank Kürten-Odenthal eG Raiffeisenbank Overath-Rösrath eG	9.100	12,25

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Geschäftsführung wird von der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen.
Die Geschäftsführung führt die Geschäfte der Gesellschaft eigenverantwortlich nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen und des Gesellschaftsvertrages.
Geschäftsführer ist Herr Herr Volker Suermann.

Er ist einzelvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

4.2 Gesellschafterversammlung

In die Gesellschafterversammlung entsenden:

- | | |
|---|--------------------|
| - der Rheinisch-Bergische Kreis | 9 Vertreter (9) |
| - die beteiligten kreisangehörigen Kommunen | je 1 Vertreter (8) |
| - die KSK-Kapitalbeteiligung Holding GmbH sowie
die Stadtparkasse Wermelskirchen | je 1 Vertreter (2) |
| - die GbR der Volks- und Raiffeisenbanken
im Rheinisch-Bergischen Kreis | 2 Vertreter (2) |

Die Gesellschafterversammlung ist jährlich spätestens 6 Monate nach Schluss des Geschäftsjahres - als ordentliche Gesellschafterversammlung - einzuberufen. Je 10 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Die dem einzelnen Gesellschafter zustehenden Stimmen können nur einheitlich abgegeben werden, ansonsten sind sie ungültig.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten ist. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit der Gesellschaftsvertrag oder das Gesetz nicht eine größere Mehrheit vorschreiben.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

Ordentliches Mitglied

Dr. Werdel, Erik
Büscher Wolfgang
Feller, Jörg
Höhne, Bert
Pakendorf, Uwe
Seydholdt, Claudia
von der Ohe, Alexandra
Weiß, Friedhelm
Winkels, Robert

Stellvertreter

Becker, Klaus-Dieter
Sonnenberg, Hendrik
Cleve, Maximilian
Witte, Gerd
Zorn, Gerhard
Schneider, Rainer
Rickes, Roland
Clemen, Christiane

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft erzielte in 2015 bei Betriebserträgen von 54 T€ und Betriebsaufwendungen von 644 T€ ein Betriebsergebnis von – 590 T€. Nach Verrechnung des Finanzergebnisses von 9 T€ ergab sich ein Jahresfehlbetrag von 581 T€.

Insbesondere durch das Auslaufen des „Sonderprogramm Bildungsscheck NRW Fachkräfte“ stellten sich die Betriebserträge durch reduzierte Zuschüsse in 2015 um rd. 25 T€ gegenüber dem Vorjahr vermindert dar. Dies führte dazu, dass der Jahresfehlbetrag in 2015 etwas höher ausfiel als im Vorjahr.

Der Jahresfehlbetrag wurde durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage vollständig ausgeglichen.

Die gewährten Gesellschafterbeiträge lagen in 2015 mit 592 T€ über dem Jahresfehlbetrag von 581 T€, sodass der Kapitalrücklage dadurch per Saldo 11 T€ zugeführt wurden.

Den sonstigen Ausleihungen aus dem Public-Leasing in Höhe von rd. 608 T€ standen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in etwa gleicher Höhe gegenüber. Unter

den sonstigen Vermögensgegenständen wurden zudem Forderungen gegen Leasingnehmer aus gestundeten bzw. rückständigen Leasingraten in Höhe von rd. 168 T€ ausgewiesen.

Zum 31.12.2015 bestand weiterhin eine Forderung gegen das Land NRW auf Zuwendung im Zusammenhang mit der Durchführung des Projektes „Breitbandversorgung“ von 1.034 T€.

Die Guthaben bei Kreditinstituten betrugen zum 31.12.2015 rd. 1.945 T€. Verbindlichkeiten konnten stets innerhalb der Zahlungsziele beglichen werden.

Die Kapitalrücklagen betrugen zum Jahresende rd. 2.906 T€.

Bilanz

Aktiva	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	29	14	19
II. Sachanlagen	30	40	18
III. Finanzanlagen	608	740	866
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.221	1.216	174
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	1.945	1.802	3.162
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	3.833	3.812	4.239

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	74	74	74
II. Kapitalrücklage	2.906	2.895	3.223
B. Rückstellungen	108	109	83
C. Verbindlichkeiten	745	734	859
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	3.833	3.812	4.239

Gewinn- und Verlustrechnung

	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Umsatzerlöse	44	43	40
sonstige betriebliche Erträge	11	36	13
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	379	386	379
Abschreibungen	16	13	13
sonstige betriebliche Aufwendungen	250	261	230
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	28	34	38
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20	23	28
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 581	- 569	- 557
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresfehlbetrag	- 581	- 569	- 557
Entnahme aus der Kapitalrücklage	581	569	557
Bilanzgewinn/- verlust	0	0	0

Kennzahlen

	Angaben in	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote:	%	77,74	77,91	77,79
Betriebsergebnis:	T€	- 590	- 580,6	- 569,9
cash-flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit:	T€	- 296	- 1.442,7	- 226,0

6. Beschäftigte

Die Gesellschaft zahlte im Berichtsjahr 2015 insgesamt 379.173,84 T€ an Personalaufwendungen. Davon 309.491,30 T€ an Löhne und Gehälter sowie 69.682,54 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2015 durchschnittlich 5 Arbeitnehmer beschäftigt.

Personal	2015	2014	2013
Angestellte	5	7	7

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 37.900 € hat sich der Rheinisch-Bergische Kreis verpflichtet, zur Deckung etwaiger Verluste der Gesellschaft einen jährlichen Gesellschafterbeitrag in Höhe von 600.000 € an die RBW zu leisten. Vereinbarungsgemäß wurde dieser Gesellschafterbeitrag ab dem Geschäftsjahr 2014 auf 592.000 € reduziert, da die bisherige Zahlung der RBW an den Naturarena Bergisches Land e.V. in Form eines Mitgliederbeitrages in gleicher Höhe ab 2014 entfallen ist.

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist berechtigt, den Gesellschafterbeitrag angemessen herabzusetzen, wenn der Beitrag andernfalls im Verhältnis zur Ertragslage der Gesellschaft unangemessen hoch wäre. Der Beitrag des Rheinisch-Bergischen Kreises wird gegen etwaige Verluste der Gesellschaft gebucht; soweit er diesen Betrag übersteigt, erfolgt eine Verbuchung auf gesondertem Rücklagenkonto zugunsten des Rheinisch-Bergischen Kreises. Zur Abdeckung des Jahresfehlbetrages 2014 der RBW, wurde der Gesellschafterbeitrag durch den Rheinisch-Bergischen Kreis in voller Höhe (592.000 €) an die Gesellschaft ausgezahlt.

Darüber hinaus stellte der Rheinisch-Bergische Kreis im Einvernehmen mit den Städten und Gemeinden der RBW ursprünglich 4,35 Mio. € als Sondervermögen zur Verfügung. Hiervon wurden zwischenzeitlich 1 Mio. € an den Rheinisch-Bergischen Kreis zurücküberwiesen. Das Sondervermögen wird zur gezielten Förderung des Unternehmensgegenstandes eingesetzt. Insbesondere dient es der Unterstützung bei der Entwicklung und Erschließung von Gewerbeflächen und deren Vermarktung sowie für besondere Einzelprojekte. Da das Sondervermögen langfristig zu erhalten ist, wird an die Mittelverwendung grundsätzlich eine Rückzahlungsverpflichtung gekoppelt. Die Einzelheiten der Verwendung sind in einer gesonderten Vergaberichtlinie geregelt, welche die Gesellschafterversammlung beschließt.

Die Verwaltung des Sondervermögens erfolgt seit Oktober 2006 bei der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

8. Bewertung

Auch im Geschäftsjahr 2015 stellte sich die Gesellschaft in allen Bereichen als steuerungsfähige Wirtschaftsförderungsgesellschaft dar. Die operativen Tätigkeitsfelder Existenzgründung, Unternehmenssicherung und –nachfolge, Fördermittel, Behördenscout, Technologietransfer, Gewerbeflächenservice, Fachkräftesicherung und –marketing sowie Standortmarketing und Öffentlichkeitsarbeit zeigten im Geschäftsjahr 2015 einen planmäßigen Geschäftsverlauf. Der Zweck der Gesellschaft, die soziale und wirtschaftliche Struktur des Rheinisch-Bergischen Kreises durch die Förderung der Wirtschaft zu verbessern, wurde erreicht.

Seit der Umstrukturierung der Gesellschaft im Jahr 2005 wurde ein kontinuierlicher Prozess zur Verbesserung der Arbeit der Gesellschaft eingeleitet. Dieser Prozess setzte sich im Jahr 2015 fort. Die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft entwickelte ein speziell auf die Gesellschaft abgestimmtes Controlling, das erstmals in 2006 durchgeführt wurde. Im Geschäftsjahr 2015 wurde dieses Controlling fortgeschrieben. Insgesamt zeigte sich die Kontinuität des Geschäftsverlaufs in den einzelnen Tätigkeitsfeldern der RBW. Mit der Umsetzung des Controllings leistet die Gesellschaft weiterhin einen Beitrag zur Transparenz der Tätigkeit sowohl für die Gesellschafter als auch für die Kunden.

Das Qualitätsmanagementsystem der RBW ist nach DIN ISO 9001:2008 durch den TÜV Rheinland zertifiziert. Im November 2015 wurde das Qualitätsmanagementsystem erneut durch den TÜV Rheinland im Rahmen eines Audits geprüft. Das Audit ist erforderlich, um weiterhin nach DIN ISO 9001:2008 zertifiziert zu bleiben. Die Tätigkeitsfelder und die damit verbundenen Prozesse wurden stichprobenweise geprüft. Als besonders positive Weiterentwicklungen wurden die Neustrukturierungen des Qualitätsmanagementhandbuchs und die Einbindung der Prozessverantwortlichen hervorgehoben. Nach der erfolgreichen Prüfung ist damit die RBW weiterhin mit einem jeweils aktuell angepassten und für die Zukunft sicheren Qualitätsmanagementsystem ausgestattet.

Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln
Konrad-Adenauer-Straße 13
50996 Köln

Telefon: 0221 / 937663
Telefax: 0221 / 9376650

Internet: www.rheinstud.de
E-Mail: Abt.Koeln@Rheinstud.de

2. Öffentlicher Zweck

Das Studieninstitut vermittelt den Dienstkräften der Gesellschafter sowie ihrer kreisangehörigen Städte und Gemeinden, einschließlich deren Eigenbetriebe, durch planmäßigen Unterricht eine gründliche Berufsausbildung, nimmt die vorgeschriebenen Prüfungen ab und sorgt für die berufliche Fortbildung. Es kann darüber hinaus weitere Aufgaben übernehmen.

Das Studieninstitut übernimmt auch die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung der Dienstkräfte gemeindlicher Zweckverbände sowie solcher Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, deren Leiterin oder Leiter Beamtin oder Beamter einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbands ist.

Das Studieninstitut hat ferner die Aufgabe, die Anstellungskörperschaften bei der Auslese der Bewerberinnen und Bewerber nach dem geltenden Beamten- sowie Arbeits- und Tarifrecht zu beraten und zu unterstützen. Insbesondere hat es die vorgeschriebenen Auswahlverfahren durchzuführen.

Das Studieninstitut kann auch Dienstkräfte anderer Verwaltungen, Körperschaften und Einrichtungen, die öffentlichen Zwecken dienen, auswählen, ausbilden, prüfen und fortbilden.

3. Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder der Gesellschaft und damit Träger des Instituts sind:

Stadt Köln,
Stadt Bonn,
Landschaftsverband Rheinland,
Rhein-Erft-Kreis,
Kreis Euskirchen,
Oberbergischer Kreis,
Rhein-Sieg Kreis,
Rheinisch-Bergischer Kreis

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) den Institutsvorsteher,
- b) den Institutsausschuss,
- c) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Institutsvorsteher

Der Institutsvorsteher ist Vorsitzender der Gesellschafterversammlung, Leiter des Instituts und Geschäftsführer im Sinne der §§ 710 ff BGB.

Institutsvorsteher war im Geschäftsjahr 2015 Herr Wolfgang Fuchs, Stadtdirektor der Bundesstadt Bonn.

Im Rahmen der Geschäftsführung wird der Institutsvorsteher durch die Studienleiterin Frau Patricia Florack vertreten.

4.2 Institutsausschuss

Zur Unterstützung und Beratung des Institutsvorstehers wird unter seinem Vorsitz ein Institutsausschuss gebildet. Kraft ihres Amtes sind neben dem Institutsvorsteher Mitglieder des Institutsausschusses:

- die Vertreter der einzelnen Gesellschafter
- die Studienleiterin des Institutes

Für 5 Jahre, jedoch längstens für die Dauer ihres Amtes bzw. Mandates, werden von der Gesellschafterversammlung als Mitglieder berufen:

- jeweils bis zu zwei von den Räten der kreisfreien Städte bzw. der Kreistage der Landkreise und vom Landschaftsausschuss des Landschaftsverbandes Rheinland zu benennende Vertreter und deren Stellvertreter,
- je ein Vertreter der Dienstkräfte des mittleren und gehobenen Verwaltungsdienstes aus jeder Abteilung, die von den Personalräten der einzelnen Gemeinden und Gemeindeverbände vorzuschlagen sind.

Studienleiterin ist Frau Patricia Florack. Die stellvertretende Studienleitung liegt bei Herrn Heinrich Johann.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird im Institutsausschuss durch folgende Kreistagsabgeordnete vertreten:

Ordentliches Mitglied

Dünner, Johannes
Hilden, Stefanie

Stellvertreter

Büscher, Wolfgang
Dr. Wey, Klaus-Georg

4.3 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung beschließt über die Angelegenheiten des Instituts. Aufgaben, die der Gesellschafterversammlung vorbehalten sind, ergeben sich aus § 10 des Gesellschaftsvertrages.

Vorsitzender der Gesellschafterversammlung bzw. sein Stellvertreter ist jeweils für ein Jahr der/die Oberbürgermeister/-in der Städte Bonn und Köln, die Landräte des Rhein-Erft-Kreises, des Rhein-Sieg Kreises, des Oberbergischen Kreises, des Rheinisch-Bergischen Kreises, des Kreises Euskirchen und die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschafter wenigstens die Hälfte der vertraglichen Stimmenzahl erreichen. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden, soweit nichts anderes bestimmt ist, mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch Frau Dezernentin Aggi Thieme vertreten.

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2015 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 50.225,97 € (Vorjahr – 233.095,81) ab.

Die Umsatzerlöse betrugen im Berichtszeitraum insgesamt 2.668 T€ und lagen somit um 4,6 % über dem Vorjahreswert.

Einsparungen konnten insbesondere bei den Materialaufwendungen erzielt werden. Diese reduzierten sich insgesamt um rd. 161 T€. So konnten die Tagungskosten im Vorjahresvergleich um rd. 34 T€ verringert werden. Desweiteren fielen insgesamt die Aufwendungen für bezogene Leistungen wie die Honorarkosten für z.B. Prüfungstätigkeiten, Eignungstests und Fortbildungen um rd. 126 T€ geringer aus.

Bilanz

Aktiva	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€	31.12.2013
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	60	73	88
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	329	290	81
II. Kassenbestand, Bankguthaben	1.184	1.313	1.681
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	1.573	1.676	1.850

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Anfangskapital	576	809	1.023
II. Jahresfehlbetrag, -überschuss	50	- 233	- 214
B. Rückstellungen	888	761	853
C. Verbindlichkeiten	59	339	188
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	1.573	1.676	1.850

Gewinn- und Verlustrechnung

	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Umsatzerlöse	2.668	2.552	2.660
sonstige betriebliche Erträge	14	6	25
Materialaufwand	1.378	1.539	1.662
Personalaufwand	427	406	328
Abschreibungen	27	30	65
sonstige betriebliche Aufwendungen	800	822	860
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	7	16
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	50	- 233	- 214
Steuern	0	0	0
Jahresfehlbetrag	50	- 233	- 214

Kennzahlen

	Angaben in	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote:	%	39,8	34,3	43,7
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	- 77.127,34	- 391.573,84	- 108.314,82

6. Beschäftigte

Zum Bilanzstichtag waren im Geschäftsjahr 2015 insgesamt 11 Mitarbeiter beschäftigt.

Personal	2015	2014	2013
Summe	11	11	18

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Soweit die zur Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft erforderlichen Mittel nicht durch die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren abgedeckt werden können, werden von den Gesellschaftern Umlagen erhoben. Der Verrechnungsschlüssel wird zum einen von der Gesellschafterversammlung festgesetzt und richtet sich nach der Zahl der von den einzelnen Gebietskörperschaften angemeldeten Lehrgangsteilnehmer. Auf dieser Basis werden ca. 50 % der tatsächlich entstehenden Kosten gedeckt.

Weitere 50 % der Kosten werden im Rahmen eines Umlagesystems von den Gesellschaftern getragen. Hierbei wird als Verteilungskriterium die Einwohnerzahl herangezogen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis hat im Geschäftsjahr 2015 eine Umlage in Höhe von insgesamt 80.979,00 € gezahlt.

RWE AG, Essen**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

RWE Aktiengesellschaft
Opernplatz 1
45128 Essen

Telefon: 0201 / 1200
Telefax: 0201 / 1215199

Internet: www.rwe.com
E-Mail: contact@rwe.com

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft mit Sitz in Essen ist die Leitung einer Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

- Erzeugung und Beschaffung von Energie, einschließlich erneuerbarer Energien,
- Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen,
- Versorgung und Handel mit Energie,
- Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie,
- Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser,
- Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten, einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstände sich ganz oder teilweise auf die vorgenannten Geschäftsfelder erstrecken. Sie kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter ihrer einheitlichen Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern oder verbundenen Unternehmen überlassen.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Grundkapital der RWE AG beträgt 1.573.748.477,44 €.

Es ist eingeteilt in 575.745.499 Stück Stammaktien und 39.000.000 Stück Vorzugsaktien ohne Stimmrecht.

3.1 Aktien im Kämmeivermögen

Der Rheinisch-Bergische Kreis hält insgesamt 70.860 Stammaktien der RWE AG im Kämmeivermögen.

Für das Geschäftsjahr 2015 erfolgte von der RWE AG keine Ausschüttung auf RWE-Stammaktien.

Hintergrund sind die zuletzt drastisch verschlechterten Ertragsperspektiven in der konventionellen Stromerzeugung und aktuelle politische Risiken.

3.2 Aktien im Vermögen der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG

Das Verkehrsunternehmen des Rheinisch-Bergischen Kreises, die Kraftverkehr Wupper-Sieg AG, hat durch die RW-Holding AG im Geschäftsjahr 2002 insgesamt 671.385 RWE AG Stammaktien erworben. Der Rheinisch-Bergische Kreis übt gem. eines zwischen der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG und dem Rheinisch-Bergischen

Kreis abgeschlossenen Legitimationsvertrages die Verwaltungsrechte aus den Aktien in eigenem Namen, aber für Rechnung der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG aus.
Für das Geschäftsjahr 2015 erfolgte von der RWE AG keine Ausschüttung auf RWE-Stammaktien.

Hintergrund sind die zuletzt drastisch verschlechterten Ertragsperspektiven in der konventionellen Stromerzeugung und aktuelle politische Risiken.

4. Organisationsstruktur

Die RWE AG hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Hauptversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Personen. Im Übrigen wird die Zahl seiner Mitglieder durch den Aufsichtsrat festgelegt. Die Gesellschaft wird durch zwei Mitglieder des Vorstands oder durch ein Mitglied des Vorstands zusammen mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.

Vorstandsmitglieder im Geschäftsjahr 2015 waren die Herren:

Peter Terium	Vorstandsvorsitzender
Dr. Rolf Martin Schmitz	stellv. Vorstandsvorsitzender und Vorstand Operative Steuerung
Dr. Bernhard Günther	Finanzvorstand
Uwe Tigges	Personalvorstand und Arbeitsdirektor

4.2 Aufsichtsrat und Wirtschaftsbeirat

Der Aufsichtsrat besteht aus zwanzig Mitgliedern, von denen zehn von der Hauptversammlung nach den Bestimmungen des Aktiengesetzes und zehn von den Arbeitnehmern nach den Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes vom 04.05.1976 gewählt werden. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder, aus denen er insgesamt zu bestehen hat, an der Beschlussfassung teilnimmt. Beschlüsse des Aufsichtsrats bedürfen der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nicht gesetzlich zwingend etwas anderes bestimmt ist.

Der Vorstand kann einen Wirtschaftsbeirat für die Gesellschaft bilden und für ihn eine Geschäftsordnung erlassen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Aufsichtsrat und Wirtschaftsbeirat der Gesellschaft nicht vertreten.

Mitglieder im Aufsichtsrat waren im Geschäftsjahr 2015:

Dr. Manfred Schneider	Vorsitzender
Frank Bsirske	stellv. Vorsitzender
Reiner Böhle	
Dr. Werner Brand	
Dieter Faust	
Roger Graef	
Arno Hahn	
Manfred Holz	

Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Hans-Peter Keitel
Frithjof Kühn
Hans Peter Lafos
Christine Merkamp
Dagmar Mühlenfeld
Dagmar Schmeer
Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Dr. h. c. Ekkehard D. Schulz
Dr. Wolfgang Schüssel
Ullrich Sierau
Ralf Sikorski
Dr. Dieter Zetsche
Leonhard Zubrowski

4.3 Hauptversammlung

Die Hauptversammlung wird, soweit nicht nach Gesetz oder Satzung auch andere Personen dazu befugt sind, vom Vorstand einberufen. Die Einberufung muss mindestens sechsdreißig Tage vor dem Tag der Versammlung bekanntgemacht werden. Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen oder das Stimmrecht ausüben wollen, müssen sich vor der Versammlung anmelden. Die Anmeldung bedarf der Textform und muss in deutscher oder englischer Sprache erfolgen. Die Aktionäre müssen außerdem die Berechtigung zur Teilnahme an der Hauptversammlung oder zur Ausübung des Stimmrechts nachweisen. Dazu bedarf es eines in Textform erstellten Nachweises des Anteilsbesitzes durch das depotführende Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut. Der Nachweis muss in deutscher oder englischer Sprache erfolgen. Jede Stammaktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Soweit den Vorzugsaktionären nach dem Gesetz ein Stimmrecht zusteht, gewährt jede Vorzugsaktie eine Stimme. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit nicht die Satzung oder zwingende gesetzliche Vorschriften etwas Abweichendes bestimmen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit außerdem eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Hauptversammlung durch den Kreistagsabgeordneten Herrn Robert Winkels vertreten. Sein Stellvertreter ist Herr Kreistagsabgeordneter Ulrich Heimann.

5. Wirtschaftliche Daten

Der RWE-Konzern erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr 2015 einen Außenumsatz von 48.599 Mio. € (inkl. Erdgas- und Stromsteuer), der somit zum Vorjahreswert nahezu unverändert war. Die Stromerlöse erhöhten sich um 1 % auf 33.840 Mio. € und die Gaserlöse um 2 % auf 12.118 Mio. €. Hauptgrund dafür war die positive Absatzentwicklung. Allerdings haben einige der Vertriebsgesellschaften die Preise gesenkt und dadurch an Umsatz eingebüßt. Ebenso war die Erlösentwicklung auch durch Effekte aus der Währungsumrechnung beeinflusst.

Im zurückliegenden Geschäftsjahr erwirtschaftete die Gesellschaft ein Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) von 7.017 Mio. €. Ausschlaggebend hierfür waren im Wesentlichen Sondereffekte. Ein solcher Effekt ergab sich u.a. dadurch, dass der bislang at-Equity-bilanzierte slowakische Energieversorger VSE seit Ende August 2015 vollkonsolidiert wurde. Dem ist eine Neubewertung der Beteiligung vorausgegangen, bei der stille Reserven in Höhe von 185 Mio. € aufgedeckt wurden. Gegenüber 2014 hat sich das EBITDA um 2 % und das betriebliche Ergebnis um 4 % verringert. Dabei machte sich der preisbedingte Margenrückgang in der konventionellen Stromerzeugung bemerkbar. Stark verbessert hat sich die Ertragslage auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien. Im Vertriebsgeschäft, das europaweit 824

Mio. € (Vorjahr 912 Mio. €) zum betrieblichen Ergebnis beisteuerte, kam der Gesellschaft zugute, dass sich negative Witterungseinflüsse abschwächten. Allerdings mussten hohe Belastungen durch operative und technische Probleme bei RWE npower verkraftet werden.

Die Investitionen verringerten sich um 137 Mio. € auf 3.303 Mio. €. Für Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte wurden 2.898 Mio. € eingesetzt, 347 Mio. € weniger als im Vorjahr 2014.

Die Gesellschaft schüttete für das Geschäftsjahr 2015 insgesamt eine Dividende von 5 Mio. € aus. Die Zahlung einer Dividende auf Stammaktien wurde ausgesetzt. Bei den Vorzugsaktien betrug die Ausschüttung dem satzungsgemäßen Vorzugsgewinnanteil von 0,13 € je Aktie.

Hintergrund sind die zuletzt drastisch verschlechterten Ertragsperspektiven in der konventionellen Stromerzeugung und aktuelle politische Risiken.

Bilanz

Aktiva	31.12.2015 Mio. €	31.12.2014 Mio. €	31.12.2013 Mio. €
Langfristiges Vermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände	13.215	12.797	13.409
Sachanlagen	29.357	31.059	34.217
Investment Property	72	83	96
At-Equity-bilanzierte Beteiligungen	2.952	3.198	3.253
Übrige Finanzanlagen	885	958	917
Finanzforderungen	501	592	506
Sonstige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	1.810	1.374	1.072
Ertragsteueransprüche	195	327	171
Latente Steuern	2.466	3.836	3.264
	<u>51.453</u>	<u>54.224</u>	<u>56.905</u>
Kurzfristiges Vermögen			
Vorräte	1.959	2.232	2.387
Finanzforderungen	1.074	1.843	988
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.601	6.512	7.964
Sonstige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	9.088	8.182	6.162
Ertragsteueransprüche	159	202	212
Wertpapiere	7.437	4.410	2.813
Flüssige Mittel	2.522	3.171	3.950
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	41	5.540	0
	<u>27.881</u>	<u>32.092</u>	<u>24.476</u>
Bilanzsumme	79.334	86.316	81.381

Passiva			
Eigenkapital			
Anteile der Aktionäre der RWE AG	5.847	7.388	7.738
Anteile der Hybridkapitalgeber der RWE AG	950	2.705	2.701
Anteile anderer Gesellschafter	2.097	1.679	1.698
Langfristige Schulden			
Rückstellungen	24.623	27.540	27.351
Finanzverbindlichkeiten	16.718	15.224	16.539
Übrige Verbindlichkeiten	2.741	2.695	2.234
Latente Steuern	1.233	865	1.259
	<u>45.315</u>	<u>46.324</u>	<u>47.383</u>
Kurzfristige Schulden			
Rückstellungen	5.186	5.504	6.389
Finanzverbindlichkeiten	2.362	3.342	2.149
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.122	6.309	6.440
Ertragsteuerverbindlichkeiten	50	69	232
Übrige Verbindlichkeiten	11.386	10.361	6.651
Zur Veräußerung bestimmte Schulden	19	2.635	0
	<u>25.125</u>	<u>28.220</u>	<u>21.861</u>
Bilanzsumme	79.334	86.316	81.381

Gewinn- und Verlustrechnung

	2015 Mio. €	2014 Mio. €	2013 Mio. €
Umsatzerlöse (inkl. Erdgas-/Stromsteuer)	48.599	48.468	52.425
Erdgas-/Stromsteuer	2.242	2.319	2.676
Umsatzerlöse	46.357	46.149	49.749
Sonstige betriebliche Erträge	2.420	2.335	2.238
Materialaufwand	34.376	33.687	35.523
Personalaufwand	4.803	4.850	5.124
Abschreibungen	5.522	3.115	7.276
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.608	3.282	4.381
Ergebnis aus at-Equity-bilanzierten Beteiligungen	238	364	326
Übriges Beteiligungsergebnis	246	180	- 120
Finanzerträge	1.865	917	827
Finanzaufwendungen	3.454	2.765	2.732
Ergebnis vor Steuern	- 637	2.246	- 2.016
Ertragsteuern	603	553	739
Ergebnis fortgeführter Aktivitäten	- 1.240	1.693	- 2.755
Ergebnis nicht fortgeführter Aktivitäten	1.524	364	312
Ergebnis	284	2.057	- 2.443
Davon: Ergebnisanteile anderer Gesellschafter	356	245	210
Davon: Ergebnisanteile der Hybridkapitalgeber der .RWE AG	98	108	104
Davon: Nettoergebnis/Ergebnisanteile der Aktionäre der RWE AG	- 170	1.704	- 2.757
Ergebnis je Aktie in €	- 0,28	2,77	- 4,49

Kennzahlen

	Angaben in	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote:	%	11,2	13,6	14,9
Cash-Flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	Mio. €	3.339	5.556	4.803
Eigenkapitalrentabilität:	%	2,7	17,2	- 17,1
Umsatzrentabilität:	%	0,9	7,2	- 1,8
Außenumsatz:	Mio. €	48.599	48.468	52.425
EBITDA:	Mio. €	7.017	7.131	7.904
Investitionen einschl. Akquisitionen:	Mio. €	3.303	3.440	3.978
Anlagenintensität:	%	53,8	50,9	58,6
Umlaufintensität:	%	35,1	37,2	30,1
Ausschüttung:	Mio. €	5	615	615
Dividende je Stammaktie:	€	0	1,00	1,00
Dividende je Vorzugsaktie:	€	0,13	1,00	1,00

6. Beschäftigte

Mitarbeiter ¹	2015	2014	2013
Summe	59.762	59.784	64896

¹ Zum 31.12., umgerechnet in Vollzeitstellen

Zum 31.12.2015 beschäftigte die RWE AG 59.762 Mitarbeiter und damit etwa so viele wie im Vorjahr. Bei der Ermittlung dieser Zahl wurden Teilzeitstellen anteilig berücksichtigt.

Durch operative Veränderungen haben per saldo 1.859 Mitarbeiter den Konzern verlassen; dabei spielten Rationalisierungsmaßnahmen eine zentrale Rolle, insbesondere im Unternehmensbereich Konventionelle Stromerzeugung. Erst- und Entkonsolidierungen von Gesellschaften hatten dagegen einen positiven Nettoeffekt von 1.837 Stellen. Allein durch die Vollkonsolidierung von VSE wurden 1.559 Mitarbeiter zusätzlich erfasst. Der im März abgeschlossene Verkauf von RWE Dea brachte dagegen keine Veränderungen des Personalbestands, weil die Beschäftigten der Gesellschaft bereits seit Mitte 2014 nicht mehr in den Konzernzahlen berücksichtigt waren. Die Zahl der Mitarbeiter an den deutschen Standorten hat sich gegenüber dem Vorjahresende um 1.241 auf 35.170 verringert, während die Zahl der Mitarbeiter im Ausland um 1.219 auf 24.592 gestiegen ist. Ende 2015 erlernten 2.339 junge Menschen bei der RWE AG einen Beruf. In den Mitarbeiterzahlen sind die Auszubildenden nicht enthalten.

7. Bewertung

Die RWE AG ist eine der fünf größten Strom- und Gasanbieter in Europa. Mit ihrem Know-how bei der Gewinnung von Braunkohle, der Stromerzeugung aus Gas, Kohle, Kernkraft und regenerativen Quellen, dem Energiehandel, der Verteilung und dem Vertrieb von Strom und Gas sowie der Entwicklung und Bereitstellung von innovativen Energiemanagementlösungen ist sie auf allen Stufen der energiewirtschaftlichen Wertschöpfungskette tätig.

Die RWE AG versorgt mehr als 16 Millionen Stromkunden und etwa 7 Millionen Gaskunden zuverlässig und zu fairen Preisen mit Energie.

Die wichtigsten Märkte sind Deutschland, Benelux, Großbritannien sowie Zentralost- und Südosteuropa. Bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ist die Gesellschaft auch außerhalb dieser Regionen aktiv, z.B. in Spanien und Italien.

Die RWE AG richtet ihr Geschäftsmodell an den Herausforderungen des sich ändernden Energiesektors aus. Dabei wurde die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien bereits stark ausgebaut, was auch in Zukunft beibehalten werden soll. Des Weiteren investiert die Gesellschaft in den Erhalt, die Erweiterung und die Modernisierung ihrer Netzinfrastuktur, um auf lange Sicht eine zuverlässige Verteilung von Strom und Gas gewährleisten zu können. Im Vertriebsgeschäft ist sie dank ihrer starken Kundenbasis in der Lage, neue Bedürfnisse von Privathaushalten und Unternehmen frühzeitig zu erkennen und ihnen mit passgenauen Angeboten gerecht zu werden. In der konventionellen Stromerzeugung setzt der Konzern auf eine flexible und effiziente Kraftwerksflotte, die als Partner der erneuerbaren Energien dafür sorgt, dass jederzeit genug Strom zur Verfügung steht. Darüber hinaus werden nach und nach ältere, emissionsintensive Kraftwerke vom Netz genommen - mit der Folge, dass der durchschnittliche Wirkungsgrad der Erzeugungsanlagen steigt und sich der Ausstoß von Kohlendioxid sowohl absolut als auch im Verhältnis zur Stromproduktion verringert.

RW Holding AG**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

RW Holding Aktiengesellschaft
c/o BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Georg-Glock-Straße 8
40474 Düsseldorf

Telefon: 0211 / 1371-0
Telefax: 0211 / 1371-120

E-Mail: info@rwholding.de

2. Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung und Förderung des Gegenstandes der Gesellschaft notwendig oder nützlich erscheinen.

Die Gesellschaft wurde als Aktiengesellschaft mit Vertrag vom 11.12.1992 errichtet und beim Amtsgericht Düsseldorf in das Handelsregister unter der Nummer HRB 29121 eingetragen. Sitz der Gesellschaft ist Düsseldorf.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 74.362.859,52 € und ist eingeteilt in 29.047.992 Stammaktien. Die Aktien sind Stückaktien und lauten auf den Inhaber. Der Rheinisch-Bergische Kreis ist derzeit über sein Verkehrsunternehmen Kraftverkehr Wupper-Sieg GmbH mit 671.385 Stammaktien an der RW Holding AG beteiligt. Die Aktien haben einen rechnerischen Nennwert von 2,56 €/Aktie. Somit beläuft sich die Beteiligung am Grundkapital der Gesellschaft auf 1.718.745,60 €.

Aufgrund von Treuhandverträgen übt der Rheinisch-Bergische Kreis die Verwaltungsrechte (so z.B. Stimmrechte, Rechte auf Teilnahme an der Hauptversammlung) aus den Anteilen aus. Er hält die Aktien im eigenen Namen, aber für Rechnung der Kraftverkehr Wupper-Sieg GmbH.

4. Organisationsstruktur

Die RW Holding AG hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Hauptversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Personen. Die Bestellung von stellvertretenden Mitgliedern des Vorstands ist zulässig. Diese haben in bezug auf die Vertretung der Gesellschaft nach außen dieselben Rechte wie die ordentlichen Mitglieder des Vorstands. Die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich oder durch ein Mitglied des Vorstands zusammen mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.

Der Vorstand setzte sich im Berichtsjahr 2014/2015 wie folgt zusammen:

Ralf Josten, Duisburg,
Direktor Portigon AG

Heinz-Eberhard Holl, Osnabrück
Oberkreisdirektor a.D.

bis 31.12.2014

Frithjof Kühn, St. Augustin
Landrat a.D.

seit 01.01.2015

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern, die von der Hauptversammlung gewählt werden.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder unter der zuletzt bekanntgegebenen Anschrift eingeladen sind und mindestens die Hälfte der Mitglieder, aus denen er insgesamt zu bestehen hat, an der Beschlussfassung teilnimmt. Beschlüsse des Aufsichtsrats werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt.

Dem Aufsichtsrat gehörten im Geschäftsjahr 2014/2015 folgende Personen an:

Dagmar Mühlenfeld, Mülheim/Ruhr
Frithjof Kühn, Siegburg

Vorsitzende
stellv. Vorsitzender
(bis 14.11.2014)
(seit 14.11.2014)

Peter Ottmann, Nettetal
Dr. Wolfgang Kirsch, Münster
Michael Lieber, Altenkirchen
Reinhard Paß, Essen
Bernd Tischler, Bottrop
Peter Scholten, Bad Kreuznach
Wolfgang Schwade, Köln
Volker Behr, Essen
Günther Schartz, Trier-Saarburg

(bis 14.11.2014)

(seit 14.11.2014)
(seit 14.11.2014)

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Aufsichtsrat der RW Holding AG nicht vertreten.

4.3 Hauptversammlung

Die Hauptversammlung wird, soweit nicht nach Gesetz oder Satzung auch andere Personen dazu befugt sind, vom Vorstand oder vom Aufsichtsratsvorsitzenden einberufen. Die ordentliche Hauptversammlung wird innerhalb der ersten sechs Monate eines jeden Geschäftsjahres abgehalten. Außerordentliche Hauptversammlungen können so oft einberufen werden, wie es im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint. Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bei der Gesellschaft, bei einer Wertpapiersammelbank, bei einem deutschen Notar oder bei den sonst in der Einberufung genannten Stellen bis zum Schluss der Hauptversammlung hinterlegen. Die Hinterlegung hat so zeitig zu erfolgen, dass zwischen dem Tage der Hinterlegung und dem Tage der Hauptversammlung vier Werktage freibleiben. Zum Vorsitz in der Hauptversammlung ist der Vorsitzende des Aufsichtsrats berufen. Jede Stammaktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Die Beschlüsse der Hauptversammlung bedürfen der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nicht das Gesetz zwingend etwas anderes vorschreibt. Im Falle der Stimmengleichheit gilt, ausgenommen bei Wahlen, ein Antrag als abgelehnt.

In der Hauptversammlung wird der Rheinisch-Bergische Kreis durch Herrn Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke vertreten.

5. Wirtschaftliche Daten

Die RW Holding AG ist über die RWEB GmbH mittelbar mit 5,08 % an der RWE AG beteiligt.

Neben der RWEB GmbH & Co. KG (32,5 %) und der KEB Holding AG (35,7 %) ist zum Bilanzstichtag 31.08.2015 die RW Holding AG mit 31,8 % an der RWEB GmbH beteiligt. Der Gesellschaftsvertrag der RWEB GmbH (nach Satzungsänderung) begründet zugunsten der RW Holding AG für den Fall des Ausscheidens als Gesellschafter einen Anspruch auf (Rück-)Übertragung sämtlicher von ihr oder ihren Rechtsvorgängern eingebrachten RWE-Aktien im Wege der Sachabfindung. Es handelt sich dabei um 29.252.475 von insgesamt 575.745.499 stimmberechtigten Stammaktien der RWE AG.

Daneben hält die RW Holding AG 8.421 Stammaktien der RWE AG im Eigenbestand. Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft hängt somit von den zukünftig zu erzielenden Dividendenerträgen aus der direkt und indirekt gehaltenen Beteiligung an der RWE AG ab.

Die RWEB GmbH hat im April 2015 die Dividende der RWE AG für das Geschäftsjahr 2014 in Höhe von 1 € je Aktie vereinnahmt. Mit Beschluss vom 22.04.2015 hat die RWEB GmbH die Durchführung einer Vorabausschüttung in Höhe von insgesamt 90.000.000 € beschlossen. Die Auszahlung an die Gesellschafter erfolgte am 27.04.2015. Die im vorangegangenen Geschäftsjahr am 21.08.2014 beschlossene Vorabausschüttung der RWEB GmbH wurde am 02.06.2015 vereinnahmt und erfolgsneutral gegen die bestehende Forderung verbucht.

Die RW Holding AG realisierte im Geschäftsjahr 2014/2015 Beteiligungserträge aus der unmittelbaren Beteiligung an der RWEB GmbH in Höhe von 28.636.646,46 €. Aus den unmittelbar gehaltenen Stammaktien der RWE AG hat die RW Holding AG im April 2015 ferner Dividenden in Höhe von 8.421 € abzüglich Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag vereinnahmt. Aufgrund einer Rückzahlungsverpflichtung gegenüber der RWEB GmbH & Co. KG aus dem bis zum 19.08.2014 bestehenden Beteiligungsverhältnis hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2014/2015 Aufwendungen in Höhe von 117.832,89 € zu tragen.

Bilanz

Aktiva	31.08.2015 T€	31.08.2014 T€	31.08.2013 T€
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	0	0	0
II. Finanzanlagen	859.126	859.336	859.336
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.474	33.511	58.422
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	21.581	725	39.850
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5	4	0
Bilanzsumme	885.186	893.576	957.608

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	74.363	74.363	74.363
II. Kapitalrücklage	733.572	733.572	733.572
III. Gewinnrücklagen	46.901	46.901	46.901
IV. Bilanzgewinn	29.784	28.948	57.998
B. Rückstellungen	552	569	2.186
C. Verbindlichkeiten	14	9.223	42.588
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	885.186	893.576	957.608

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014/2015 T€	2013/2014 T€	2012/2013 T€
Sonstige betriebliche Erträge	63	9	5
Personalaufwand	85	110	52
Sonstige betriebliche Aufwendungen	145	104	335
Erträge aus Beteiligungen	28.527	27.997	57.790
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	314	73	131
Abschreibungen auf Finanzanlagen	209	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	109	117	84
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	28.356	27.748	57.455
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	216	154	810
Jahresüberschuss	28.140	27.594	56.645
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	1.644	1.355	1.353
Bilanzgewinn	29.784	28.949	57.998

6. Beschäftigte

Die RW Holding AG beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

Die Personalaufwendungen enthalten Vergütungen für die beiden Vorstandsmitglieder. Die Besorgung der Geschäfte erfolgt durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO AG, Düsseldorf, gegen Entgelt auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Gewinnausschüttung der RW-Holding AG für das Geschäftsjahr 2014/2015 belief sich auf 651.243,45 € (brutto, d.h. vor Abzug von Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag), die von der Kraftverkehr Wupper-Sieg GmbH in 2015 vereinnahmt wurde. Ebenfalls in 2015 vereinnahmt wurde die Gewinnausschüttung für das Geschäftsjahr 2013/2014. Diese belief sich auf 631.101,90 € (brutto).

Die durch die KWS vereinnahmte Gewinnausschüttung verringerte die vom Rheinisch-Bergischen Kreis an die KWS zu leistenden Verlustausfallzahlungen entsprechend.

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
Rüttenscheider Straße 62
45130 Essen

Telefon: 0201 / 243439

Internet: www.vka-rwe.de

Telefax: 0201 / 222974

E-Mail: info@vka-rwe.de

2. Öffentlicher Zweck

Gemeinden, Städte und Kreise sind im Rahmen ihrer allgemeinen Daseinsvorsorge verpflichtet, ihre Bürger mit Wasser, Strom und anderen Energien zu versorgen sowie Abwässer und Abfälle zu beseitigen. Weil diese Aufgaben häufig die Leistungskraft einer einzelnen Gemeinde übersteigen, schließen sich die Gebietskörperschaften mit Privatunternehmen in der Form des gemischtwirtschaftlichen Unternehmens zusammen. In dieser Organisationsform wurde die RWE 1898 in Essen gegründet. Wegen der Vorteile in diesem Verbund erwarben immer mehr Kommunen RWE-Aktien, so dass die kommunale Seite im Jahre 1920 über die Stimmen- und Kapitalmehrheit in der RWE-Hauptversammlung verfügte. Die schwierige Haushalts- und Finanzlage zwang in den 20iger Jahren einige Kommunen zum Verkauf ihrer RWE-Aktien. Weil Aktienverkäufe an „nichtkommunale Interessenten“ die kommunale Seite geschwächt hätte, schlossen die Städte Essen, Duisburg, Gelsenkirchen, Mülheim und Remscheid sowie die Kreise Essen und Mettmann -vertreten durch die Stadt Essen als Treuhänderin- ab 1927 mit den kommunalen Aktionären des RWE Bindungsverträge, die die Kommunen unter Konventionalstrafe verpflichteten, die RWE-Aktien bei Veräußerung zunächst den übrigen kommunalen Aktionären zu einem Vorzugspreis anzubieten. Um den Zusammenschluss eine feste Rechtsform zu geben, gründeten 11 Städte und Kreise sowie der Provinzialverband Rheinland am 23.11.1929 die "Kommunale Aufnahmegruppe für Aktien GmbH" in Essen. Die Gesellschaft wurde am 11.01.1930 in das Handelsregister beim Amtsgericht Essen eingetragen. Am 09.12.1947 verabschiedete die Gesellschafterversammlung dieser GmbH einen neuen Gesellschaftsvertrag (Verbandssatzung). Als Firmenname wurde festgelegt: "Verband der kommunalen Aktionäre des RWE Gesellschaft mit beschränkter Haftung". Durch den Bindungsvertrag haben sich die kommunalen Aktionäre verpflichtet, ihre Aktien an der RWE-AG vor einer Veräußerung an Dritte zunächst den übrigen kommunalen Anteilseignern anzubieten. Erst wenn sich aus deren Kreis innerhalb von vier Wochen kein Interessent meldet, können die Papiere über den Markt veräußert werden. Die Veräußerung der ursprünglich gebundenen RWE-Stammaktien hat allerdings binnen 12 Monaten nach Freistellungserklärung durch den Verband der kommunalen RWE-Aktionäre zu erfolgen, andernfalls sind diese Aktien wieder gebunden.

Gegenstand des Verbandes ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlichen sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall. Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit

zu vertreten sowie die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und der Entsorgung zu beraten.

Der Verband ist im Handelsregister des Amtsgerichts Essen unter der HRB Nr. 322 eingetragen.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 127.822,97 €. Bei einem Kapitalanteil von 2.147,42 € beträgt der Stimmanteil des Rheinisch-Bergischen Kreises 1,68 %. Dem Verband gehören 85 Mitgliedskörperschaften an.

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) der Verwaltungsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

Außer den Organen werden vier Gebietsausschüsse gebildet.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer. Sie wird gemeinsam durch die beiden Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer werden durch Beschluss der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Die Bestellung erfolgt jeweils auf die Dauer von sechs Jahren.

Geschäftsführer des Verbandes sind Herr Landrat a.D. Roger Graef und Herr Staatssekretär a.D. Ernst Gerlach.

Die Aufgabe der Prokuristen wird durch Herrn Günter Berndmeyer und Frau Judith Roßberg wahrgenommen.

4.2 Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorsitzenden, dem ersten und zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und 10 weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden aus der Mitte der Gesellschafterversammlung für eine Amtszeit von 5 Jahren gewählt.

Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden mit einfacher Mehrheit aller abgegebenen Stimmen gefasst. Jedes Mitglied hat eine Stimme.

Der Verwaltungsrat setzte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014/2015 wie folgt zusammen:

Vorsitzende/r

Dagmar Mühlenfeld, Mülheim an der Ruhr, Oberbürgermeisterin	(bis 31.12.2014)
Peter Ottmann, Kreis Viersen, Landrat	(ab 01.01.2015)

1. stellvertretende/r Vorsitzende/r

Peter Ottmann, Kreis Viersen, Landrat (bis 31.12.2014)
 Dagmar Mühlenfeld, Mülheim an der Ruhr, Oberbürgermeisterin (ab 01.01.2015)

2. stellvertretender Vorsitzender

Reinhard Paß, Stadt Essen, Oberbürgermeister (bis 31.12.2014)
 Günther Scharz, Landkreis Trier-Saarburg, Landrat (ab 01.01.2015)

Mitglieder

Sven-Georg Adenauer	Landrat, Kreis Gütersloh
Volker Behr	Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes, Sparkasse Essen (ab 01.01.2015)
Rudolf Bertram	Bürgermeister, Eschweiler
Walther Boecker	Bürgermeister, Hürth
Michael Breuer	Präsident, Rheinischer Sparkassen- u. Giroverband
Michael Lieber	Landrat, Kreis Altenkirchen
Hans Martz	Vorsitzender des Vorstands, Sparkasse Essen (bis 30.08.2014)
Reinhard Paß	Oberbürgermeister, Stadt Essen (ab 01.01.2015)
Günther Scharz	Landrat, Landkreis Trier-Saarburg (bis 31.12.2014)
Dr. Peter Schäfer	Sprecher der Geschäftsführung, Essener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (ab 01.01.2015)
Claus Schick	Landrat, Landkreis Mainz-Bingen
Wolfgang Spelthahn	Landrat, Kreis Düren (ab 01.01.2015)

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Verwaltungsrat personell nicht vertreten.

4.3 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung kann sich jeder Gesellschafter nur durch eine Person vertreten lassen.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Gesellschafter sowie mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten und der Vorsitzende oder einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates anwesend sind. Wird die Beschlussfähigkeit nicht erreicht, so ist unverzüglich mit gleicher Tagesordnung und gleichen Beschlussgegenständen sowie mit gleichen Formen und Fristen eine erneute Gesellschafterversammlung einzuberufen. Diese ist beschlussfähig, wenn stimmberechtigte Gesellschafter vertreten sind und auf die Voraussetzungen der Beschlussfähigkeit im erneuten Einladungsschreiben hingewiesen worden ist. Ein Beschluss der Gesellschafterversammlung bedarf, soweit nicht kraft zwingenden Rechtes oder aufgrund des Gesellschaftsvertrages etwas anderes vorgeschrieben ist, der einfachen Mehrheit aller abgegebenen Stimmen. Jeder Gesellschafter hat eine Stimme.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke vertreten. Sein Stellvertreter ist Herr Kreisdirektor Dr. Erik Werdel.

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2014/2015 (01.07.2014 – 30.06.2015) schloss mit einem Jahresfehlbetrag von 144.659,08 € und einem Bilanzverlust von 1.493.286,26 €.

Das Eigenkapital der Gesellschaft wurde durch Zuzahlung der Gesellschafter von 173.322,00 € in die Kapitalrücklage gestärkt und entsprach somit 90,8 % der Bilanzsumme.

Aus dem Bilanzgewinn 2005/2006 wurden 650 T€ in die Gewinnrücklagen (Ausgleichsrücklage) zur Finanzierung zukünftiger außerordentlicher Aufwendungen eingestellt. Zur Deckung der Buchverluste aus dem Abgang der Capped Bonus – Zertifikate im Geschäftsjahr 2008/2009 wurden im Geschäftsjahr 2009/2010 auf der Grundlage des Gesellschafterbeschlusses vom 26.11.2009 250 T€ aus der Ausgleichsrücklage entnommen. Zum 30.06.2015 belief sich die Ausgleichsrücklage unverändert zum Bilanzstichtag des Vorjahres auf 400 T€.

Bilanz

Aktiva	30.06.2015 T€	30.06.2014 T€	30.06.2013 T€
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	1	2	1
II. Finanzanlagen	163	273	274
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	15	11	10
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	250	116	173
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	429	402	458

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	128	128	128
Eigene Anteile	- 12	- 3	- 3
II. Kapitalrücklage	1.355	1.181	993
III. Gewinnrücklagen	412	402	402
IV. Bilanzverlust	- 1.493	- 1.338	- 1.091
B. Rückstellungen	35	23	22
C. Verbindlichkeiten	4	9	7
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	429	402	458

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014/2015 T€	2013/2014 T€	2012/2013 T€
sonstige betriebliche Erträge	120	1	0
Personalaufwand	200	179	177
Abschreibungen auf Sachanlagen	1	1	2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	80	90	92
Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	15	20	17
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	2	3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 145	- 247	- 251
Steuern	0	0	0
Jahresfehlbetrag	- 145	- 247	- 251

6. Beschäftigte

Der Personalaufwand umfasste die Vergütungen der Geschäftsführer, die Gehälter für die beiden Prokuristen (jeweils zwei halbe Stellen) und einer weiteren Mitarbeiterin einschließlich Sozialabgaben. Der Personalaufwand belief sich im Berichtsjahr auf insgesamt 199.772,17 €. Davon entfielen 188.126,79 € auf die Gehälter und 11.645,38 € auf soziale Abgaben.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 2.147,42 € haben sich die Gesellschafter des Verbandes, und somit auch der Rheinisch-Bergische Kreis, gem. Gesellschaftsvertrag verpflichtet, zur Deckung der lfd. Ausgaben der Gesellschaft, Nachschüsse zu leisten. Die Höhe der Nachschüsse wurde durch die Gesellschafterversammlung auf die 1,5-fache Höhe des jeweiligen Gesellschaftskapitalanteils der Gesellschafter festgelegt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014/2015 hat der Rheinisch-Bergische Kreis einen Zuschuss in Höhe von 3.221,00 € an den Verband geleistet.

8. Bewertung

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2014/2015 die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger koordiniert und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit vertreten.

Für die Zukunft geht die Geschäftsführung bei der Struktur der Gesellschaft weiterhin davon aus, dass auch künftig die laufenden Aufwendungen für die Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft nicht aus den Erträgen des eigenen Vermögens gedeckt werden können und die Gesellschaft daher weiterhin darauf angewiesen ist, dass Fehlbeträge durch Nachschüsse der Gesellschafter ausgeglichen werden.

Wesentliche Chancen und Risiken, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen, werden von der Geschäftsführung nicht gesehen.

Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper
Schürholz 38
42929 Wermelskirchen

Telefon: 02193 / 51110
Telefax: 02193 / 2791

Internet: www.wvv-rhein-wupper.de
E-Mail: info@wvv-rhein-wupper.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper wurde am 25.01.1960 gegründet. Der Verband hat die Aufgabe, die Trinkwasserversorgung im Verbandsgebiet durch Wasserbeschaffung und Wasserlieferung an Versorgungsunternehmen sicherzustellen und hierfür die notwendigen Anlagen zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten. Er kann an Versorgungsunternehmen außerhalb des Verbandsgebietes Trinkwasser liefern und hierfür die notwendigen Anlagen errichten, betreiben und unterhalten.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital des Verbandes beträgt 11.200.000 €.

Für das Stimmrecht in der Verbandsversammlung, für die Umlegung der Verbandsausgaben und für die Auseinandersetzung des Vermögens und der Verbindlichkeiten bei Auflösung des Verbandes gilt bei den Mitgliedern des Verbandes folgendes Beteiligungsverhältnis:

Rheinisch-Bergischer Kreis	20 %
Stadt Burscheid	14 %
Stadt Hückeswagen	4 %
Stadt Leichlingen	13 %
Stadt Leverkusen (für den Stadtteil Bergisch-Neukirchen)	5 %
Gemeinde Odenthal	9 %
Stadt Radevormwald	14 %
Stadt Solingen (für den Stadtteil Burg a.d.W.)	1 %
Stadt Wermelskirchen	20 %

4. Organisationsstruktur

Der Verband hat folgende Organe:

- a) Verbandsversammlung,
- b) Verbandsvorsteher.

4.1 Verbandsversammlung

In der Verbandsversammlung steht jedem Verbandsmitglied für je 3% Beteiligungsanteil eine Stimme zu, mindestens jedoch 2 Stimmen. Es entfallen von den insgesamt 37 Stimmen auf

den Rheinisch-Bergischer Kreis	7
die Stadt Burscheid	5

die Stadt Hückeswagen	2
die Stadt Leichlingen	4
die Stadt Leverkusen	2
die Gemeinde Odenthal	3
die Stadt Radevormwald	5
die Stadt Solingen	2
die Stadt Wermelskirchen	7

Jedes Verbandsmitglied entsendet in die Verbandsversammlung so viele Vertreter, als ihm Stimmen zustehen. Die Mitglieder der Verbandsversammlung sind von den Kreis-, Stadt- und Gemeindevertretungen für deren Amtszeit zu wählen. Für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist für den Fall der Verhinderung ein Stellvertreter zu bestellen. Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vertreter eines Verbandsmitgliedes zum Vorsitzenden. In gleicher Weise wählt sie einen Stellvertreter des Vorsitzenden. Die Verbandsversammlung entscheidet u.a. in allen Angelegenheiten, die nach der Eigenbetriebsverordnung dem Rat der Gemeinde vorbehalten sind. Sie ist beschlussfähig, wenn die anwesenden Vertreter der Mitglieder wenigstens die Hälfte der Stimmzahl erreichen.

In der Verbandsversammlung wird der Rheinisch-Bergische Kreis durch folgende Mitglieder vertreten:

ordentliches Mitglied

Allendorf, Werner
Klein, Hans Jürgen
Kübler, Wolfgang
Lautz, Peter Hermann
Reichert, Elke
Schulte, Bernhard
Soylu, Dilara

stellvertretendes Mitglied

Schmalt, Thorsten
Wurmbach, Sabine
Winter, Maurice
Bosbach, Martin
Kreuzer, Manfred
Schäfer, Leonore
Seydholdt, Claudia

4.2 Verbandsvorsteher

Der Verbandsvorsteher wird von der Verbandsversammlung aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Mitglieder gewählt. Zum Stellvertreter wählt die Verbandsversammlung einen Beamten eines Verbandsmitgliedes.

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Verbandes und vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich.

Verbandsvorsteher ist Herr Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke, Rheinisch-Bergischer Kreis. Sein Stellvertreter ist Herr Bürgermeister Dietmar Persian, Hückeswagen.

Die Verwaltungsgeschäfte des Verbandes werden nach Weisung des Verbandsvorstehers durch den Betriebsleiter erledigt.

Betriebsleiter ist Herr Günter Wasserfuhr. Die stellvertretende Betriebsleitung liegt bei Frau Anita Domogala.

5. Wirtschaftliche Daten

Der Jahresabschluss des Verbandes weist zum Ende des Geschäftsjahres 2015 einen Jahresüberschuss in Höhe von 127.389,68 € aus. Zu dem positiven Ergebnis des Jahres 2015 haben insbesondere die sonstigen betrieblichen Erträge, darunter

vorrangig die Erstattungen des Wupperverbandes (Erstattung des Beitrages und des Wasserentnahmeentgeltes) sowie die aktivierten Eigenleistungen beigetragen.

Die Trinkwasserabgabe an die Verbandsmitglieder stieg im Jahr 2015 um rund 74 Tm³ gegenüber dem Vorjahr (+ 1,1 %). Die durchschnittliche Tagesabgabe im Jahr 2015 betrug 18.608 m³ (Vorjahr 18.407 m³).

Im Rahmen der Trinkwasseruntersuchungen wurden im Berichtszeitraum 2.319 Proben bearbeitet. Wie in den Jahren zuvor lag keine Beanstandung durch die Bezirksregierung oder den Amtsarzt vor. Zusätzlich zu dem in der Trinkwasserverordnung vorgegebenen Untersuchungsumfang wurde von Seiten des Amtsarztes eine zusätzliche umfassende Untersuchung verlangt. Die Probenahme und Untersuchung erfolgte durch das nach DIN EN ISO/IEC 17025 akkreditierte Laboratorium der Rhein-Energie (Köln). Alle Parameter dieser Probe erfüllten bzw. unterschritten die von der Trinkwasserverordnung vorgegebenen Grenzwerte.

Bilanz

Aktiva	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	387	372	374
II. Sachanlagen	17.041	16.572	16.427
III. Finanzanlagen	3	3	3
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	105	98	94
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	580	794	593
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	780	408	464
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	3	4
Bilanzsumme	18.896	18.250	17.959

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	11.200	11.200	11.200
II. Kapitalrücklage	1.549	1.549	1.549
III. Gewinnvortrag	376	285	0
IV. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	127	91	285
B. Aushändigungsverpflichtung	2.953	3.021	3.089
C. Sonderposten für Zuschüsse	714	336	163
D. Rückstellungen	591	599	589
E. Verbindlichkeiten	1.386	1.169	1.084
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	18.896	18.250	17.959

Gewinn- und Verlustrechnung

	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Umsatzerlöse	5.637	5.576	5.638
Andere aktivierte Eigenleistungen	31	2	0
sonstige betriebliche Erträge	159	136	106
Materialaufwand	3.168	3.213	3.149
Personalaufwand	1.798	1.696	1.643
Abschreibungen	460	464	419
sonstige betriebliche Aufwendungen	227	200	197
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	27	30	30
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	148	112	307
Sonstige Steuern	21	22	22
Jahresfehlbetrag	127	90	285

Kennzahlen

	Angaben in	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote:	%	70	72	73
Wasserabgabe:	Mio./m³	6.792	6.718	6.809
Wassergebühr: *	€/m³	0,79	0,79	0,785/0,790
cash flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	1.006	737	704

* ab 01.04.2013 inkl. Wasserentnahmeentgelt in Höhe von 0,05 €/ m³:

6. Beschäftigte

Der Verband beschäftigte zum 31.12.2015 insgesamt 28 Mitarbeiter.

Personal	2015	2014	2013
Mitarbeiter	28	29	29
davon			
Teilzeitbeschäftigte	4	4	4
geringfügig Beschäftigte	2	3	3
Auszubildende	0	0	1

Der Verband zahlte im Geschäftsjahr 2015 insgesamt 1.379 T€ an Löhne und Gehälter sowie 420 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Gemäß § 2 Abs. 4 der Verbandssatzung erstrebt der Verband keinen Gewinn an. Sollten die sonstigen Einnahmen des Verbandes zur Deckung des Aufwandes nicht ausreichen, wird der entstehende Aufwand auf die Verbandsmitglieder nach dem Beteiligungsschlüssel (siehe Ziffer 3) umgelegt. Dies wurde bisher nicht notwendig.

8. Bewertung

Zur Deckung des Trinkwasserbedarfs der Verbandsmitglieder stehen insgesamt 12,3 Mio. m³/a Trink- und Rohwasser zur Verfügung. Zusätzlich steht noch eine vertraglich geregelte Menge von 1 Mio. m³/a aus dem Kontingent der EW Remscheid (Vorsperre Große Dhünn-Talsperre) zur Verfügung.

Die Tageskapazität der Aufbereitungsanlage im Wasserwerk Schürholz ist mit 36.000 m³ ausgelegt und verfügt bei einem max. Tagesverbrauch von ca. 30.000 m³ noch über Reserven. Bei einem eventuellen Ausfall der Dhünn-Talsperre oder der Aufbereitungsanlage kann die erforderliche Wassermenge über die Verbindungsleitung DN 800 zum Aggerverband bezogen werden. Dadurch ist eine hohe Versorgungssicherheit gegeben.

Für das Geschäftsjahr 2016 geht der Verband von einem negativen Ergebnis in Höhe von -253 T€ aus. Die Wassergebühr wird unverändert 0,74 €/ m³ zuzüglich Wasserentnahmeentgelt in Höhe von 0,05 €/m³ betragen.

Zweckverband für die Kreissparkasse Köln**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Zweckverband für die Kreissparkasse Köln
Neumarkt 18-24
50667 Köln

Telefon: 0221 / 227-2405
Telefax: 0221 / 227-3760

E-Mail: zweckverband@ksk-koeln.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Zweckverband fördert das Sparkassenwesen im Gebiet seiner Mitgliedskreise. Die zu diesem Zweck von ihm errichtete Sparkasse führt die Firma „Kreissparkasse Köln“. In seiner Eigenschaft als Träger der Sparkasse ist der Zweckverband Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf.

3. Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind:

Rhein-Erft-Kreis
Rheinisch-Bergischer Kreis
Oberbergischer Kreis
Rhein-Sieg-Kreis

4. Organisationsstruktur

Organe des Zweckverbandes sind:

- a) die Verbandsversammlung,
- b) der Vorstandsvorsteher.

4.1 Verbandsversammlung

Jeder Kreis entsendet 12 Personen als Vertreter in die Verbandsversammlung. Die jeweiligen Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder oder die von ihnen vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten gehören kraft Gesetz der Verbandsversammlung an. Die übrigen Vertreter werden durch die Vertretungskörperschaft für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte bestellt. Für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu bestellen. Die Verbandsversammlung wählt für die Dauer der Wahlzeit kommunaler Vertretungen aus ihrer Mitte den Vertreter eines der Verbandsmitglieder zum Vorsitzenden. In gleicher Weise wählt sie Vertreter der anderen Verbandsmitglieder zum ersten, zum zweiten und zum dritten Stellvertreter des Vorsitzenden.

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes. Sie wird vom Vorsitzenden einberufen. Der Vorstandsvorsteher und seine Stellvertreter sowie die Mitglieder des Vorstandes der Sparkasse nehmen an den Sitzungen der Verbandsversammlung mit beratender Stimme teil. Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn einschließlich des Vorsitzenden mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Die Beschlüsse werden in der Regel mit einfacher Stimmenmehrheit der Erschienenen gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in 2015 durch folgende Personen in der Verbandsversammlung vertreten.

ordentliches Mitglied

Clemen, Christiane
Drewing, Mathilde
Ehren, Ursula
Gewehr, Erika
Heutz, Ulrich
Knapp, Gisela
Rausch, Frank
Rickes, Roland
Schiefer, Christopher
Seydholdt, Claudia

Tebroke, Dr. Hermann-Josef
Wey, Dr. Klaus Georg

stellvertretendes Mitglied

Schäfer, Lenore
Becker, Michael
Keller-Bartel Dagmar
Dünner, Johannes
Wöber-Servaes Sylvia
Opladen, Wilmund
Wolf, Eduard
Weiß, Friedhelm
Büscher, Wolfgang
Pütz, Lasse
(bis 25.03.2015)
Schipper, Hinrich
(seit 26.03.2015)
Werdel, Dr. Erik
Hilden, Stefanie

4.2 Verbandsvorsteher

Der Verbandsvorsteher wird für die Dauer der Wahlzeit der kommunalen Vertretungen von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreise der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Verbandsmitglieder gewählt. Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes und vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich.

Verbandsvorsteher ist seit Dezember 2013 Herr Landrat Michael Kreuzberg.

5. Wirtschaftliche Daten

2015 beliefen sich die ordentlichen Erträge des Zweckverbandes auf 1.301 T€, die Aufwendungen betrugen demgegenüber lediglich 155 T€. Die Finanzerträge gingen leicht auf 37 T€ zurück.

Die Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen verringerten sich auf 591 T€. Gemäß § 14 Abs. 4 der Verbandssatzung wird der Verwaltungsaufwand des Zweckverbandes von der Sparkasse getragen.

Der Jahresüberschuss 2015 in Höhe von 592 T€ wurde in voller Höhe dem Eigenkapital des Zweckverbandes zugeführt.

Bei einer Bilanzsumme von 32.149 T€ verfügte der Zweckverband Ende 2015 über ein Sach- und Finanzanlagevermögen in Höhe von 31.110 T€. Ferner bestanden Bankverbindlichkeiten in Höhe von 14.280 T€ und das Eigenkapital betrug 17.862 T€.

Bilanz

Aktiva	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen	6.110	6.252	6.221
II. Sachanlagen	25.000	25.000	25.000
B. Umlaufvermögen			
I. Sonstige Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Liquide Mittel	1.039	872	742
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	32.149	32.124	31.963

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	15.908	15.908	15.908
II. Ausgleichsrücklage	1.363	658	0
III. Jahresüberschuss	592	705	658
B. Rückstellungen	7	7	7
C. Verbindlichkeiten	14.280	14.847	15.391
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	32.149	32.124	31.963

6. Beschäftigte

Der Zweckverband hat keine Beschäftigten. Die für den Zweckverband erforderlichen Verwaltungstätigkeiten werden gemäß § 14 Abs. 3 der Verbandssatzung von der Sparkasse ausgeführt.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Soweit dem Zweckverband als Träger der Sparkasse nach § 25 des Sparkassengesetzes NW Ausschüttungen aus dem Jahresüberschuss der Sparkasse zugeführt werden, sind diese gemäß § 15 der Verbandssatzung nach dem Verhältnis der in § 4 Absätze 2 und 3 der Verbandssatzung festgelegten Haftung an die Verbandsmitglieder weiterzuleiten und von diesen zur Erfüllung ihrer gemeinwohlorientierten örtlichen Aufgaben oder für gemeinnützige Zwecke zu verwenden.

Für das Geschäftsjahr 2015 erhielt der Rheinisch-Bergische Kreis im Jahr 2016 eine Gewinnbeteiligung in Höhe von 2.367.150,00 € brutto bzw. 1.992.548,51 € netto ausgeschüttet. Hiervon wurden 158.407,25 € netto an die Stadt Burscheid, 290.314,52 € netto an die Stadt Leichlingen sowie 117.560,49 € netto an die Gemeinde Kürten weitergeleitet.

Zweckverband Naturpark Bergisches Land**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Zweckverband Naturpark Bergisches Land
Moltkestraße 34
51643 Gummersbach

Telefon: 02261 / 886909
Telefax: 02261 / 881888

Internet: www.bergischesland.de
E-Mail: info@bergischesland.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er verwaltet seine Aufgaben im Rahmen der Gesetze unter eigener Verantwortung.

Der Zweckverband hat die Aufgabe, das Verbandsgebiet zu einem Naturpark als Erholungsgebiet für die Bevölkerung einzurichten und zu erhalten unter Wahrung der wirtschaftlichen Belange der Grundbesitzer.

Der Zweckverband trifft die zur organisatorischen Regelung dieser Vorgaben erforderlichen Vorkehrungen. Er kann sich bei der Durchführung dieser Aufgabe bereits bestehender Einrichtungen und Organisationen bedienen.

Der Zweckverband dient im Rahmen der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 24.09.1953 (BGBl. I S. 1952) ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken.

3. Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind:

Rhein-Sieg-Kreis
Rheinisch-Bergischer Kreis
Oberbergischer Kreis
Stadt Köln
Stadt Remscheid
Stadt Solingen
Stadt Wuppertal

4. Organisationsstruktur

Der Verband hat folgende Organe:

- a) die Verbandsversammlung,
- b) der Verbandsvorsteher.

4.1 Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Jedes Verbandsmitglied entsendet drei stimmberechtigte Vertreter in die Verbandsversammlung. Für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist ein Stellvertreter zu bestellen.

Die Mitglieder der Verbandsversammlung und ihre Stellvertreter werden durch die Vertretungskörperschaften für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus den Dienstkräften der Verbandsmitglieder gewählt. Scheidet ein Mitglied oder ein Stellvertreter vor Ablauf der Wahlzeit aus der Vertretungskörperschaft oder aus dem Dienst des

Verbandsmitgliedes aus, so bestimmt die Gruppe, die den ausscheidenden zur Wahl vorgeschlagen hatte, den Nachfolger.

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und einen Stellvertreter des Vorsitzenden.

Die Verbandsversammlung tritt mindestens zweimal im Rechnungsjahr zusammen.

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt.

Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der satzungsmäßigen Mitglieder der Verbandsversammlung vertreten sind.

Ist die Verbandsversammlung nicht beschlussfähig, so ist eine zweite Sitzung mit derselben Tagesordnung anzuberaumen mit dem Hinweis, dass die Versammlung dann in jedem Fall beschlussfähig ist.

Beschlüsse der Verbandsversammlung werden in der Regel mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Stimmengleichheit bedeutet Ablehnung.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird durch folgende Personen in der Verbandsversammlung vertreten.

ordentliches Mitglied

Damm, Volker
Schäfer, Lenore
Dr. Werdel, Erik

stellvertretendes Mitglied

Müller, Vera
Bender, Christine
Dr. Tebroke, Hermann-Josef

4.2 Verbandsvorsteher

Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder auf die Dauer von 6 Jahren, längstens jedoch für die Dauer ihrer Hauptämter, gewählt. Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter dürfen der Verbandsversammlung nicht angehören; sie nehmen an den Sitzungen der Verbandsversammlung teil.

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Die Verbandsversammlung ist Dienstvorgesetzter des Verbandsvorstehers und seines Stellvertreters in Verbandsangelegenheiten.

Verbandsvorsteher ist Herr Jochen Hagt.

5. Wirtschaftliche Daten

Bei den 2015 Daten handelt es sich um vorläufige Ergebnisse. Eine abschließende geprüfte Fassung der Jahresabschlusszahlen 2015 lag zur Zeit des Berichtsdruckes noch nicht vor.

Bilanz

Aktiva	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	5.824	4.312	5.584
II. Finanzanlagen	2.500	2.500	2.500
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	400	400	400
III. Liquide Mittel	145.938	114.362	102.921
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	154.662	121.574	111.405

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	81.664	74.896	79.613
II. Ausgleichsrücklage	9.989	0	9.989
III. Bilanzergebnis Verlust	0	0	- 11.055
IV. Bilanzergebnis Gewinn	37.898	16.760	0
B. Sonderposten			
I. Zuwendungen	3.169	3.501	3.833
C. Rückstellungen	1.000	1.000	2.000
D. Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	20.942	8.217	18.391
II. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0	5.900	0
III. Sonstige Verbindlichkeiten	0	11.300	12.282
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	154.662	121.574	111.405

Ergebnisrechnung

	2015	2014	2013
Ordentliche Erträge			
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	188.059	211.377	173.167
Privatrechtliche Leistungsentgelte	191	0	14
Erträge aus Kostenerstattungen/-umlage	31.928	0	0
Sonstige ordentliche Erträge	4.172	4.806	3.756
Summe Ordentliche Erträge	224.351	216.184	176.937
Ordentliche Aufwendungen			
Personalaufwendungen	- 40.512	- 61.994	- 52.673
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	- 94.703	- 92.945	- 84.622
Bilanzielle Abschreibungen	- 626	- 1.270	- 957
Transferaufwendungen	0	- 1.639	- 5.393
Sonstige ordentliche Aufwendungen	- 50.641	- 41.619	- 43.412
Summe Ordentliche Aufwendungen	- 186.481	- 199.467	- 187.058
Finanzergebnis			
Finanzerträge	28	43	99
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	- 1.033
Summe Finanzergebnis	28	43	- 935
Ordentliches Jahresergebnis	37.898	16.760	- 11.055

6. Beschäftigte

Seit dem 01.01.2009 beschäftigt der Zweckverband eine Aushilfskraft, die 4 Stunden in der Woche arbeitet und die Geschäftsstelle entlastet.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Der Rheinisch-Bergische Kreis hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2015 eine Verbandsumlage an den Zweckverband in Höhe von 13.200 € gezahlt.

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS)
Glockengasse 37 – 39
50667 Köln

Telefon: 0221 / 20808-0
Telefax: 0221 / 20808-40

Internet: www.vrsinfo.de
E-Mail: zweckverband@vrsinfo.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Zweckverband hat die nachfolgenden Aufgaben:

- Hinwirken darauf, dass die Verkehrsunternehmen den Gemeinschaftstarif und die dazu gehörenden Beförderungsbedingungen anwenden und Übergangstarife geschaffen bzw. fortgebildet werden.
- Entscheidung über die Fortschreibung des Gemeinschaftstarifs, der Übergangstarife und der dazu gehörenden Beförderungsbedingungen sowie –gemeinsam mit anderen zuständigen Zweckverbänden- über die Fortschreibung des NRW-Tarifs.
- Ermittlung und Fortschreibung der unternehmensspezifischen Aufwanddeckungsfehlbeträge.
- Hinwirken auf ein koordiniertes ÖPNV-Verkehrsangebot mit einheitlichen Produkt- und Qualitätsstandards, einheitlichen Fahrgastinformations- und Betriebssystemen und einem unternehmensübergreifenden ÖPNV-Marketing.
- Hinwirken darauf, dass die Verbandsmitglieder die Verkehrskonzeption und Qualitätsstandards bei ihrer Planung beachten.
- Jährliche Erstellung einer Aufwands- und Ertragsprognose zur Abschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung des Verbundverkehrs.
- Gegebenenfalls weitere von den Zweckverbandsmitgliedern betraute/beauftragte Aufgaben.
- Der ZV VRS bildet gemeinsam mit dem ZV Aachener Verkehrsverbund (AVV) den Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland (ZV NVR). Dem ZV NVR obliegen im Wesentlichen die SPNV-Planung und -Finanzierung und die pauschalierte Investitionsförderung.

Die operative Umsetzung der im öffentlichen Interesse liegenden ÖPNV-Aufgaben, insbesondere die Hinwirkungspflicht auf einen Gemeinschaftstarif und einheitliche Beförderungsbedingungen, erfolgt durch die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH. Der ZV VRS bedient sich dieser VRS GmbH wie einer eigenen Dienststelle und ist ihr alleiniger Gesellschafter. Im Geschäftsjahr 2015 waren Herr Dr. Reinkober und Herr Dr. Schmidt-Freitag zu Geschäftsführern der VRS-GmbH bestellt, im Durchschnitt waren außerdem 78 Angestellte (ohne Auszubildende) beschäftigt.

3. Beteiligungsverhältnisse/Verbandsmitglieder

Mitglieder des Zweckverbandes sind:

die Stadt Bonn
die Stadt Köln
die Stadt Leverkusen
die Stadt Monheim am Rhein
der Rhein-Erft Kreis
der Oberbergische Kreis
der Rhein-Sieg Kreis
der Rheinisch-Bergische Kreis
der Kreis Euskirchen

4. Organisationsstruktur

Organe des Zweckverbandes sind:

- a) die Verbandsversammlung,
- b) der Verbandsvorsteher.

4.1 Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden von den Vertretungskörperschaften der Verbandsmitglieder für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus dem Kreise ihrer Dienstkräfte gewählt.

Jedes Verbandsmitglied entsendet je angefangene 100.000 Einwohner einen Vertreter in die Verbandsversammlung. Maßgebend ist der letzte Stand der Wohnbevölkerung in der von Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) fortgeschriebenen amtlichen Bevölkerungsstatistik. Eine Überprüfung hat jeweils zum Ende des Jahres zu erfolgen, das dem Jahr vorausgeht, in dem eine Kommunalwahl stattfindet. Dem Vorsitzenden des Beirats der VRS GmbH sowie seinen beiden Stellvertretern steht ein Teilnahmerecht an den Sitzungen der Verbandsversammlung zu.

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des ZV VRS, soweit nicht aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder aufgrund der ZV-Satzung die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist.

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte für die Dauer ihrer Wahlzeit einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Die Verbandsversammlung ist von ihrem Vorsitzenden nach Bedarf, mindestens jedoch zweimal im Jahr, schriftlich einzuberufen; ferner wenn 1/5 der Mitglieder der Verbandsversammlung das verlangt.

Jedes Mitglied der Verbandsversammlung hat eine Stimme. Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen und mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Im Falle der Beschlussunfähigkeit ist binnen 3 Tagen eine neue Versammlung zu einem mindestens 8 Tage später liegenden Zeitpunkt einzuberufen. Diese neue Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig, wenn in der Einladung hierauf hingewiesen ist.

Beschlüsse werden mit mindestens $\frac{3}{4}$ der Stimmen der anwesenden Mitglieder gefasst, sofern nicht in der ZV-Satzung oder gesetzlich andere Mehrheiten vorgeschrieben sind.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde im Jahr 2015 durch folgende Personen in der Verbandsversammlung vertreten:

ordentliches Mitglied

Christopher Schiefer
Merten, Thomas
Zorn, Gerhard

stellvertretendes Mitglied

Schmalt, Thorsten
Haase, Reinhard
Clemen, Christiane

4.2 Verbandsvorsteher

Die Verbandsversammlung wählt den Verbandsvorsteher und seinen Stellvertreter aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Verbandsmitglieder auf die Dauer von 6 Jahren, jedoch höchstens für die Dauer seines Amtes.

Der Verbandsvorsteher und dessen Vertreter dürfen der Verbandsversammlung angehören. Ist dies nicht der Fall, sind sie jedoch berechtigt und auf Verlangen der Verbandsversammlung verpflichtet, an deren Sitzungen teilzunehmen.

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes nach Maßgabe der Gesetze, der Zweckverbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich.

Seit dem 14. November 2014 fungiert der Landrat des Rhein-Sieg-Kreises, Herr Sebastian Schuster, als Verbandsvorsteher des Zweckverbandes VRS.

5. Wirtschaftliche Daten**Bilanz**

Aktiva	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen	516	516	516
II. Sachanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen	5.888	0	0
II. Liquide Mittel	220	221	208
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	6.623	737	724

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	642	642	642
II. Ausgleichsrücklage	70	70	92
II. Jahresüberschuss	5.898	0	-22
B. Rückstellungen	0	12	12
C. Verbindlichkeiten	13	13	0
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	6.623	737	724

Ergebnisrechnung

	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Zuwendungen und allg. Umlagen	12.132	8.377	9.698
Sonstige Transfererträge	300	300	300
Sonstige ordentliche Erträge			
Ordentliche Erträge	12.432	8.677	9.998
Transferaufwendungen	6.510	8.657	9.998
sonstige ordentlichen Aufwendungen	23	20	22
Ordentliche Aufwendungen	6.533	8.677	10.020
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	5.898	0	-22
Finanzerträge	0	0	0
Finanzergebnis	0	0	
Ordentliches Ergebnis	0	0	
Jahresergebnis	5.898	0	-22

Finanzrechnung

	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Zuwendungen und allg. Umlagen	6.430	8.390	10.693
Sonstige Transfereinzahlungen	300	300	300
Sonstige Einzahlungen	0	0	
Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	6.730	8.690	10.993
Transferauszahlungen	6.510	8.657	13.454
sonstige Auszahlungen	34	20	16
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	6.544	8.677	13.470
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	186	13	-2.477
Finanzüberschuss	186	13	-2.477
Anfangsbestand Finanzmittel	219,5	207,7	2.684,7
Liquide Mittel	219,5	220,7	207,7

6. Beschäftigte

Der Zweckverband beschäftigte in den Jahren 2012 bis 2015 kein eigenes Personal.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Höhe der vom Rheinisch-Bergischen Kreis im Jahr 2015 an den ZV VRS geleisteten Verbandsumlage belief sich auf 30.000 €. Diese Umlage wurde von dort in voller Höhe an die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH weitergeleitet.

Der ZV VRS finanzierte sich im Haushaltsjahr 2015 aus den dem NVR zugeschienenen und von dort teilweise weitergeleiteten Zuwendungsmitteln des Landes nach § 11 Absatz 1 ÖPNVG NRW. Eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage war nicht notwendig. Die vorgenannte Umlage bleibt hiervon unberührt und wird weiterhin erhoben.

Landrat-Lucas-Stiftung**1. Allgemeine Stiftungsdaten**

Landrat-Lucas-Stiftung
Am Rübezahwald 7
51469 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202 / 132411
Telefax: 02202 / 13104004

2. Öffentlicher Zweck

Unter der Bezeichnung "Landrat-Lucas-Stiftung" hat der Kreistag des ehemaligen Landkreises Solingen durch Beschluss vom 13.07.1925 eine örtliche, selbständige, rechtsfähige Stiftung des privaten Rechts errichtet.

Das Preußische Staatsministerium in Berlin hat hierzu am 13.11.1925 die Genehmigung erteilt.

Aufgrund des Neugliederungsgesetzes für den Neugliederungsraum Köln vom 05.11.1974 (GV NW, S.1072) ist die Stiftung mit Wirkung vom 01.01.1975 vom Rhein-Wupper-Kreis auf den Rheinisch-Bergischen Kreis übergegangen.

Die Stiftung verfolgt ausschließlich gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Dritten Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Zweck der Stiftung ist die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse folgender Personengruppen:

- Kinderreiche Familien
- junge Familien
- Alleinerziehende
- Senioren und Schwerbehinderte.

Der Stiftungszweck wird ausschließlich durch die Gewährung zinsgünstiger Baudarlehen und Zuschüsse verwirklicht. Das zu fördernde Objekt muss im Gebiet des Rheinisch-Bergischen Kreises liegen. Die Mittel der Stiftung dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stiftungsvermögen beträgt zum 01.01.1981 insgesamt 2.134.150 DM.
(Die Stiftung liegt zu 100 % beim Rheinisch-Bergischen Kreis.)

4. Organisationsstruktur

Die Stiftung hat folgende Organe:

- a) der Kreistag,
- b) der Vorstand,
- c) das Kuratorium.

4.1 Kreistag

Dem Kreistag obliegt die Verwaltung des Stiftungsvermögens nach den Vorschriften der Gemeindeordnung, soweit nicht das Gesetz oder die Satzung etwas anderes regeln, insbesondere Erlass der Stiftungssatzung und späterer Änderungen, der Beschluss über den Haushaltsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und

Entlastung des Vorstandes und des Kuratoriums, Erstellung von Grundsätzen über die Realisierung des Stiftungszweckes (Art und Form der Zweckverwirklichung).

4.2 Vorstand

Vorstand der Stiftung im Sinne des § 26 BGB ist der Landrat. Dieser kann sich vom Kreiskämmerer in seiner Eigenschaft als Vorstand vertreten lassen. Vorstand war im Geschäftsjahr 2015 Herr Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke. Er wurde durch Herrn Kreiskämmerer Klaus Eckl als Vorstand vertreten.

Der Vorstand vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich. Er führt die laufenden Geschäfte, ihm obliegt insbesondere die Führung der Darlehenskartei, Aufstellung des Entwurfs des Haushalts und des Jahresabschlusses und die Erteilung der Bewilligungen; letztere Aufgabe wurde vom Vorstand auf den Kämmerer übertragen. Das Kuratorium ist in seiner Sitzung über die erteilten Bewilligungen zu informieren. Der Vorstand beruft mit Zustimmung des Kreisausschusses je ein von den Interessenverbänden des nach § 2 Abs. 2 der Stiftungssatzung antragsberechtigten Personenkreis vorgeschlagenes Mitglied mit lediglich beratender Stimme in das Kuratorium.

4.3 Kuratorium

Das Kuratorium besteht aus fünf Mitgliedern. Die Mitglieder des Kuratoriums und deren Stellvertreter werden vom Kreisausschuss für die Dauer der jeweiligen Wahlperiode des Kreistages bestellt. Das Kuratorium wählt den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden aus seiner Mitte.

Bei Ausscheiden eines Mitgliedes rückt das stellvertretende Mitglied in das Kuratorium nach.

Das Kuratorium ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Es beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Das Kuratorium setzte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2015 wie folgt zusammen:

Ordentliches Mitglied

Elvert, Heidi
Meißgeier, Manuela
Wilming, Stefan
Schmalt, Thorsten
Gewehr, Erika

stellvertretendes Mitglied

Elvert, Klaus
Seydholdt, Claudia
Lutz, Siegfried
Allendorf, Werner
Witte, Gerd

Mitglieder mit beratender Stimme

Thum, Jost A.	VdK
Klein, Jürgen	BdkF

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2015 schloss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 607,58 €. Im Geschäftsjahr 2015 wurde 1 Darlehen mit einer Gesamtsumme in Höhe von 13.000,00 € ausbezahlt.

Bilanz

Aktiva	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen	554	623	719
II. Sachanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	20	21	25
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	599	522	421
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	1.173	1.166	1.165

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	1.162	1.162	1.157
II. Sonderrücklage	0	0	0
III. Ausgleichsrücklage	0	0	0
IV. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	- 1	1	4
B. Rückstellungen	0	0	0
C. Verbindlichkeiten	11	3	4
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	1.172	1.166	1.165

6. Beschäftigte/Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Landrat-Lucas-Stiftung beschäftigt kein eigenes Personal. Die anfallenden Arbeiten werden von zwei Kreisbediensteten (Wohnungsbauförderung / Kämmerei) erledigt. Von Seiten der Landrat-Lucas-Stiftung wird daher ein Pauschalbetrag für Personal- und Sachkosten an den Rheinisch-Bergischen Kreis erstattet. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2015 betrug die Kostenerstattung an den Rheinisch-Bergischen Kreis 7.000,00 €

Mitgliedschaften des Rheinisch Bergischen Kreises in Vereinen, Organisationen und Einrichtungen

<u>Verein/Organisation</u>	<u>Jahresbeitrag 2015</u>
Abwassertechnische Vereinigung e.V.	423,00 €
Aggerverband	52.222,00 €
Altenberger Dom-Verein e.V. 50 %	765,00 €
Altlastensanierungsverband, Beitrag (16.708 €) wird vom BAV erstattet	
Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe	40,00 €
Bergischer Geschichtsverein	30,00 €
Biologische Station Rhein-Berg e.V.	60,00 €
Deutsche Olympische Gesellschaft	154,00 €
Deutscher Verein für Vermessungswesen	120,00 €
Deutscher Kinderschutzbund	30,00 €
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	1.015,00 €
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.	1.461,00 €
BV für Wohnen und Stadtentwicklung (Volksheimstättenwerk)	300,00 €
Fachverband der Kämmerer	18,00 €
Fachverband der Standesbeamten	30,00 €
Fachverband der Kommunalkassenverwalter	50,00 €
Förderverein Nordrhein-Westfalen Stiftung	1.375,00 €
Förderverein der Fachhochschule	51,13 €
Griffelkunst	132,00 €
Interkommunaler Arbeitskreis „Wahner Heide“	2.500,00 €
Forum Wahner Heide e.V.	200,00 €
Heidezentrum Turmhof e.V.	400,00 €
Forsthaus Steinhaus e.V.	72,00 €
Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land	3.058,00 €
Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement	7.230,00 €

Kommunaler Arbeitgeberverband NW	2.325,00 €
Landkreistag NW	94.520,00 €
Naturarena Bergisches Land e.V.	14.400,00 €
Naturpark Bergisches Land	13.200,00 €
Netzwerk Industriekultur Bergisch Land	250,00 €
Rat der Gemeinden Europas	1.296,00 €
Regio Köln/Bonn e.V.	92.798,00 €
Rheinischer Verein für Denkmalpflege	60,00 €
Sauerländischer Gebirgsverein	51,13 €
Schlossbauverein Burg an der Wupper 50 %	500,00 €
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	55,00 €
Verein der Freunde und Förderer des Industriemuseums	75,00 €
Vereinigung der Leiter-Innen der Rechnungsprüfungsämter	15,00 €
Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge	2.556,46 €
Wupperverband	2.831,00 €
Gesamt	296.668,72 €